19. DGB-Bundeskongress
4. Tag – Mittwoch, 19. Mai 2010

(Beginn des 4. Kongresstages: 9.05 Uhr)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir setzen den Kongress fort und beraten das Antragsgebiet B. Wortmeldungen können abgegeben werden zum Antragsgebiet B und zum Antragsgebiet D, das als Nächstes aufgerufen wird. Dazu geht bitte zur Wortmeldestelle.

Ich rufe auf den Antrag B 006 zusammen mit dem Antrag B 008 und erteile Dina von der Antragsberatungskommission das Wort.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Ihr hattet einen kurzweiligen Abend, konntet das eine oder andere Thema platzieren und seid jetzt guten Mutes, wieder in die Antragsberatung einzusteigen.

Wir hatten gestern den Antragsblock B unterbrochen und machen jetzt weiter mit B 006. Dieser Antrag der Gewerkschaften TRANSNET/ver.di hat den Titel „Verkehrswende für zukunftssichere Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung“. Er benennt die Herausforderungen an unser Verkehrssystem angesichts von Klimawandel, globalisierten Warenströmen und der Bedeutung von Mobilität und Logistik in unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

Der Antrag konzentriert sich weitgehend auf den Personenverkehr. Dabei geht es um folgende Themen: Es geht um die Entwicklung und Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, der öffentliche Verkehr als Daseinsvorsorge soll betrachtet werden, die Notwendigkeit von Lohn-, Sozial- und Arbeitsstandards bei Ausschreibungen, die Kostenwahrheit bei allen Verkehrsträgern und die Weiterentwicklung des Masterplans „Güterverkehr“ und Logistik zum Masterplan „Mobilität für Deutschland“.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt hier Annahme.

Doro hat es eben schon gesagt: In diesem Zusammenhang rufen wir auch auf den Antrag B 008. Dieser Antrag kommt vom DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg und verweist auf die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs. Ihr hattet sicherlich Gelegenheit, Euch den ein bisschen anzuschauen. Wir sind der Meinung, dass dieser Antrag durch die Annahme von B 006 erledigt ist. B 006 ist eindeutig ausführlicher und greift die Themen aus dem Antrag B 008 auf.

Doro, wenn Du erlaubst, würde ich auch gerne noch den Antrag B 009 hinzunehmen, weil das thematisch gut passt. Der Antrag B 009 des Bezirksvorstands Sachsen fordert analog zu den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit ein Verkehrsprojekt EU-Osterweiterung Schiene, um die Mobilität in der erweiterten EU angemessen sichern zu können. Dabei geht es vor allem um die Anbindung des Schienengüterverkehrs aus den Grenzregionen zu Polen und Tschechien an die Seehäfen.

Wir empfehlen diesen Antrag als Material zu Antrag B 006. Thematisch passt das gut zusammen und kann als Ergänzung wunderbar bearbeitet werden.

So weit unsere Empfehlungen und Erläuterungen zu den Anträgen.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dina.

Mir liegt eine Wortmeldung zu dem Komplex B 006, B 008 und B 009 vor. Es ist die Wortmeldung des Kollegen Ronald Laubrock von ver.di mit der Delegiertennummer 330. Weitere Wortmeldungen können gern noch abgegeben werden. – Ronald, Du hast das Wort.

Ronald Laubrock
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Ihr nach dem gestrigen Abend alle da seid.

Ich möchte etwas zum Antrag B 006 sagen. Es ist gerade schon gesagt worden; es geht um das Thema Verkehrswende. Der erste Satz dieses Antrags B 006 lautet, dass Mobilität ein elementares Menschenbedürfnis ist. Ich finde, das ist ein guter Anfang dieses Antrags.

Im Folgenden formuliert der Antrag dann eine umfassende Position zum Thema Verkehrswende, wobei der Personenverkehr und der Güterverkehr eingeschlossen sind. Insgesamt werde ich diesen Antrag unterstützen und möchte Euch bitten, das auch zu tun. Ich will dafür werben.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auf einen Punkt zu sprechen zu kommen, der auch aus diesem Antrag resultiert. Dabei geht es um den Punkt „Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes". Das ist ein ganz aktuelles Thema, das sich aber nicht im öffentlichen Rampenlicht abspielt, sondern eher im Verborgenen. Das macht deutlich, wie wenig in die Köpfe der schwarz-gelben Koalition durch die Ereignisse der letzten Wochen und Monate eingedrungen ist; die sind immer noch auf dem alten Stand. Ich möchte das gerne an diesem Thema deutlich machen.

Die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes ist, wie gesagt, ganz aktuell. Der Hintergrund ist der, dass im Dezember 2008 eine EU-Verordnung unterschrieben worden und ein Jahr später in Kraft getreten ist, die viele Beschäftigte in den Nahverkehrsunternehmen sehr gefreut hat. Der Inhalt dieser EU-Verordnung ist folgender: Es wurde nicht, wie befürchtet und vielleicht von den Arbeitgebern erhofft, ein Ausschreibungszwang festgeschrieben zur Ausschreibung von Verkehrsleistungen, sondern es wurde den Kommunen, die ja in Deutschland den Verkehr organisieren, die Wahlmöglichkeit gelassen, die freie Wahl, entweder auszuschreiben oder direkt an ihr kommunales Verkehrsunternehmen zu vergeben. Darüber, dass diese Wahlmöglichkeit tatsächlich gegeben ist, waren die Beschäftigten sehr froh. Dass diese Wahlmöglichkeit überhaupt zustande kam, ist auch nicht gottgegeben gewesen, sondern es war Ergebnis von Protesten der Beschäftigten und auch von entsprechender Lobbyarbeit in Brüssel und in Berlin. – So viel zur Vorgeschichte.

Was jetzt passiert, ist Folgendes: Über den Umweg „Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes" wird versucht, diese Wahlfreiheit der Kommunen zu unterlaufen, indem ein neuer Begriff kreiert wird. Dieser Begriff heißt „kommerzielle Verkehre". Kommerzielle Verkehre sollen die sein, die lukrativ sind, die unter dem Strich Gewinne machen, also einzelne Linien, die stark frequentiert sind und dadurch unter dem Strich schwarze Zahlen schreiben.

Diese Linien – das ist zumindest der aktuelle Stand der Beratungen in Berlin zur Novellierung – sollen in die Ausschreibungspflicht genommen werden. Das heißt, die Linien, mit denen Gewinne erzielt werden können, sollen ausgeschrieben werden müssen. Wir müssen aber die anderen Linien im Auge haben. Denn gerade diese Linien dienen der Daseinsvorsorge, die unseren Sozialstaat meiner Meinung nach ausmacht. Ich nenne als typisches Beispiel eine wenig frequentierte Buslinie, die vielleicht am Altenheim vorbeikommt und mit der Großmutter oder dem Großvater ein oder zwei Mal in der Woche zum Markt fährt. Genau das macht soziale Daseinsfürsorge aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Von der schwarz-gelben Koalition wird ein altes Motto quasi unverändert in die Welt hineingetragen: Gewinne privatisieren – damit sind die lukrativen Linien gemeint – und Verluste sozialisieren. Die Kommune – ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Finanznot der Kommunen – muss dann sehen, ob sie die Linien, die nicht so lukrativ sind, auch weiterhin anbietet. Dass dieses Motto, das unverändert für die Themen, die nicht im Rampenlicht stehen und über die keine Sonntagsreden gehalten werden, gilt, weiterhin in den Köpfen dieser Regierung ist, ist schädlich für die Beschäftigten in den Nahverkehrsunternehmen, und das ist schädlich für die Menschen in unserem Land. Deswegen müssen wir uns gemeinsam dagegen wehren. Ich wollte hier das Bewusstsein dafür schärfen und Euch bitten, uns in diesem Kampf zu unterstützen. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Ronald. – Mir liegen zu diesem Komplex keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über die Anträge B 006 und B 008 ab. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet, B 006 anzunehmen; damit hätte sich B 008 erledigt. Wer für diese Empfehlung ist, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Danke. Die Gegenstimmen! – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Einstimmig angenommen. Ich danke Euch.

Als Nächstes kommen wir zu Antrag B 009 des DGB-Bezirksvorstands Sachsen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme als Material zu dem gerade angenommenen Antrag B 006. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen! – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Vielen Dank. Auch diesen Antrag haben wir einstimmig als Material angenommen.

Wir kommen jetzt zu Antrag B 007, verbunden mit dem Abänderungsantrag Ä 004. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihre Empfehlung.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag B 007 „Stopp der Bahnprivatisierung, Erhalt der Bahn als integrierter Konzern“ von ver.di wendet sich gegen eine Privatisierung der Deutschen Bahn. Politik und Bahnmanagement sollen zukünftig Kundenzufriedenheit, Zuverlässigkeit, Sicherheit und Verbesserung des Schienenverkehrs anstatt der langfristigen Ausrichtung auf Shareholder-Interessen in den Mittelpunkt der Bahnpolitik stellen.

Die TRANSNET hat nun den Abänderungsantrag Ä 004 eingebracht, in dem die Bahnprivatisierung in den Gesamtkontext einer über die letzten Jahrzehnte vorangetriebenen Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge eingebettet wird. In den Ergänzungen zum Antragstext wird auf die negativen Effekte des auf die Kostensenkung fixierten Ausschreibungswettbewerbs im öffentlichen Personennahverkehr verwiesen. Der DGB-Bundesvorstand soll eine Debatte über die öffentliche Daseinsvorsorge im Bereich Verkehr und Mobilität initiieren, und folgerichtig soll dann auch der Titel des Antrags in „Stopp der Liberalisierung, Erhalt und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ geändert werden.

Der Antragsteller beziehungsweise die Antragstellerin ist mit den Änderungen von Ä 004 einverstanden. Die Antragsberatungskommission schlägt eine Annahme mit einer weiteren kleinen Änderung vor. Diese möchte ich jetzt benennen. Schaut Euch bitte die Ergänzung zu Zeile 13 an. Wir schlagen vor, den Satz in Zeile 20 mit „ insbesondere im Bereich Verkehr und Mobilität“ enden zu lassen. Wir glauben, dass die Streichung der weiteren Branchen der Präzisierung des Antrags dient. Das ist unsere Empfehlung dazu.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Mir liegt zu den Anträgen B 007 und Ä 004 eine Wortmeldung vor. Der Kollege Alexander Kirchner von TRANSNET, Teilnehmernummer 51, ergreift das Wort. Bitte schön.

Alexander Kirchner
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wisst Ihr, die meistgestellten Fragen, die an mich in den letzten anderthalb Jahren, seit ich also Vorsitzender der TRANSNET bin, gestellt wurden, lauten: Was macht denn eigentlich der Hansen? Und wie seid Ihr zurzeit beim Thema Bahnprivatisierung aufgestellt? (Heiterkeit) Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nervt. (Vereinzelt Beifall) Das nervt, weil es wohl der Versuch ist, uns auf die Fragestellung zu konzentrieren, ob wir für oder gegen die Bahnprivatisierung sind.

Jetzt könntet Ihr sagen: Da habt ihr euch doch selber reingeritten. Dann müsst ihr auch sehen, wie ihr da wieder rauskommt. – Ja, Kolleginnen und Kollegen, da haben wir uns selber reingeritten. Aber das hilft nicht weiter. Denn die Probleme der Kolleginnen und Kollegen sind andere, und daher steht es bei ihnen im Hintergrund, sich mit dieser Frage zu befassen. Der Vorredner hat es deutlich gemacht: Es geht um viel, viel mehr als um die Frage der Bahnprivatisierung. Gerade der Ausschreibungswettbewerb bereitet uns als Beschäftigte zurzeit die meisten Sorgen.

Hier im Saal haben sich die Delegierten der TRANSNET vor anderthalb Jahren sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Nach langer Diskussion und vielen Anträgen für und gegen die Bahnprivatisierung kamen wir zu dem Entschluss, keine Entscheidung zu treffen. Wenn wir eine Entscheidung getroffen hätten, dann hätte es vor anderthalb Jahren vielleicht sogar eine Mehrheit für einen Vorschlag der Bundesregierung zur Bahnprivatisierung gegeben. Aber das wollten wir nicht, weil es zu einer Spaltung unserer Organisation geführt hätte und weil eine ausreichende Diskussion zu dem Thema nicht geführt worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, es geht um viel, viel mehr. Es geht um das Thema Wettbewerb und darum, wie Wettbewerb in der Branche auf die Beschäftigten wirkt. Es ist ein bisschen scheinheilig, dass beispielsweise Klaus Wowereit im SPD-Bundesvorstand und auf den SPD-Parteitagen als Hauptkritiker der Bahnprivatisierung auftritt, aber in seinem eigenen Land die S-Bahn nicht nur zerschlagen will, sondern in Teilen auch ausschreiben möchte. Wo, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt denn der Unterschied zwischen einer Privatisierung der Bahn AG und einer Teilausschreibung der Bahn, bei der anschließend private Wettbewerber den Betrieb übernehmen? – Das ist genau das Gleiche. (Beifall) Da sind sich alle Parteien einig – bei der FDP brauchen wir gar nicht zu suchen, ob sie für Privatisierung und Wettbewerb ist. Aber auch die Grünen sind für den uneingeschränkten Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr und fordern ihn in allen Bereichen, wo sie tätig sind.

Und selbst Rot-Rot fordert es. In Brandenburg, in Berlin, in Mecklenburg-Vorpommern – Ihr wisst, wie die Mehrheiten dort in den Landtagsfraktionen sind – werden die Leistungen, die heute von der Bahn AG erbracht werden, ausgeschrieben. Das sind die Länder, die bisher das meiste an Leistungen in den Ausschreibungswettbewerb gebracht haben – mit dem Ergebnis, Kolleginnen und Kollegen, dass die Lohn- und Sozialstandards, die bisher diese Leistungen hatten, drastisch nach unten ge-

drückt werden. Allein im letzten Jahr sind 22 Millionen Zugkilometer in Brandenburg ausgeschrieben worden. Der damalige Verkehrsminister stellt sich in die Öffentlichkeit und sagt: Das ist ja ganz toll; wir haben 30 Millionen Euro gespart. Von wem sind die 30 Millionen Euro denn gespart worden? Von den Kolleginnen und Kollegen, die heute diese Leistungen erbringen.

Die gute Nachricht in der Betriebsversammlung im Bereich DB Regio war für die Kollegen: In diesem Ausschreibungswettbewerb haben wir etwa zwei Drittel der Leistung wieder gewonnen. Die schlechte Nachricht war für die Kollegen: weil wir mit Personalkosten von minus 20 Prozent kalkuliert haben. Und jetzt habt Ihr die Wahl, entweder für 20 Prozent weniger zu arbeiten oder nach München oder nach Stuttgart zu gehen, um dort Eure Arbeit zu machen. Das ist Lohn- und Sozialdumping, das die Länder betreiben. Das müssen wir bekämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir brauchen Regelungen im Wettbewerb, die verhindern, dass die Lohn- und Sozialstandards der Beschäftigten negativ tangiert sind. Dazu gibt es Regelungen. Der Vorredner hat auf die EU-Verordnung 1370 aus 2007 hingewiesen. Das hört sich schön an: 1370 aus 2007. Was heißt das? In 2007 hat bereits das EU-Parlament eine Verordnung verabschiedet, die es ermöglicht, im Ausschreibungswettbewerb vorzugeben, dass erstens die bestehenden Lohn- und Sozialstandards erhalten bleiben und zweitens die Mitarbeiter, die bis dato diesen Verkehr erbracht haben, auch von dem übernehmenden Unternehmen mit zu übernehmen sind. Das ist im Übrigen eine Regelung, die in fast allen europäischen Ländern angewandt wird. In England, in Holland, in den nordischen Staaten ist es Gang und Gäbe, dass bei Ausschreibungen die Arbeitnehmer, die bisher ihre Tätigkeit gemacht haben, auch hinterher weiter verwandt werden.

In Deutschland hat es bisher kein einziges Land gemacht. Auch in dem Vergabegesetz, das Wowereit am Sonntag hier noch gepriesen hat, steht das nicht mit drin. Das ist eine Sauerei. (Beifall) Wir haben in Deutschland derzeit etwa 300 Eisenbahnverkehrsunternehmen. Davon sind 70 im Markt aktiv, was den Personen- und Güterverkehr anbelangt. Die TRANSNET hat alle Tarife gekündigt. Seit anderthalb Jahren kündigen wir systematisch die Tarife all dieser Eisenbahnverkehrsunternehmen. Die letzten werden im Juli dieses Jahres auslaufen. Dann kommt es zum Show-down. Wir werden keinen Tarifvertrag mehr unterschreiben, wenn wir nicht einen Branchentarifvertrag für diese Branche bekommen. Wir werden so lange kämpfen und streiten, bis der Branchentarifvertrag in der Branche des schienengebundenen Verkehrs umgesetzt wird und wir für diesen Tarifvertrag auch die Allgemeinverbindlichkeit bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Deshalb bitte ich um Unterstützung des Abänderungsantrages, auch in der Abänderung, wie sie von der Antragsberatungskommission empfohlen worden ist, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb bitte ich auch um Unterstützung in dem vor uns stehenden Arbeitskampf im Sommer, mit dem wir versuchen, Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Deshalb: Bitte nervt uns nicht mehr mit Hansen und Bahnprivatisierung. (Heiterkeit – Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Alex. – Als Nächster hat der Kollege Günther Sorgolla, auch von der TRANSNET, Delegiertennummer 264, das Wort. Ansonsten liegen jetzt zu dem Bereich B 007 und Abänderungsantrag 004 keine weiteren Wortmeldungen vor. – Günther, Du hast das Wort.

Günther Sorgolla
Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vielleicht etwas überraschend, dass dieser Antrag erst über einen Abänderungsantrag präzisiert wird, aber das war der Zeit geschuldet. Deshalb möchte ich mir erlauben, obwohl dazu unser Vorsitzender ausführlich gesprochen hat, noch eine Ergänzung zur Klärung von Begrifflichkeiten zu geben, die in der Öffentlichkeit immer verdreht werden.

Die Privatisierung der Bahn ist 1994 erfolgt. Aber wir wollen nicht, dass der Staat, die Bundesrepublik, diese 100 Prozent Aktien verscherbelt. Es ist ja momentan so, dass diese Verscherbelung nur aufgeschoben worden ist. Herr Grube hat es immer wieder betont: Er trennt sich nicht von dieser Vision, damit Geld machen zu können. Und der Staat ist immer in der Versuchung. Ihr habt es gehört – Frau Merkel hat es uns gesagt –: Die Kassen sind klamm. Wehret dem Versuch, dass man dieses letzte Staatsunternehmen verscherbelt. Das müssen wir in der Diskussion deutlich machen, dass wir nicht immer Privatisierung mit Kapitalisierung des Wertes verwechseln. Das muss jedem klar sein.

Dieser Trick, die AG in zwei AGs aufzuteilen, war ja der Spagat, etwas zu tun, damit es so aussieht, als ob etwas übrigbleibe. Das ist Gott sei Dank auch nicht gelungen. Ich stehe dafür, dass diese Änderung kommt. Aber wir müssen uns auch erinnern: Der DGB hatte mit seiner Aussage – so verstehe ich es heute noch – damals klar und deutlich gesagt: Wir wollen nicht, dass wir das gleiche Schicksal wie die Telekom erleiden; denn dieser Volksbetrug hat uns ja eigentlich die Augen geöffnet. Der Versuch, es jetzt mit den Bahnimmobilien und deren Wert zu tun, liegt ja sehr nahe. – Danke schön. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Günther. – Es liegen also keine weiteren Wortmeldungen für den Bereich vor. Ich schaue gerade zur Wortmeldestelle. – Nichts mehr, gut.

Wir kommen daher zum Abstimmungsverfahren. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag von TRANSNET in der von der Antragsberatungskommission geänderten Fassung ab. Ihr habt gehört, dass alle Beteiligten damit einverstanden sind. Daher bitte ich jetzt um das Kartenzeichen, wenn Ihr damit einverstanden seid. – Danke schön. Ist jemand dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Auch keine. Vielen Dank. Der Abänderungsantrag in der von der Antragsberatungskommission geänderten Fassung ist somit angenommen.

Jetzt stimmen wir über den Antrag B 007 von ver.di ab, der natürlich dann in der durch den Ä 004 geänderten Fassung beschlossen werden wird. Wer für den Antrag B 007 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Haben wir Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides nicht. Der Antrag ist also einstimmig in der geänderten Fassung angenommen worden. Ich danke Euch.

Wir gehen jetzt zum Antrag B 010. Ich bitte die Antragsberatungskommission, das Wort zu nehmen.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Wir kommen mit diesem Antrag zum Thema nachhaltige Unternehmensverantwortung. Es geht darum, verbindliche Regelungen für alle einzufordern. CSR – Corporate Social Responsibility, ein schönes neudeutsches Wort, das uns hoffentlich noch lange beschäftigen wird – beruht auf der Selbstverpflichtung von Unternehmen, sich über gesetzliche Regelungen hinaus sozial, ökologisch und gesellschaftlich verantwortlich zu verhalten.

Der Antrag beschreibt den aktuellen Stand der Diskussion. Zentral geht es um zehn Forderungen des DGB an den CSR-Prozess in den kommenden Jahren. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dina. – Zu dem Antrag liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wir kommen also direkt in die Abstimmung. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. – Einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Wir gehen in den Antrag B 011. Dina, Du hast das Wort.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag B 011 „Wohnungsbau in Deutschland stärken!“ kommt von der IG BAU und formuliert im Wesentlichen drei Ziele. Es geht darum, in Ballungsgebieten ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es geht darum, eine schnellere energetische Sanierung des Altbaus voranzutreiben und auch altersgerechtes Bauen und Modernisieren zu initiieren. Die Forderungen sollen die Wohnungsbaupolitik sowohl im Bereich des Bestandes als auch im Bereich des Neubaus vorantreiben und wesentliche soziale Probleme beseitigen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dina. – Es liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Ich bitte Euch also um das Kartenzeichen, wenn Ihr auch für Annahme seid. – Danke schön. Wer ist gegen die Annahme? – Niemand. Enthaltungen? – Auch niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir gehen zu dem Antrag B 012 des DGB-Bezirksvorstands Hessen-Thüringen zum Thema Kartellrecht. – Dina.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Mit diesem Antrag fordert der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, dass kommunale Eigenbetriebe und Betriebe in kommunaler Trägerschaft künftig nicht mehr dem Gesetz zur Wettbewerbsbeschränkung unterliegen. Es soll verhindert werden, dass das Kartellamt bei der Fusion kommunaler Betriebe eingreift und auch Private ins Spiel bringt. Außerdem würde die übergreifende Zusammenarbeit in der Kommunalwirtschaft dadurch erleichtert werden. Die ABK empfiehlt Annahme.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dina. – Es liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Wenn Ihr für den Antrag seid, bitte ich Euch um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke Euch. Wir sind mit dem Komplex B fertig.

Zwischendurch noch eine kurze Ansage: Einige Kolleginnen und Kollegen haben ihre Reisekostenabrechnungen noch nicht gemacht. In der nächsten Pause könnt Ihr die noch am Infocounter abgeben. – Noch eine nette Meldung: Gestern Abend ist Renate Künast Gewerkschaftsmitglied bei ver.di geworden. Immerhin. (Beifall) (Zuruf: Wie lange hat das gedauert?) – Wie lange habt Ihr gebraucht? Und vor allem: Wer war das? (Zurufe: Frank!) – Frank, gut.

Wir kommen zum Themenkomplex D. Da liegen uns drei Anträge vor. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihre Erläuterungen zu den Anträgen D 001 und D 002. Andrea Kocsis hat das Wort.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! In kaum einem Sachgebiet ist die Diskrepanz zwischen der Regierungspolitik und den tatsächlichen Herausforderungen so groß wie in der Steuer- und Finanzpolitik. Gerade in den letzten beiden Jahren wurde deutlich, wie wichtig eine ausreichende Finanzierungsbasis für die Handlungsfähigkeit des Staates ist. Der Staat muss in die Lage versetzt werden, in und nach der Krise in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und ökologischen Umbau zu investieren. Dies ist aktuell nicht mehr gewährleistet.

Eine nachhaltige Konsolidierung kann nur durch Wachstum erfolgen. Für ein dauerhaftes höheres qualitatives Wachstum bedarf es aber eines Mehr an öffentlichen Investitionen. Folglich bedarf es staatlicher Mehreinnahmen. Diese müssen sozial gerecht, das heißt entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, organisiert werden.

Der Antrag D 001 „Steuerpolitik für mehr Verteilungsgerechtigkeit und einen handlungsfähigen Staat“ des DGB-Bundesvorstands fordert deshalb einen Kurswechsel in der Steuerpolitik. Die staatliche Finanzierungsbasis wurde bereits vor der Krise durch eine Steuersenkungspolitik durchlöchert. Durch die Krise sind Staatsausgaben und Staatsverschuldung explodiert. Jetzt geht es darum, wie staatliche Handlungsfähigkeit zukünftig wiederhergestellt werden kann. Hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmen müssen einen größeren Teil zum Steueraufkommen beitragen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen entlastet werden. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Annahme.

Der Antrag D 002 „Steuerpolitik“ des DGB-Bezirksvorstands Baden-Württemberg fordert die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Antragsberatungskommission sieht den Antrag durch die Annahme des Antrags D 001 als erledigt an.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Andrea. – Das Wort hat zunächst der Kollege Claus Matecki für den Antragsteller Bundesvorstand.

Claus Matecki, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes
Schönen guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten beiden Tagen sehr ausführlich darüber diskutiert und, wie ich glaube, Einigkeit darüber hergestellt, dass wir in der jetzigen Situation, mit der Finanzkrise, aber auch mit der Krise, die insgesamt zu bewältigen ist, auf Steuersenkungen nicht nur verzichten müssen, sondern dass Mehreinnahmen generiert werden müssen. Folglich gibt es keinen Spielraum für allgemeine Steuersenkungen. Wer die staatliche Einnahmeseite verbessern will, muss dies sozial gerecht tun.

Wir haben für ein zukunftsfähiges und gerechtes Steuersystem wichtige Eckpunkte in unserem Antrag entwickelt. Wir sagen Nein zu einer Mehrwertsteuererhöhung, die Unter- und Mittelschichten besonders stark belasten würde; denn diese Menschen geben mehr von ihrem Einkommen für Konsumgüter aus als Besserverdiener. Wir sagen Nein zu einer Besteuerung von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen. Die wäre ein Schlag ins Gesicht der eigentlichen Leistungsträger dieser Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zukünftig müssen hohe Einkommen und Vermögen einen größeren Beitrag zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben leisten. Dies erfordert einen höheren Spitzensteuersatz, höhere Gewinnsteuern und eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine fortschrittliche Lohn- und Einkommensteuerreform belastet hohe Einkommen mit einem höheren Spitzensteuersatz und entlastet die wirklichen Leistungsträger dieses Landes. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben hierzulande die höchste Steuer- und Abgabenlast. Sie sind sozusagen die Lastesel der Nation. Durch die schrittweise Einführung eines linear progressiven Tarifs in der Lohn- und Einkommensteuer würde der sogenannte Mittelstandsbauch abgespeckt. Dadurch erhöhen wir die Kaufkraft unser Kolleginnen und Kollegen. Darüber hinaus wollen wir die kalte Progression über eine regelmäßige Anpassung des Tarifverlaufs an die Lohnentwicklung abschwächen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will aus aktuellem Anlass aber auch ein paar Worte zu unseren Vorstellungen zur Unternehmensbesteuerung sagen. Hierbei beschränke ich mich auf die Gewerbesteuer. Die Kassen der Städte und Kommunen – das wurde von vielen hier auf dem Kongress vorgetragen – sind leer. Das hängt auch damit zusammen, dass die Gewerbesteuer eine sehr konjunkturabhängige Steuer ist. Dies muss aus unserer Sicht zukünftig geändert werden. Deswegen wollen wir die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer ausbauen. Damit würden wir auch der anderen Forderung im Antrag D 002 nach einer Besteuerung von Finanztransfers – auch dazu ist schon eine Menge gesagt worden – gerecht und – so ist zumindest unsere Vorstellung – Spekulation eindämmen und die Finanzmärkte regulieren. Darüber hinaus ist jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Lastenausgleich in Form einer befristeten Vermögensabgabe.

Kolleginnen und Kollegen, noch in der Krise hat Schwarz-Gelb die leeren Kassen als Naturgesetz verkauft, sparen sei angeblich alternativlos. Unsere Alternative ist ein moderner Sozialstaat. Mit unserem Kongressantrag D 001 „Steuerpolitik für mehr Verteilungsgerechtigkeit und einen handlungsfähigen Staat“ wollen wir die Notwendigkeit einer solidarischen und gerechten Steuerpolitik untermauern; denn ein moderner Sozialstaat finanziert sich durch eine breite Einnahmebasis.

Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen erfordert aber auch den politischen Willen, dies durchzusetzen. Dafür lohnt es sich zu streiten. Unser Antrag ist dafür eine gute Grundlage. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Euch, dem Votum der Antragsberatungskommission zu folgen. – Vielen Dank. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön, Claus Matecki. Das Wort hat jetzt die Delegierte Edeltraud Glänzer, Teilnehmernummer 25 von der IG BCE. – Bitte schön, Edeltraud.

Edeltraud Glänzer
Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl Andrea als auch Claus haben ja schon darauf hingewiesen, dass wir einen Kurswechsel in der Steuerpolitik brauchen. Auch dem letzten in unserem Lande müsste klar sein angesichts der wirtschafts- und finanzpolitischen Debatten, dass wir für Steuersenkungen à la FDP keinen Spielraum sehen. Hierfür ist kein Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, (Beifall) denn die Steuersenkungen sind weder solide gegenfinanziert noch kommen sie tatsächlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute. Deshalb müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass diese Modelle vom Tisch bleiben und auch nicht in die Schublade gelegt werden, um dann bei passender oder unpassender Gelegenheit wieder hervorgeholt zu werden.

Wir brauchen keine Steuersenkung auf Teufel komm raus. Wir brauchen ein langfristiges, gerechtes Steuerkonzept, und der vorliegende Antrag zeigt ja eine Reihe von Eckpunkten auf. Ich werde das, was ich mir aufgeschrieben hatte und was Claus schon gesagt hat, etwas abkürzen.

Besonders wichtig ist mir aber, dass wir hier für alle Delegierten sprechen, wenn wir sagen – Claus hat es eben auch gemacht –, wer glaubt, er kann das Geld für Steuersenkungen bei unseren Bergleuten oder aber unseren Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeitern abholen, liebe Kolleginnen und Kollegen, der hat sich verrechnet, der hat sich verspekuliert. (Beifall)

Die Steuerfreiheit der SFN-Zuschläge ist keine Subvention, sondern sie ist ein gerechter Ausgleich für die besonderen Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen. Hier sind und werden wir gemeinsam gefordert sein, denn die FDP, das wissen wir, wird hier nicht nachlassen.

Wir brauchen eine nachhaltige finanz- und steuerpolitische Strategie in Deutschland. Eine Strategie, die Konsolidierung und Gerechtigkeit miteinander verbindet. Wir brauchen einen Handlungsweg für den Staat, der in Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und in Familien und damit auch in Kinder investiert. Und wir brauchen einen Staat, der weiterhin zur Krisenintervention in der Lage ist. Das hat Priorität, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb darf die Politik die Einnahmenseite nicht länger in ihren Betrachtungen der Staatsfinanzen ausklammern.

Claus hat schon darauf hingewiesen, dass wir ja auch im Rahmen unserer Beratungen mehr als deutlich die Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer hervorgehoben haben. Wir brauchen sie, um Spekulationen zu verteuern. Wir brauchen Sie, um Staatsschulden abzubauen. Olaf Scholz hat gestern gesagt, sie kann kommen und sie wird kommen, und zwar als Ergänzung zur Bankenabgabe, nicht als Ersatz.

Genauso klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bankenabgabe darf nicht allein als Feuerwehrfonds für künftige Finanzkrisen dienen. Das wäre lediglich eine Risikoversicherung für die Banken. Die Banken sind auch an den Kosten der jetzi-

gen Krise zu beteiligen, denn sie sind die Auslöser dieser Krise. (Vereinzelt Beifall) Deshalb fordern wir, dass die Bankenabgabe insbesondere dazu genutzt wird, um die Restkosten von Kurzarbeit zu finanzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einer gerechten Steuerpolitik gehören auch Korrekturen im Steuertarif, denn die Verwerfungen im Steuertarif sorgen dafür, dass den kleinen und mittleren Einkommen die Einkommenszuwächse durch steil steigende Steuersätze geradezu einfach weggesteuert werden. Es kann doch aber nicht sein, dass die von uns gemeinsam erstrittenen Tariferhöhungen gleich weitergereicht werden müssen an den Staatssäckel. Es kann doch schon gar nicht sein, dass unser Steuersystem dafür sorgt, dass die Nettoeinkommen sinken, und dies kontinuierlich.

Unser Ziel ist eine Abflachung des sogenannten Mittelstandsbauchs und die Beseitigung der „kalten Progression". Es muss uns gemeinsam gelingen, vor allem die kleineren und mittleren Einkommen zu entlasten. Das ist eine zentrale Frage von Steuergerechtigkeit. Und zur Steuergerechtigkeit gehört eben auch, dass höhere Einkommen höher besteuert werden, und dass die Privilegierung von Kapitalerträgen gegenüber Arbeitsabkommen abgebaut wird.

Ein letzter Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, den ich ansprechen möchte. Auch die Familienförderung muss grundsätzlich reformiert und ausgeweitet werden. Hierbei geht es insbesondere um eine stärkere Förderung von Alleinerziehenden mit Kindern und um eine Familienförderung unabhängig vom rechtlichen Partnerschaftsverhältnis der Eltern. Deshalb muss in diesem Zusammenhang das Ehegattensplitting auf den Prüfstand. Wir wissen alle, dass davon dann vielleicht auch einige Kollegen betroffen werden. Das Ehegattensplitting muss aber auf den Prüfstand. (Vereinzelt Beifall)

Zur Familienförderung gehört nicht zuletzt, und damit blicke ich etwas über die Steuerpolitik hinaus – ich werde zum Schluss aber wieder darauf zurückkommen –, dass auch in schwierigen Zeiten in die Kinderbetreuung investiert wird. Wir brauchen dringend einen qualitativen und quantitativen Ausbau von Kinderbetreuung, von Bildungsstrukturen für Kinder unter drei Jahren und natürlich auch für Kinder über drei Jahren. Es geht hier um Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es geht hier vor allem aber auch um gleiche Chancen auf Bildung. Es geht um Bildungsgerechtigkeit für unsere Kinder und Enkelkinder.

Ich sage deutlich, was wir nicht brauchen. Das ist das unsinnige Betreuungsgeld, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das ist die Förderung eines Familienmodells, das längst überholt ist, das nicht der Realität entspricht, nicht den Wünschen und Interessen von Jungen und Vätern. Ich sage abschließend: Das ist die Verschwendung von Steuergeldern. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Edeltraud. Zu dem Sachgebiet D liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen also zur Abstimmung über die Anträge D 001 und D 002. Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme von D 001; D 002 soll dadurch erledigt sein. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag D 001 auch einstimmig so angenommen, und der Antrag des Bezirksvorstands Baden-Württemberg ist dadurch erledigt.

Wir kommen zum Antrag D 003 des DGB-Bundesjugendausschusses zum Thema Kindergeld. Ich bitte die Antragsberatungskommission um das Wort. – Andrea.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag D 003 „Kindergeld" des DGB-Bundesjugendausschusses fordert beim Kindergeld beziehungsweise Kinderfreibetrag die Abschaffung der sogenannten „Fallbeilregelungen", die Eltern mit Kindern unter 25 Jahren mit eigenen Einkünften trifft. Diese Grenzbetragsregel führt dazu, dass volljährige Kinder unter 25 Jahren mit eigenen Einkünften nur dann Kindergeld bekommen, wenn der Grenzbetrag, derzeit 8004 Euro, eingehalten wird. Wird der Grenzbetrag auch nur um einen Euro überschritten, geht der Anspruch vollständig verloren.

Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Annahme in geänderter Fassung. Die vorgeschlagenen Änderungen dienen vornehmlich der sprachlichen Präzisierung. Zudem empfehlen wir, in Zeile 18 auf die Nennung eines Betrags zu verzichten und stattdessen die Forderung einzufügen, den „Grenzbetrag kurzfristig anzuheben".

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön, Andrea. Es liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen also unmittelbar über diese Empfehlung der Antragsberatungskommission ab, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Zwei. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Dann ist der Antrag bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Vielen Dank.

Wir haben das Sachgebiet D also nun erfolgreich abgeschlossen. Ich gebe im Präsidium für die Sachgebiete F und G ab an meine Kollegin Erika Albers von TRANSNET und meinen Kollegen Dietmar Murscheid vom DGB-Bezirk West. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in den nächsten Antragsblock einsteigen, möchte ich Euch noch darüber informieren, dass es in der Türkei in der Provinz Zonguldak am Schwarzen Meer ein schweres Bergwerksunglück gegeben hat. Bei einer schweren Explosion in einem türkischen Kohlestollen sind mindestens 32 Bergleute verschüttet worden. Noch ist unklar, ob es Tote gegeben hat. Auf jeden Fall sind mindestens elf Männer verletzt worden, so ist der Presse im Moment zu entnehmen.

Es ist immer wieder bekannt geworden, dass es in diesen Bergwerken in der Türkei schwere Sicherheitsmängel gibt. Der 19. Ordentliche Bundeskongress des DGB möchte an dieser Stelle seine Verbundenheit mit den Kolleginnen und Kollegen und deren Familien aussprechen. Wir wünschen eine erfolgreiche Rettung und eine rasche Genesung der Verletzten. (Beifall)

Wir kommen nun zu den Anträgen aus dem Sachgebiet F „Gute Arbeit". Das sind die Anträge F 001 bis F 003. Ihr könnt, wie Ihr das Verfahren bereits kennt, ab jetzt Eure Wortmeldungen zu diesem Sachgebiet bei der Wortmeldestelle abgeben. Das gilt natürlich auch für die Antragsteller. Notiert bitte darauf, zu welchem Bereich Ihr sprechen wollt.

Ich rufe jetzt auf den Antrag F 001 mit dem Titel „Gute Arbeit für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft". Die Sprecherin der Antragsberatungskommission ist Helga Schwitzer. Sie wird diesen Antrag jetzt begründen.

Helga Schwitzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Unglück in der Türkei zeigt, glaube ich, wie wichtig gute Arbeitsbedingungen und gute Bedingungen nicht nur bei uns sind, sondern weltweit und europaweit.

Im Sachgebiet F „Gute Arbeit" liegen drei Anträge mit zentralen Forderungen für die Durchsetzung guter Arbeit vor. In allen drei Anträgen wird dafür plädiert, die bisherigen gewerkschaftlichen Initiativen zur guten Arbeit fortzuführen und weiterzuentwickeln. Ich glaube, man kann ohne Umschweife sagen: Unsere Initiativen haben mittlerweile Strahlkraft nicht nur im Bereich einzelner Gewerkschaften, sondern auch im öffentlichen und politischen Raum entwickelt.

Gute Arbeit für alle, unabhängig von Arbeitsinhalt oder Qualifikation, von Alter, Geschlecht oder Herkunft bleibt weiterhin eine zentrale gewerkschaftliche Herausforderung gerade auch in Zeiten, in denen wir Krisenfolgen zu bewältigen haben.

Wir beginnen mit dem Leitantrag F 001 des DGB-Bundesvorstandes „Gute Arbeit für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft". Der Leitantrag ist sehr umfangreich. Er beschreibt zunächst die Bedeutung von Arbeit für die Einzelnen und die Gesellschaft und skizziert den Wandel, den es in den letzten zwei Jahrzehnten gegeben hat. Dem Diktat maßloser Ökonomie sind allzu oft die Voraussetzungen für gute Arbeit zum Opfer gefallen. Beschäftigte wünschen sich aber, ohne Angst und künstlichen Druck arbeiten zu können, Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit zu haben und genügend Zeit für Familie und soziale Kontakte.

Der Antrag fordert uns Gewerkschaften auf, unter den jetzigen Bedingungen neu zu bestimmen, was wir unter Humanisierung der Arbeit verstehen. Als wichtige Aufgaben benennt er, der Entwicklung zu immer mehr prekärer Arbeit entgegenzuwirken und sich mit neuen Belastungen und den daraus entstehenden Risiken, zum Beispiel den zunehmenden psychischen und physischen Erkrankungen, zu beschäftigen – der Antrag fordert in diesem Zusammenhang präventive Maßnahmen – und die ermutigenden Initiativen zum Index „Gute Arbeit" auszubauen. Er plädiert für eine Neuausrichtung gewerkschaftlicher Arbeitspolitik und hebt hervor, dass dabei kollektive Regelungen zwischen den Tarifparteien und den Betriebsparteien wichtig sind. Außerdem darf die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

Wir empfehlen die Annahme dieses Leitantrages in geänderter Fassung. Ihr habt die geänderte Fassung ausgedruckt vorliegen. Es handelt sich in Einzelfällen nur um Ergänzungen, teilweise kleine Streichungen. Ich möchte auf zwei oder drei empfohlene Änderungen hinweisen: Da ist zum Einen die Ergänzung in den Zeilen 262 und 263, dass gute Arbeit auch selbst ein qualitativer Beitrag zur Krisenbewältigung sein kann. Dann haben wir noch eine Ergänzung in der Zeile 296 vorgenommen, die, glaube ich, sehr wichtig ist. Wir haben gesagt, dass die Erprobung menschengerechter und persönlichkeitsfördernder Arbeitsformen auch Gegenstand der öffentlichen Forschungsförderung bleiben soll und bleiben muss. Das ist für uns wichtig. Und wir haben in Zeile 299 eine Ergänzung und Veränderung der Formulierung vorgenommen. Dort stand „Arbeit darf nicht

dumm und schon gar nicht krank machen". Ich glaube zu wissen, was der Antragsteller meint. Sie darf nicht abstumpfend sein und schon gar nicht krank machen. Auch das schlagen wir zur Veränderung vor.

Wir empfehlen also Annahme in geänderter Fassung.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Helga. Es liegt uns hierzu eine Wortmeldung vor: Kollege Manfred Köppl von der IG BCE, Delegiertennummer 43.

Manfred Köppl
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lasst mich zu dem Antrag F 001 ein paar Worte ergänzend sagen. Wenn wir von guter Arbeit sprechen, dann sprechen wir über ein Thema im Zentrum unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Es geht um gute Arbeit, wie gerade schon erwähnt, Arbeit, die nicht krank macht, sondern die die Menschen erfüllt und motiviert. Gute Arbeit findet an Arbeitsplätzen statt, an denen die Arbeit der Menschen honoriert wird unter Respekt und Anerkennung und natürlich auch durch gute Bezahlung. Gute Arbeit bietet Perspektiven und Entwicklungen und ist mehr als das Einhalten eines konkreten Arbeitsvertrages. Gute Arbeit ist mehr als nur Arbeit zur unmittelbaren Existenzsicherung.

Kolleginnen und Kollegen, lasst mich ein Beispiel aus der Praxis anführen, das mich noch einmal motiviert hat, etwas zu diesem Antrag zu sagen; denn ich glaube, gute Arbeit fällt nicht vom Himmel, Kolleginnen und Kollegen, gute Arbeit einzufordern in unserer täglichen betrieblichen Tätigkeit ist das, was wir an Möglichkeiten haben. Wenn wir uns die ganze Thematik um die Leiharbeit anschauen – gestern oft besprochen und viel zitiert –, dann stimmt es mich schon bedenklich, wenn ich mir unseren Index für „Gute Arbeit" des DGB anschaue und mal aufdrösele in Bezug auf Leiharbeit. All diese Dinge, die wir mit dem Antrag F 001 hier beschreiben, können wir bei den prekären Arbeitsverhältnissen, die wir zum Teil auch hier haben, leider nicht wiederfinden: Selbsterfüllung, Motivation, Entwicklungsmöglichkeiten. All diese Dinge sind den Kolleginnen und Kollegen, die in diesen Arbeitsverhältnissen ihr täglich Brot verdienen oder auch nur zum Teil verdienen können, leider, leider fremd.

Ich möchte an dieser Stelle appellieren, Kolleginnen und Kollegen, dass wir alle, die wir hier sitzen und versammelt sind, unseren Beitrag, den mit Sicherheit viele, viele von Euch täglich leisten, vielleicht noch verstärken; denn gerade was das Thema Leiharbeit betrifft, gibt es Mitbestimmung. Wir haben die Möglichkeit, Nein zu sagen bei der Einstellung von Leiharbeitnehmern. Zugegebenermaßen ist das Eis sehr dünn, aber die Möglichkeit besteht für jeden von uns. Man könnte sagen: Na gut, die einen oder anderen machen das auch. Aber wenn ich mir mal die Landschaft so ansehe, was an den Arbeitsgerichten anhängig ist zum Thema Leiharbeit, dann finde ich da nichts. Das ist erst einmal nicht schlimm. Man muss nicht vors Arbeitsgericht, um diese Thematik zu klären. Ich gehe mal davon aus, dass diese Dinge dann betrieblich geregelt sind. Nur, wenn man in die Landschaft blickt, dann findet man nur sehr, sehr wenige Vereinbarungen zu diesem Thema, die betrieblich geregelt sind.

Das weckt in mir schon die Vermutung, dass wir alle zusammen ganz massiv von der Politik einfordern – auch gestern wieder –, hier zu handeln und hier zu reagieren, aber vielleicht nicht in letzter Konsequenz alle Möglichkeiten nutzen, die wir betrieblich haben. (Beifall)

Ich kann, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur appellieren, diese Möglichkeiten, die wir zur Verfügung haben, zu nutzen. Gute Arbeit fällt, wie gesagt, nicht vom Himmel. Renate Künast hat gestern in Anlehnung an Bert Brecht gesagt: Kämpfen lohnt sich. Ich würde auch in diesem Zusammenhang sagen, Kolleginnen und Kollegen: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, der hat schon verloren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Manfred. – Es hat jetzt das Wort die Kollegin Katy Hübner, ebenfalls von der IG BCE, Delegiertennummer 78.

Katy Hübner
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über gute Arbeit reden, dann reden wir über die zentrale Aufgabe von Gewerkschaften. Da muss man ernüchternd feststellen, wenn wir über gute Arbeit reden und auf junge Beschäftigte in den Betrieben schauen: Junge Beschäftigte haben eben nicht gute Arbeitsverhältnisse als Regelarbeitsverhältnisse. Es gibt diese wunderbare Sonderauswertung des DGB-Index „Gute Arbeit", aus der wir für das Jahr 2009 erfahren können, dass nur 12 Prozent aller jungen Beschäftigten angeben, zu guten Arbeitsbedingungen beschäftigt zu sein. Nur 12 Prozent – das klingt nach einer Mammutaufgabe für Gewerkschaften.

Kolleginnen und Kollegen, überdurchschnittlich häufig sind junge Menschen befristet, in Leiharbeit oder zu Niedriglöhnen beschäftigt. 50 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen eben nur noch befristet. Junge Menschen sind überdurchschnittlich häufig in Praktika beschäftigt, hangeln sich mit der Hoffnung, einen Fuß in der Tür zu regulärer Beschäftigung zu haben, von einem Praktikum zum nächsten, oftmals schlecht bezahlt, oftmals unbezahlt. Sie erleben, dass Arbeit und Tätigkeit in Unternehmen oder Dienstleistungen eben nicht das mit sich bringen, was sie sich davon erhofft haben: Stabilität, Lebensplanung, Perspektiven, sondern dass sie in Unsicherheit und unter prekären Bedingungen arbeiten.

Welche Auswirkungen das auf die Lebensperspektiven und die Planbarkeit der Zukunft von jungen Menschen hat, könnt Ihr Euch alle denken. Dann geht es nämlich nicht mehr darum, wann man zu Hause ausziehen kann, wann man eine eigene Wohnung mieten kann, wann man ein Auto kaufen kann, wann man irgendwann eine Familie gründen und Kinder haben kann, sondern dann geht es einfach nur noch darum: Schaffe ich es, nach meiner Befristung eine Anschlussbeschäftigung zu finden, oder schaffe ich das nicht? Das ist eine Situation, mit der sich Gewerkschaften niemals abfinden sollten. (Beifall)

Das hat auch für uns als Gewerkschaften verheerende Folgen, denn wer prekäre Beschäftigung als Regelarbeitsverhältnis erlebt, verliert nicht nur das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft, das Vertrauen in die Demokratie, das Vertrauen in Staat und Gesellschaft, sondern verliert auch das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Gewerkschaften. (Beifall) Wir müssen sehr selbstkritisch auf unsere eigenen Branchen schauen. Auch bei uns kommt es vor, dass Auszubildende nach Beendigung ihrer Ausbildung in unternehmenseigene Zeitarbeitsfirmen zu schlechteren Tarifen übernommen werden, befristet, versteht sich. Wie man das den jungen Menschen erklären soll und wie man dann den jungen Menschen erklären will, dass die Gewerkschaften diejenigen sind, die für gute Arbeitsbedingungen stehen, das überlasse ich Eurer Fantasie. Ich glaube, wir dürfen das in Zukunft nicht mehr zulassen, (Beifall) aus gesundem Eigeninteresse nicht mehr zulassen; denn wir brauchen die jungen Menschen nicht nur in den Betrieben wegen des demografischen Wandels, sondern wir brauchen sie auch innerhalb unserer Organisationen als Mitglieder. Sie werden nur dann Mitglied, wenn wir ihnen glaubhaft machen, dass wir etwas für sie tun.

Aus diesem Grund, Kolleginnen und Kollegen, muss es uns darum gehen, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Betriebsräte, aber auch die Gewerkschaften dazu zu bringen, gute Arbeit für alle Beschäftigtengruppen durchzusetzen. Es darf nicht sein, dass gerade junge Menschen, denen man immer sagt „Ihr seid die Zukunft unseres Landes, Ihr seid die Zukunft der Organisationen, Ihr seid die Zukunft der Unternehmen“, schlechte Arbeitsbedingungen erleben müssen, die Planbarkeitsstabilität verlieren und am Ende nicht wissen, wo sie in sechs oder zwölf Monaten stehen und wozu sie eine Gewerkschaft brauchen, wenn diese keine guten Arbeitsbedingungen für sie realisiert.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich sehr um die Annahme des Antrags F 001, aber nicht nur um die Annahme des Antrags F 001, denn die Beschlusslage ändert die Realität nur bedingt; (Beifall) ich bitte Euch, in den Betrieben dafür zu sorgen, dass junge Menschen eben nicht zu Krisenverlierern werden, dass junge Menschen nicht unter Befristung, niedrigen Löhnen und Leiharbeit zu leiden haben, sondern dass junge Menschen die gute Perspektive haben, die für die ältere Generation selbstverständlich war. – Herzlichen Dank. Glück auf! (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Katy. – Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen: Die Antragsberatungskommission hat empfohlen, diesen Antrag in geänderter Fassung anzunehmen. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag F 001 in geänderter Fassung angenommen und wir können in die Umsetzung gehen, wie Katy gesagt hat.

Wir kommen jetzt zum Antrag F 002 „Gemeinsame Initiative ‚Gute Arbeit’ fortführen und vertiefen“ von ver.di und der IG Metall. Dazu zunächst Helga von der Antragsberatungskommission.

Helga Schwitzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Inhalt dieses Antrags folgt dem des Antrags, den wir gerade beschlossen haben. Er legt inhaltlich einen größeren Stellenwert auf die Frage, was mit der gewerkschaftlichen Initiative „Gute Arbeit“ in und nach der Krise geschieht. Er kommt zu der Schlussfolgerung: „Gute Arbeit“ selbst kann ein qualitativer Beitrag zur Krisenbewältigung sein. Diesen Gedanken haben wir durch die Änderung in den Antrag F 001 aufgenommen. Der Antrag F 002 ergänzt dieses Vorhaben und sagt, was genau gemacht werden muss und gemacht werden kann. Er kommt zu der Schlussfolgerung: „Gute Arbeit“ ist ein Beitrag zur Krisenüberwindung, weil ein nachhaltigerer Umgang mit der lebendigen Arbeit einen neuen Weg eröffnet, Humanität mit Langfristigkeit und Stabilität zu verbinden.

Wir empfehlen Annahme dieses Antrags.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke. – Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. (Zuruf) – Ich habe keine Wortmeldung bekommen. Ich schlage vor, Du gehst ans Mikrofon, stellst Dich vor und sagst Deine Delegiertennummer, damit wir fortfahren können.

Lothar Schröder
Lothar Schröder, Delegiertennummer 365. Ich habe die Wortmeldung abgegeben, ehrlich. – Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ebenso wie meine Vorredner dafür werben, dass wir das Thema „Gute Arbeit" nicht als verschämtes Thema betrachten, zu dem man sich *auch* bekennen muss. Ich will es anders begründen. Ich habe – wie viele von uns – mit der Gewerkschaftsarbeit vor etwa 30 Jahren begonnen. Ich habe mich damals über das sogenannte Lambsdorff-Papier geärgert, das den Menschen in diesem Land erklärt hat: Schränkt Euch ein, damit die Arbeitslosigkeit sinkt, Wachstum entsteht und es uns allen bessergeht.

Seit damals haben sich die Muster nicht verändert. Ich habe mir die Frage gestellt: Wie hätten wir damals reagiert, wenn man uns gesagt hätte, man legt einen Plan auf, der als Ergebnis bedeutet, 2010 wird ein Drittel der Arbeitnehmer in diesem Land eine solche Arbeitsbelastung erfahren, dass sie selber nicht mehr annehmen, dieses Tempo bis zur Rente durchzuhalten? 2010 wird der Druck so hoch sein, dass die psychischen Belastungen im Arbeitsleben zum Grundproblem geworden sind. 2010 wird man nicht mehr als Witz oder Sarkasmus über ausgebrannte Beschäftigte mit 35 reden. 2010 werden dann 60 Prozent der Berufsanfänger unter Bedingungen ins Berufsleben starten, die man als prekäre Beschäftigungsverhältnisse begreifen kann.

Unbezahlte Praktika werden sich verbreitet haben, befristete Verträge werden sich ausgebreitet haben. 2010 wird man die Anzahl der Vollbeschäftigungsverhältnisse zurückdrehen zugunsten von Minijobs und Leiharbeit, und 2010 wird eine Rente mit 67 gelten, die man aber ohnehin nicht gesund erreicht, zumindest ein Großteil der Beschäftigten nicht. 2010 wird die Selbstausbeutung über variable Beschäftigungssysteme gefördert sein, und Arbeitsbedingungen, die wir sonst von kleinen Freiberuflern kennen, wird man versucht haben, sukzessive in die Arbeitswelt zu integrieren. 2010 werden die Menschen darüber reden, dass sie arbeiten, um trotzdem Armut zu erfahren. Und Hungerlohn-Parteien werden sich dagegen wehren, dass man dafür sogar eine Untergrenze im Dumping einzieht. Millionen Arbeitnehmer werden 2010 Zuzahlungen vom Staat brauchen, damit der Lohn zum Leben reicht. Und 2010 werden Unternehmen angefangen haben, weil ihnen dieser Druck gar nicht reicht, Arbeitnehmer bis ins Privatleben hinein zu bespitzeln und den Druck weiter zu erhöhen.

Ich glaube, wenn man sich im Rückblick einen derartigen Plan vorstellt, müssen wir feststellen, dass die Realität brutaler war, als unsere Vorstellungen damals gewesen sein konnten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir haben heute eine Situation, in der wir das Thema „Gute Arbeit" nicht als verschämtes Randthema betrachten müssen, sondern dafür werben müssen, dass man in der Krise und gerade in der Krise deutlich macht, dass sich die Handlungsmuster seit damals nicht verändert, aber uns verdammt große Zumutungen gebracht haben. Ich glaube, dass wir mehr Bedarf denn je haben, über das Thema „Gute Arbeit" zu reden. Wir brauchen das Thema „Gute Arbeit" als Gegenkonzept gegen ein Konzept, mit dem man uns sagt, es geht um die Hauptsache „Arbeit", aber gemeint ist die Hauptsache „Elite".

Ich glaube, dass wir ein Gegenkonzept brauchen gegen ein System, das über die Jahre hinweg aufgebaut wurde, in der die Wirtschaft mit Benchmarks sich selbst steuernde Prozesse aufgebaut hat, die die Effizienz und Effektivität in finanzieller Hinsicht gesteigert haben und wir mit kollektiver Normung das Ganze begleiten mussten. Das eine System hat sich schneller entwickelt als das andere, und heute laufen wir hinterher. Ich glaube, dass wir mit unserem Index „Gute Arbeit" etwas entwickelt haben, das tendenziell dazu geeignet ist, dem entgegenzutreten. Deswegen müssen wir das als Gegenkonzept begreifen und nicht als verschämtes Randthema, das man eben aufmachen muss.

Wir brauchen ein Gegenkonzept gegen steigenden Arbeitsdruck innerhalb der Betriebe, wie Selbststeuerung entfaltet wird, die man sich nicht vorstellen konnte. Und wir brauchen ein Gegenkonzept gegen ein vom Finanzmarkt getriebenes Funktionsmodell, das zwischenzeitlich – das haben die Beispiele gezeigt – den Menschen ihre Gesundheit und den Arbeitnehmern ihre Würde raubt.

Wir brauchen ein Gegenkonzept gegen Maßlosigkeit, die sich in dieser Wirtschaft verbreitet hat, eine Maßlosigkeit, die die Grenze zum menschenfeindlichen Verhalten an vielen Stellen überschritten hat. Ich glaube, dass der Bedarf dringender denn je ist, über das Thema „Gute Arbeit" zu reden. Ich finde den Beitrag meiner Vorrednerin sehr gut, nicht nur in dem Sinne, dass wir beschließen, in welche Richtung wir gehen, sondern auch in dem Sinne, wie wir es innerhalb der Betriebe umsetzen.

Die Betriebe sind dabei, die Krise wieder zu nutzen, um die alten Argumentationsmuster aufleben zu lassen. Wir erleben einen Postchef, der sagt: „Wir müssen jetzt versuchen, das Rad der Sozialgeschichte zurückzudrehen, weil wir unsere Argumente nach der Krise wieder verlieren würden." Es ist entlarvend, was dort passiert.

Ich glaube, dass wir deswegen Bedarf haben, das Thema „Gute Arbeit" in die Betriebe zu tragen, um sich zu differenzieren in den Konzepten, um Gegenkonzepte deutlich zu machen. Unsere Erfahrungen im Betrieb zeigen: Dort, wo wir mit dem Index „Gute Arbeit" aufschlagen, liegen wir am Puls der Zeit. Betriebsräte sind froh, neue Argumentationsmuster zu kriegen, bei denen man nicht auf vermeintlich subjektive Wahrnehmung, sondern auf die Objektivität der Befragung der Beschäftigten im Betrieb aufbauen kann. Und wir erleben ein Management, das schwächer in der Argumentation wird. Unser Index kommt gut an.

Ich möchte dafür werben, dass von diesem Kongress nicht nur die Annahme dieses Antrags ausgeht, sondern dass wir auch dafür werben, innerhalb der Betriebe mehr zu machen. Wir brauchen Branchenindizes, wir brauchen Personengruppenerhebungen, wir brauchen Betriebsteile, die erhoben werden. Ich möchte dafür werben, dass wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, dass wir das Thema „Gute Arbeit" zu einer gleich guten Überschrift machen wie das Thema „Mindestlohn", weil ich glaube, dass wir im Land diese Zustände nicht mehr zulassen können. – Vielen Dank. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Jetzt hat das Wort der Delegierte Hans-Jürgen Urban mit der Delegiertennummer 219 von der IG Metall.

Hans-Jürgen Urban
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum gleichen Antrag und insbesondere zur Initiative „Gute Arbeit", ja, gute Arbeit an sich, unter den Bedingungen der Krise sprechen, weil ich meine, da gibt es eine Menge Punkte, über die wir diskutieren sollten, über die wir uns verständigen sollten.

Mit Blick auf die Beschäftigungssituation leben wir ja als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer quasi in zwei Welten. Es gibt auf der einen Seite die Betriebe, die Branchen; da scheint die Krise – bisher jedenfalls – relativ gut vorbeigezogen zu sein. Da ist die Welt noch relativ in Ordnung, und man kann sich mit diesen Kolleginnen und Kollegen nur freuen und alles tun, dass das so bleibt.

Es gibt eben auch die andere Welt. Es gibt die Welt der massiven Gefährdungen, die Welt, in der es Spitz auf Knopf steht, in der die Krise viele Betriebe erfasst hat, und diese Krise ist längst nicht vorbei. Und mit der Existenz der Betriebe stehen unsere Arbeitsplätze Spitz auf Knopf. Auch das muss man registrieren und fragen: Wie kann man da Politik mit und für die Kolleginnen und Kollegen machen?

Wir als IG Metall haben versucht, uns gemeinsam mit den betrieblichen Kollegen zu fokussieren. „Keine Entlassungen in der Krise" war unsere Parole, und das war eine Parole, die hat gepasst. Hinter dieser Parole haben wir uns versammelt, haben gemeinsame Politik gemacht. Wir haben nicht jeden Arbeitsplatz verteidigen können, aber wir konnten verhindern, dass die katastrophalen Einbrüche bei Produktion und Aufträgen zur Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt wurden.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, ist es mir ein echtes Bedürfnis, auch als betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsschützer, auch als Fan der Initiative „Gute Arbeit" deutlich zu machen: Der Kampf für Beschäftigung, für die Arbeitsplätze unserer Kolleginnen und Kollegen war in der Vergangenheit wichtig, und er wird es auch in der Zukunft bleiben, schon deswegen, weil wir nicht zulassen können, dass unsere Kolleginnen und Kollegen mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze die Zeche für die Zocker zahlen. „Gute Arbeit" muss auch sichere Arbeit sein. (Lebhafter Beifall)

Wie passt jetzt aber die Forderung nach humanen Arbeitsbedingungen, nach guten Arbeitsbedingungen, in diese beschäftigungspolitische Situation? Ist das nicht ein bisschen naiv? Ist das nicht ein Luxusthema? Hatten wir das nicht schon mal wie damals auf der Titanic, als wir die Zeichen der Zeit nicht gedeutet haben und als wir anfingen, die Stühle neu zu rücken, obwohl das Schiff kurz vor dem Absaufen stand?

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass vielen diese Bedenken durch den Kopf gehen. Viele unserer Betriebsräte, unserer Vertrauensleute stehen im Betrieb unter diesen Krisenbedingungen – lasst es mich mal auf gut Deutsch sagen – mit dem Arsch an der Wand. Deswegen müssen wir das berücksichtigen und müssen darüber diskutieren: Sind das Zeiten für humane Arbeitsbedingungen? Ich will Euch meine Meinung dazu sagen: Der Kampf für eine Humanisierung der Arbeitswelt ist nicht trotz, sondern gerade wegen der Krise das Gebot der Stunde. (Leichter Beifall) Ich will Euch das auch begründen.

Wir müssen uns die Lage vergegenwärtigen, vor der wir stehen. Wir müssen die Wucht der Krise erkennen, und wir müssen uns vorbereiten auf die Härte der Verteilungsauseinandersetzungen, die so sicher wie das Amen in der Kirche kommen werden. Aber wir dürfen nicht vor Angst erstarren, wir dürfen das nicht als gewerkschaftliche Kaninchen tun, die auf die Schlange der Krise blicken und zu politischen Salzsäulen erstarren.

Kolleginnen und Kollegen, Gesundheit ist kein Tauschobjekt für irgendwelches Aushandeln in der Krise. Gesundheit ist ein Menschenrecht, und das gilt auch in der Krise. (Lebhafter Beifall)

Ich sehe nämlich eine große Gefahr auf uns zukommen: die Gefahr, dass die Krise wie eine Axt in die Gesellschaft reinschlägt, in die Belegschaften reinschlägt und sie spaltet. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die rausfliegen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, die ins Hartz-IV-System abgeschoben werden, die von materieller Armut bedroht sind und die höchstens ab und zu die Chance haben, als Leiharbeiter wieder in die Arbeitswelt hineinzuschauen.

Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die ihren Arbeitsplatz nicht verlieren, aber die sich mitunter im wahrsten Sinne des Wortes die Seele aus dem Leib arbeiten müssen, weil die Bedingungen immer härter werden, weil der Arbeitsumfang trotz kürzerer Arbeitszeiten immer höher wird, weil die Arbeitszeiten immer länger werden und überhaupt kein Ende mehr finden, weil nervöse und orientierungslose Chefs den ganzen Laden auf den Kopf stellen oder weil sie Angst davor haben, da sie wissen, dass am Band nebenan oder im Büro nebenan ein Leiharbeiter für 30 Prozent weniger Geld schuften muss und ihn der Arbeitgeber instrumentalisiert, um den Betriebsrat zu erpressen.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns fragen: Ist das eine Arbeitswelt, die wir hinnehmen wollen? – Ich sage: „Arbeit um jeden Preis“, „jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“, „Hauptsache Arbeit“, Kolleginnen und Kollegen, das sind doch keine gewerkschaftlichen Visionen. Das sind Parolen des Neoliberalismus, und diese Arbeitswelt können wir nicht akzeptieren. Wir wollen sie auch nicht akzeptieren, und daher müssen wir ihr den Kampf ansagen. (Starker Beifall)

Auch das ist eine Aufgabe unserer Initiative „Gute Arbeit“. Und weil die Kollegin, die vor mir gesprochen hat, so teuflisch recht hat, dass das Verabschieden einer Resolution oder eines Antrages zwar ein wichtiger Weg, aber längst noch nicht die getane Arbeit ist, möchte ich drei Appelle loswerden – drei Ermutigungen, aber auch drei Ermahnungen, die uns aufzeigen, dass wir nach dem Annehmen des Antrags noch viel zu tun haben.

Der erste Appell richtet sich an die Politik. Kolleginnen und Kollegen, das mit der guten Arbeit geht heute jedem Politiker leicht über die Lippen. Also ich kenne kaum eine Rede, kaum ein Wahlprogramm, in dem sich die Politik nicht zu guter Arbeit bekennt. Ich finde das auch gut. Wenn gute Arbeit in aller Munde ist, dann ist das auch ein Stück weit ein Erfolg unserer Politik, unserer Initiative „Gute Arbeit“. „Strategisches Agenda-Setting“ nennt man das. (Heiterkeit – Beifall) Das klingt ein bisschen gruselig, aber wenn es klappt, ist es eine feine Sache. (Heiterkeit)

Kolleginnen und Kollegen, ich sage allerdings auch: Mir reicht das nicht, weil diesen schönen Worten viel zu selten auch schöne Taten folgen. Andersherum gesagt: Wir müssen darauf beharren: „Gute Arbeit“ ist für uns keine wohlfeile Wahlkampfparole. „Gute Arbeit“ ist für uns auch ein sozialpolitischer Handlungsauftrag. Das heißt, wer von guter Arbeit redet, findet unsere Unterstützung. Aber dann muss auch eine entsprechende Politik folgen. Eine Politik für gute Arbeit ist eine Politik für faire Mindestlöhne. Nix unter 8,50 Euro! Eine Politik für gute Arbeit ist eine Politik gegen den Missbrauch von Leiharbeit, also für die soziale Regulierung von Leiharbeit. Das beinhaltet auch Solidarität mit denen, deren Arbeitsplätze wir nicht haben verteidigen können. Daraus folgt eine anständige sozialstaatliche Absicherung derjenigen, die arbeitslos geworden sind. Schluss mit einem Hartz-IV-System, das Menschen, die ihren Arbeitsplatz schon verloren haben, mit materieller Armut droht und zwingen will, auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen! Auch das muss bekämpft werden, wenn wir gute Arbeit haben wollen. (Starker Beifall)

Der zweite Appell, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht in Richtung Arbeitgeber. Ich bin in der letzten Zeit viel unterwegs gewesen und habe Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben besucht. Ich habe dabei viel gesehen, beispielsweise den hoch gelobten Mittelstand mit seinen Familienarbeitgebern. Ich habe noch nie so viele orientierungslose Chefs durch die Gegend rennen sehen wie in dieser Krise. Kolleginnen und Kollegen, das waren in der Regel nicht die Vorstände, auch nicht die Finanzchefs und schon gar nicht die Finanzer, die den Betrieben, die in die Krise geraten sind, das Überleben gesichert haben. Das waren unsere Betriebsräte. Die haben die verwirrten Chefs an die Hand genommen, sind mit ihnen zum Arbeitsamt gegangen und haben die Kurzarbeit geregelt. Dann haben sie sie an die Hand genommen, sind mit ihnen zur Sparkasse gegangen und haben die Kreditlinie verlängert. Dann haben sie sie an die Hand genommen und haben mit ihnen die neuen Arbeitszeitpläne ausgemacht. Und die übrigen zwei Tage waren sie der Kummerkasten für die Kollegen, die Angst um ihren Arbeitsplatz hatten. (Beifall)

Ja, wir haben in dieser zugespitzten Situation der Krise die viel gerühmte Sozialpartnerschaft akzeptiert. Wir haben sie praktiziert. Wir haben dies allerdings nicht getan, um nachher einen Tritt in den Hintern zu kriegen. Will sagen: Wir haben das nicht getan, um dann Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die im wahrsten Sinne des Wortes Schindluder mit der Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen treiben.

Deswegen sage ich auch unter der Überschrift „Gute Arbeit“: Ich appelliere an alle Arbeitgeber: Erinnert Euch an die Zeiten der Krise, und nehmt Euch nicht diese Zocker auf den Finanzmärkten zum Vorbild, die auf Gesetze, Recht und Anstand gepfiffen haben. Nehmt Euch ein Vorbild an unseren Betriebsräten, an unseren JAVis, an unseren Schwerbehindertenvertretungen, und denkt daran, wie sie sich für gute Arbeit eingesetzt haben. Geht auf sie zu, und macht faire Kompromisse im Bereich „Gute Arbeit“. Hört aber auf, die Kolleginnen und Kollegen über Gebühr wie Zitronen auszuquetschen. Das haben sie nicht verdient, und das werden wir auch nicht hinnehmen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, das ist eigentlich nicht mehr als die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben. Denn es ist verdammt noch mal die Aufgabe der Arbeitgeber, Gefährdungen am Arbeitsplatz zu ermitteln, sie zu dokumentieren und sie vor allen Dingen abzuschaffen. Ich rede vom Arbeitsschutzgesetz und anderen Gesetzen. Ich will Euch eines sagen: Es wird auch weiterhin unsere Aufgabe sein, die Arbeitgeber daran zu erinnern. Eines sollten wir nämlich nicht zulassen: Auf den Finanzmärkten, in den Banken, in den Fonds haben sie sich daran gewöhnt, dass sie die Gesetze missachten und einfach tun können, was sie wollen. Wir dürfen jedoch nicht zulassen, dass das auch in die Betriebe einzieht. Deswegen ist es ganz wichtig, auf diesen Aspekt auch unter den Krisenbedingungen zu achten.

Der letzte Appell, Kolleginnen und Kollegen, ist vielleicht der unbequemste. Denn er richtet sich an uns selbst. Ich glaube, dass auch wir noch ein Stück weit daran arbeiten müssen, das Thema Gesundheit nicht hinten runterfallen zu lassen. Wenn die Wucht der Krise weiterhin so anhält, wenn die Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn permanent mit Lohnklau gearbeitet wird, dann sind dies natürlich keine günstigen Bedingungen für gute Arbeit in den Betrieben. Aber es sind – ich hoffe, ich habe das deutlich machen können – notwendige Bedingungen. Und deswegen geht mein Appell in diese Richtung: Nutzt alle Instrumente, die es gibt. Nutzt zum Beispiel den Index „Gute Arbeit“. Geht auf die Kollegen zu. Diskutiert mit ihnen. Nehmt Bestandsaufnahmen der Situation in den Betrieben vor. Und noch viel wichtiger ist: Entwickelt auf dieser Bestandsaufnahme politische Konzepte, politische Programme für die Betriebsratsarbeit, die Ihr gemeinsam mit den Kollegen und Euren Gewerkschaften umsetzt. Ich glaube, das ist notwendig, und es gibt die Bereitschaft unter den Kolleginnen und Kollegen, hier mitzumachen.

Tja, Kolleginnen und Kollegen, das alles ist viel Holz. Es sind keine einfachen Bedingungen, es wirkt recht kompliziert. Manchmal ist die Welt aber gar nicht so kompliziert. Im Grunde geht es darum, ob wir es zulassen wollen, dass auch die in den Betrieben vorhandene Gier nach dem schnellen Geld das Leben in den Betrieben bestimmt, oder ob wir es schaffen, das Menschenrecht auf Gesundheit mit der Hilfe der gewerkschaftlichen Solidarität zur Geltung zu bringen. Das ist die entscheidende Frage, um die es geht. Da geht es nicht um Details. Da geht es um die Grundsatzentscheidung der Entwicklung in den Betrieben und damit in der Gesellschaft. Deshalb denke ich bei solchen Dingen immer an den schönen kurzen Satz von Erich Kästner, den auch Ihr kennt und der wie folgt lautet: „Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es.“ – Also tun wir es! – Vielen Dank. (Starker Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Herzlichen Dank, Hans-Jürgen. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung. Ihr könnt Euch daran erinnern – und das ist nach den beiden letzten Redebeiträgen auch klar –: Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme des Antrags.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe nun den Antrag F 003, „Gute Arbeit“, vom DGB-Bundesjugendausschuss auf.

Helga Schwitzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag nimmt die Lebens- und Arbeitssituation insbesondere junger Menschen in den Blick. Junge Menschen sind von Erwerbslosigkeit in den Übergängen zwischen Schule und Ausbildung, zwischen Ausbildung und Arbeit oder bei Arbeitsplatzwechsel besonders bedroht.

Ich finde, Katy hat das sehr eindrucksvoll in ihrem Wortbeitrag zum Antrag F 001 geschildert, wie junge Menschen durch prekäre Arbeit in die Perspektivlosigkeit und letztlich nicht gerade in unsere Arme getrieben werden.

Der Antrag beschäftigt sich mit diesem Thema und sagt, welcher Bedingungen es bedarf, um tatsächlich gute Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben durchzusetzen und zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund stellt der Antrag entsprechende Anforderungen an gute Arbeitsbedingungen: fair entlohnte Arbeit, existenzsichernde Einkommen, equal pay und equal treatment in der Leiharbeit, Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Abschaffung prekärer Beschäftigung wie befristete Arbeitsverträge, aber auch Scheinselbstständigkeit und Scheinpraktika.

Unsere Empfehlung lautet: Annahme in geänderter Verfassung. Die Abänderungen, die es betrifft, sind in der Regel sprachlicher Art. Ihr habt sie ausgedruckt vor Euch.

Ich möchte eine Berichtigung vornehmen. Ihr seht in den Zeilen 112 bis 113 in Euren Unterlagen einen Ausdruck, der so nicht stimmt. Dabei geht es um die Frage, dass wir in einigen Branchen Gewerkschaften haben Tarifverträge abschließen lassen, die nur einen sehr niedrigen Lohn garantieren. Das muss natürlich heißen: „abschließen müssen". Wir mussten Tarifverträge abschließen. Ich bitte, das in Euren Unterlagen entsprechend zu berücksichtigen. Das war ein Schreibfehler, so von uns nicht gewollt.

Also: Annahme in dieser geänderten Fassung. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Helga. – (Wortmeldung) – Soll das ein Geschäftsordnungsantrag sein? (Zuruf) – Dann gib eine Wortmeldung ab. Geh einfach zur Wortmeldestelle und lass das dort notieren.

Wir rufen jetzt die Kollegin Karola Frank von der Gewerkschaft IG Metall ans Mikrofon, Delegiertennummer 106.

Karola Frank
Kolleginnen und Kollegen, ich unterstütze natürlich, dass wir den Antrag annehmen. Aber in dieser geänderten Fassung ist eine inhaltliche Änderung, die wir so nicht nachvollziehen und so definitiv auch nicht mitgehen können, und zwar bei der Streichung und Ergänzung bei Zeile 84. Es wird gestrichen: „Migranten/-innen und Hauptschulabsolvent/-innen". Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum wir die Hauptschulabsolventen hier streichen. Wir finden es gut, dass wir Hauptschulabsolventen mit ergänzen. Das können wir auch darin lassen.

Nichtsdestotrotz habe ich die Bitte an die Antragsberatungskommission, noch einmal in sich zu gehen, um auch die Hauptschulabsolventen mit hereinzunehmen; denn auch die sind definitiv von prekärer Beschäftigung nach dem Abschluss betroffen. Das ist definitiv ein Bereich, den wir nicht aussparen sollten. Deswegen habe ich die Bitte, diese Hauptschulabsolventen mit hereinzunehmen, damit wir nun wirklich alle Bereiche von unseren Schülern und Schulabsolventen mit berücksichtigen, die wir natürlich in den Gewerkschaften auch vertreten. – Danke schön. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Es hat jetzt Heike, Anni, das Wort. (Anni Heike: Ich ziehe zurück, danke!) – Das hat sich erledigt. Wunderbar. Die Wortmeldung zwischendurch hat sich somit auch erledigt.

Ich frage jetzt die Antragsberatungskommission, ob sie den Hinweis bearbeitet hat oder bearbeiten sowie sich neu beraten möchte. Helga.

Helga Schwitzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Wir brauchten es gar nicht zu bearbeiten. Es handelt sich auch hier leider um einen Schreibfehler. Es ging uns darum, dass wir die Männlichkeits- und Weiblichkeitsformen immer richtig schreiben wollten. In dieser Situation ist das dann entstanden. Wir haben also Migrantinnen und Migranten gesagt, wollten aber sagen: Hauptschulabsolventen und Hauptschulabsolventinnen. Daraus ist dann Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen geworden. Es war einfach ein Schreibfehler. Ich möchte vorschlagen: Wir ergänzen das entsprechend, nehmen die Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen mit herein. Dann empfehle ich Annahme in dieser geänderten Fassung. – Danke. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört, da es sich hier um einen Schreibfehler handelt. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall.

Damit sind wir mit dem Antragspaket F zu Ende. Damit wir alle ein bisschen Luft oder Nikotin tanken können, unterbreche ich jetzt den Kongress für zehn Minuten.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.35 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 10.59 Uhr)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Wir werden jetzt unsere Konferenz fortsetzen. (Leichter Beifall) Wir denken, dass auch alle, die sich noch außerhalb des Saales befinden, so langsam eintrudeln werden. – Den Hinweis, dass die Temperatur im Moment nicht mehr so ganz angenehm ist, haben wir aufgenommen. Wir werden schauen, was wir da machen können.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen aus dem Sachgebiet G „Arbeitsmarktpolitik und Soziale Sicherungssysteme". Das sind die Anträge G 001 bis G 018. Ihr könnt ab sofort Eure Wortmeldungen zu allen Anträgen dieses Sachgebiets abgeben, wie immer vorne bei der Wortmeldestelle. Das gilt natürlich auch für die Antragsteller, die das bitte noch einmal extra vermerken, damit auch klar ist, dass sie als Antragstellerin oder Antragsteller sprechen wollen.

Ich rufe jetzt auf den Antrag G 001 mit den Anträgen G 003, G 004 und G 005 sowie den Antrag G 014. Der Antrag G 001 des DGB-Bundesvorstands lautet „Ohne Solidarität keine Freiheit. Für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit." Wie eben angedeutet, sind mit aufgerufen die Anträge G 004 „Rente muss zum Leben reichen" des DGB-Bezirksvorstands Bayern und G 005 „Gegen Rente mit 67 – Soziale Alternativen sind möglich" des DGB-Bezirksvorstands West. Wir diskutieren ebenfalls damit die Anträge G 003 und G 014, die ich mit aufrufe.

Jetzt hat der Kollege der Antragsberatungskommission, in diesem Fall der Kollege Egbert Biermann, das Wort. Egbert, bitte die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die aufgerufenen Anträge G 001, G 002, G 004, G 005 und G 014 stehen in einem Zusammenhang und sollen deshalb auch gemeinsam erörtert werden. Die Beschlussfassung erfolgt dann aber in mehreren Steps.

Der Leitantrag G 001 „Ohne Solidarität keine Freiheit. Für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit." des DGB-Bundesvorstands bündelt die zentralen Themen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Er beschreibt, weshalb sich die solidarisch finanzierte soziale Sicherung zunehmend in Richtung bedürftigkeitsgeprüfter Fürsorgeleistungen entwickelt: weil der Niedriglohnsektor ausufert und prekäre Beschäftigung zunimmt, weil als Folge der Arbeitsmarktreformen wie auch als Folge von Hartz IV selbst Altersarmut droht, weil die von der Bundesregierung geplante Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung und die Teilprivatisierung der sozialen Pflegeversicherung dies weiter befördern würde.

Mit dem Leitantrag bezieht der DGB Stellung zur laufenden Sozialstaatsdebatte. Er beschreibt die gewerkschaftlichen Vorschläge, um die Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung zur Vermeidung von Hartz IV zu stärken, um die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung beziehungsweise die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung zur solidarischen Bürgerversicherung auszubauen. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme.

Da die Anliegen der Anträge G 004 und G 005 vom DGB-Bezirksvorstand Bayern beziehungsweise vom DGB-Bezirksvorstand West ausführlich im Antrag G 001 enthalten sind, empfehlen wir, dass diese mit Annahme des Antrags G 001 erledigt sind.

Die Inhalte der Anträge G 003 und G 014 vom DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen bzw. vom DGB-Bezirksvorstand Sachsen sind zwar ebenfalls im Antrag G 001 in großen Teilen enthalten, jedoch beschreiben beide Anträge zusätzliche Aspekte, die bei der Umsetzung von G 001 berücksichtigt werden sollen. Deshalb lautet unsere Empfehlung zu beiden Anträgen: Annahme als Material zu Antrag G 001. – Danke schön.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Herzlichen Dank, Egbert. Es spricht jetzt zunächst für den Antragsteller die Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand.

Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Egbert hat ja den Begründungszusammenhang des sozialpolitischen Leitantrags schon dargestellt. Vielen Dank, Egbert. Mir ist es wichtig, das will ich für den Antragsteller gerne tun, noch mal den Kerngedanken des Antrags deutlich zu machen. Dabei geht es nicht zuletzt um einen ganz zentralen Verteilungskonflikt, um die starken Verschiebungen von solidarisch finanzierten sozialen Sicherungssystemen hin zu steuerfinanzierten, bedürftigkeitsgeprüften Fürsorge- und Grundsicherungsleistungen.

Was steckt hinter dieser Verschiebung, die wir da zur Kenntnis nehmen müssen? Die soziale Sicherung wird von zwei Seiten in die Zange genommen. Auf der einen Seite ist heute ein Arbeitsplatz schon lange nicht mehr ein Garant für soziale Sicherheit. Auf der anderen Seite bieten die Sozialversicherungen selbst inzwischen zu wenig Schutz. Sowohl durch die Hartz-Reformen als auch durch die Renten-Reformen der letzten Jahre ist die beitragsfinanzierte soziale Sicherung deutlich abgebaut worden, und zwar immer wieder mit einem Argument, das im Vordergrund gestanden hat. Das hieß Globalisierung, internationale Konkurrenzfähigkeit.

Die Bedeutung der Lohnnebenkosten ist in einer Art und Weise überhöht worden, als würde jede kleinste Erhöhung der Sozialabgaben auf direktem Weg in die schwerste Wirtschaftskrise aller Zeiten führen.

Warum wir aber tatsächlich in so einer großen Krise sind, wissen wir. Wir wissen auch, dass das nichts mit den Lohnnebenkosten zu tun hat. Ich glaube, dass dieser Tunnelblick auf die Lohnnebenkosten, den wir in den letzten Jahren erlebt haben, kein Zufall ist, sondern politische Strategie. Da geht es nicht etwa darum, wie uns immer wieder gesagt worden ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger belastet werden sollten, wenn die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Im Gegenteil, in den letzten Jahren mussten wir nur draufzahlen.

Was heißt private Vorsorge denn anderes, als dass wir das allein bezahlen, was vorher noch paritätisch mit Beteiligung der Arbeitgeber bezahlt worden ist. Genau das ist der Kern dieses Tunnelblicks auf die Lohnnebenkosten, dass nämlich die Arbeitgeber sich aus der Verantwortung stehlen und die Politik ihnen dafür noch die Tür aufhält. Die Arbeitgeber zahlen immer weniger und wir zahlen immer mehr. Mit dieser Umverteilung von unten nach oben muss endlich Schluss sein.

Die neoliberale Idee ist, die solidarische Versicherung soll in eine Armenfürsorge verwandelt werden, damit die Arbeitgeber fein heraus sind und dann ihre Profite steigern können. Das sehen wir ganz deutlich bei der Kopfpauschale. Ich will mit einem Beispiel noch das Argument dazu bringen. Da sollen Sekretärin oder gut verdienender Abteilungsleiter gleich viel zahlen, und die Versicherten müssten dann alle Kostensteigerungen alleine tragen. Der Arbeitgeberbeitrag soll ja eingefroren werden. Wer dann die Kopfpauschale nicht zahlen kann, soll angeblich einen Ausgleich bekommen über Steuergelder.

Beim Systemwechsel wären 60 Prozent der Versicherten davon betroffen. Das heißt, das, was heute in der GKV noch halbwegs paritätisch finanziert wird, soll den Arbeitgeberinteressen geopfert werden und irgendwie dann vielleicht über Steuern ausgeglichen werden. Da wären wir dann bei Guido Westerwelle, bei Roland Koch und leider auch bei Angela Merkel. Die wollen sparen. Dabei stehen die Sozialbudgets an allererster Stelle. Das klingt bei allen durch.

Die FDP hat verkündet, Ihr habt es vielleicht noch im Ohr, alle Sozialausgaben, die nicht beitragsfinanziert sind, müssen strengstens geprüft werden. Ich darf das mal übersetzen. Das heißt ja, zuerst wird die Sicherheit, die durch Beiträge gewährleistet ist, genommen, und dann reden sie schnell über die Sozialleistungen, die sich der Staat angeblich nicht mehr leisten kann.

Das ist genau das, was wir jetzt schon bei Hartz IV erleben. Da wird erst der Schutz im Fall von Arbeitslosigkeit abgebaut und Millionen von Arbeitslosen werden in das Bedürftigkeitssystem abgedrängt, und dann heißt es, Hartz IV sei zu teuer. Und das, obwohl Hartz IV nicht mal vor Armut schützt. Im Gegenteil, mit Hartz IV werden Niedrig- und Hungerlöhne subventioniert. Im Klartext: Wir Steuerzahler, wir zahlen für diese Niedriglöhne, denn da greifen ja die Arbeitgeber in die Taschen der Steuerzahler, damit die Hungerlöhne, die sie zahlen, aufgestockt werden. Und dann heißt es im nächsten Schritt, wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Bundeskanzlerin gar nicht so weit von spätrömischer Dekadenz entfernt, wie wir das gerne hätten und wie es politisch nötig wäre. Dieselbe hoch gefährliche Abwärtsspirale sehen wir auch bei der Rente. Wenn sich da nämlich nicht schnellstens etwas ändert, haben wir in 15 bis 20 Jahren ein Ausmaß an Altersarmut, das wir uns jetzt überhaupt noch nicht vorstellen können. Wegen Lohndumping, wegen Rentenkürzung, auch wegen der Rente

mit 67. Altersarmut bedeutet dann Grundsicherung im Alter, steuerfinanziert. Und sobald die Kosten steigen, heißt es dann wieder, wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, so weit dürfen wir es nicht kommen lassen. Wir müssen die solidarischen Systeme stärken und einen weiteren Rückschritt, einen weiteren systematischen Abbau dieser solidarischen Sicherungssysteme wie bei der Kopfpauschale verhindern. Wir haben dazu Antworten und Wege, Vorschläge für wirkliche Reformen. Wir wollen das Prinzip Bürgerversicherung. Wir wollen die Parität zurück. (Beifall)

Die Kehrseite der Debatte um Lohnnebenkosten ist ja, dass die Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen und steigen, und zwar einseitig steigen. Wenn andere über Zehntelprozentpunkte bei den Sozialabgaben sprechen, dann sollten wir über die 50 Prozent sprechen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fehlen, wenn die Arbeitgeber da fein heraus sind. 50 Prozent, die für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fehlen und die die Arbeitgeber uns schulden. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in Teilen ist das ja heute schon bei der Rente so. Das soll jetzt auch bei der Pflege passieren. Und in der gesetzlichen Krankenversicherung will die schwarz-gelbe Koalition die Arbeitgeberbeiträge einfrieren. Das dürfen und das werden wir nicht mitmachen. Wir wollen mehr und nicht weniger Verantwortung der Arbeitgeber. Wir wollen die volle paritätische Beteiligung, und wir wollen Kapitaleinkünfte mit einbeziehen. Ich glaube, das ist die solidarische, das ist die gerechte und auch die nachhaltige Alternative. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, als wir den Antrag geschrieben haben, gab es die Westerwelle-Debatte noch nicht. Die NRW-Wahl war da noch weit weg. Was Schwarz-Gelb jetzt plant, deutet sich bislang zwar nur an, aber es ist ja absehbar. Da bin ich sehr froh über die guten inhaltlichen Diskussionen der letzten Tage hier auf dem Kongress. Und ich bin froh über unsere klare Haltung, dass die Kosten der Krise eben nicht bei unseren Kolleginnen und Kollegen abgeladen werden dürfen. Dagegen werden wir uns gemeinsam wehren, denn das würde heißen, die Spaltung der Gesellschaft noch weiter zu verschärfen.

Ich wünsche mir, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass wir in vier Jahren nicht darüber sprechen müssen, dass aus Gefahren Tendenzen, aus Trends harte Entwicklungen in Richtung auf den Sozialhilfestaat geworden sind. In diesem Sinne streiten wir für die solidarische Alternative. Ich bitte Euch um Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Jetzt hat das Wort der Delegierte Ralf Wehmeier von der IG Metall, Delegiertennummer 181.

Ralf Wehmeier
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstütze in Gänze diesen Antrag. Ich mache das vorweg, damit mir das Präsidium nicht nachsagen kann, ich hätte nicht zur Sache gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Samstag bin ich hier in diesem Hotel. Ich muss hinzufügen, ich komme aus dem Ruhrgebiet, wie man unschwer hören kann. Im Ruhrgebiet ist es so, dass die Menschen das, was sie auf der Seele tragen, auch immer im Gesicht tragen. Das heißt, man merkt ihnen an, ob sie gut oder schlecht drauf sind. Und sie sagen immer das, was sie bewegt.

Was mich bewegt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist: Seit Samstag bin ich in diesem Hotel, erlebe einen Kongress, der mir gefällt, habe wunderbare Menschen kennengelernt, habe gute und weniger gute Redebeiträge gehört, und alles findet in einem Umfeld statt, wo Menschen bemüht sind, es uns gutgehen zu lassen. Diese Menschen sind hier in diesem Hotel beschäftigt. Und diese Menschen sind zum größten Teil sehr jung, viele mit Migrationshintergrund. Ich habe mit vielen von denen gesprochen. Was mich halt bewegt, ist das, was die Kollegin von der NGG gestern gesagt hat. Seitdem habe ich verdammt schlechte Laune. (Beifall)

Ich habe deswegen schlechte Laune, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir uns dann, wenn wir diese großen Begriffe wie Solidarität, wie Freiheit benutzen, wenn wir wie immer eine hervorragende Beschlusslage haben, auch an unseren Taten messen lassen müssen, nicht nur an unseren Worten. Ich meine, es muss doch möglich sein, von diesem Kongress ein Zeichen zu setzen, über eine Unterschriftenaktion oder in irgendeiner Form über ein Papier, das wir der Hotelleitung zukommen lassen, dass wir es nicht akzeptieren, dass hier Menschen unter Tarif in prekären Verhältnissen beschäftigt werden und die Betriebsratsarbeit zu wünschen übrig lässt. Das müssen wir in einer gemeinsamen Erklärung, in einer gemeinsamen Unterschriftenaktion zum Ausdruck bringen. Der Kunde wird ja immer gefragt, wie es ihm im Hotel gefallen hat. Von mir aus

schreibt, dass wir hervorragend aufgenommen worden sind, dass wir durch kompetente, fachkundige, fleißige Menschen bedient worden sind und die uns alles so eingerichtet haben, dass wir uns wohlfühlen, dass wir aber möchten, dass diese Menschen unter vernünftigen Arbeitsbedingungen hier im Hotel zukünftig arbeiten. Das muss der Kongress der Hotelleitung einmal sagen; ich welcher Form, ist mir egal, aber wir müssen es sagen. – Danke schön. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Dazu direkt der Kollege Hexel vom Bundesvorstand.

Dietmar Hexel, DGB-Bundesvorstand
Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank dem Kollegen Ralf Wehmeier für die Erinnerung. Kerstin Meißner hat ja gestern das Thema schon angesprochen. Ich hatte mir vorgenommen, Euch spätestens heute Nachmittag dazu eine umfassendere Darstellung zu geben. Die gebe ich aber jetzt, obwohl wir noch ein Gespräch mit dem Betriebsrat haben werden.

Ich finde es absolut richtig, dass wir im Gaststättenbereich wie in anderen Bereichen sagen: Wir brauchen andere Verhältnisse. Wir brauchen Tarifverträge, und da, wo das nicht geht, Mindestlöhne. Darüber streiten wir überhaupt nicht. Wir haben aber als DGB hier in Berlin auch vor diesem Kongress erlebt, dass in der Tat das stimmt, was der Kollege vor mir gesagt hat, dass wir hier eine hervorragende Bewirtung haben, dass der Service hier gut ist, auch im Vergleich mit anderen Tagungen. Ihr kennt ja sicher auch andere Hotels, wo es manchmal ein bisschen klemmt. Wir können also zufrieden sein.

Jetzt stellt sich die Frage: Sind die Beschäftigten zufrieden? Und wie kommen die zu einem Tarifvertrag? Da kann ich aber als DGB, als Veranstalter, nur mithelfen, dass das passiert. Wir haben bereits im letzten Jahr im Bundesvorstand darüber geredet, ob wir als DGB in ein Hotel, in eine Tagungsstätte gehen können, bei der es keinen Tarifvertrag gibt, und was die Alternativen sind. Die Alternativen in Berlin sind: Es gibt noch zwei große Hotels, bei denen es einen Tarifvertrag gibt. Das eine ist für uns zu klein, und bei dem anderen war zum damaligen Zeitpunkt nicht gesichert, dass der Umbau abgeschlossen ist. Ihr kennt es, das Messezentrum auf der anderen Seite. Das heißt, es blieb die Alternative für uns als DGB nur, hierher zu gehen.

Nun ist das auch noch keine Antwort darauf, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen schlecht wären und Tarife nicht eingehalten werden. Deswegen haben wir im geschäftsführenden Bundesvorstand einstimmig beschlossen, dass wir nur hierher gehen, wenn klargestellt ist, dass die tariflichen Mindestbedingungen eingehalten werden. Ich persönlich habe mit einem NGG-Sekretär hier Gespräche mit der Geschäftsführung geführt, und wir haben in den Vertrag hineinformuliert, dass alle fest Angestellten dieses Hauses einen tariflichen Mindestlohn haben müssen, oder, wenn das nicht gegeben ist, 7,50 Euro. Das steht im Vertrag, unterschrieben von der Geschäftsleitung und uns.

Nun kann man sagen: Na gut, was soll‘s, das müssen die vielleicht nicht einhalten. Ich habe deshalb gestern, weil ich natürlich auch erschrocken war über das, was die Kerstin gesagt hat – Ihr erinnert euch, sie hatte gesagt, Stundenlohn von 5,46 Euro; ich bin fast vom Stuhl gefallen –, mit der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden gesprochen. Der Betriebsrat kommt nachher um 13 Uhr. Er hat heute übrigens seine konstituierende Sitzung; man kann ihm dann vielleicht dazu gratulieren, dass das gelungen ist. Der Betriebsrat hat mir versichert, dass es hier etwa 450 fest angestellte Beschäftigte gibt, von denen 190 tarifliche Angestellte sind, und alle anderen bekommen mehr als Tarif. Die Geschäftsleitung erkennt nämlich die Tarifverträge der NGG an, bis auf eine Ausnahme: Sie erkennen ihn bei der Arbeitszeit nicht an. Die beträgt in der Tat nicht 38,5, sondern 40 Stunden. Das hat die Kerstin völlig korrekt berichtet. Die unterste Eingruppierung – sagt mir der Betriebsrat – der 190 tariflichen Beschäftigten liegt bei etwas über 1.600 Euro im Monat, also über 9 Euro pro Stunde.

Er hat mir dann noch gesagt – auch in den Vorgesprächen; ich habe das heute Morgen noch einmal abgefragt –, dass sie auch die Ausbildungsquote gesteigert haben. Da haben sie also auch etwas gemacht.

Sie haben mir ebenfalls gesagt, dass sie zum Beispiel bei den Outsource-Betrieben dieselben Schwierigkeiten wie wir haben. Ich habe schon erwähnt, dass ich auch mit Franz-Josef Möllenberg darüber bereits gesprochen habe: Immer dann, wenn die Hotels etwas outsourcen – Sicherheitsservice, Bettenmacherei –, wird ein Vertrag gemacht, der unseren Bestimmungen entspricht, dass sie die Tarifverträge des Gebäudereinigerhandwerks anwenden. Die Personalchefin hat mir versichert, dass sie das bei diesen Firmen auch kontrollieren.

Insoweit war ich sicher, dass die Mindestbedingungen, die wir brauchen, also Arbeitsbedingungen, die nicht unter 7,50 Euro liegen, dass es einen Betriebsrat gibt, der darauf schaut, dass die Eingruppierung stimmt, dass es eine Haltung gegenüber den Beschäftigten gibt, die ich akzeptieren kann, eingehalten werden. Insofern habe ich gesagt: Okay, ich kann in dieser

Ausnahmesituation, weil kein anderes Hotel da ist, den Beschluss des Bundesvorstands erfüllen und den Vertrag mit diesem Hotel unterschreiben.

Die Krönung fehlt – das ist in der Tat ein Problem –, nämlich ein Tarifvertrag. Ich kann Euch nur zusagen – darüber haben Franz-Josef und ich schon gesprochen –, dass wir das hier weiterverfolgen werden. Es ist nicht so, dass die Geschäftsführung nicht bereit ist, aber sie unterschreibt ihn einfach nicht. Wir müssen jetzt zusammen mit den Beschäftigten hier überlegen, wie die NGG zu einem Tarifvertrag kommt.

Ich will noch einmal betonen, damit das nicht hängen bleibt: Hier wird bei den Festangestellten nach der Aussage des Betriebsrats dieses Hauses niemand für 5,46 Euro beschäftigt! Sondern wir haben hier ein Niveau, das, glaube ich, im Vergleich zu anderen Hotels und Gaststätten durchaus mithalten kann. Das hat mich dazu bewogen, den Vertrag im Auftrag des Bundesvorstands zu unterschreiben. Ich möchte das sagen, was ich tue, und das tun, was ich sage. – Vielen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke. – Dieses Thema spielt bei uns auf dem Kongress natürlich eine ganz wichtige Rolle. Auch Franz-Josef Möllenberg möchte sich dazu zu Wort melden. Er hat die Delegiertennummer 236.

Franz-Josef Möllenberg
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Ralf Wehmeier sehr dankbar, dass er das Thema hier noch einmal angesprochen hat. Ich glaube, es wäre nicht in Ordnung, wenn wir das nur auf die konkrete Situation hier im Estrel, die wir leider erleben müssen, beziehen. Ich erinnere daran, dass am Sonntag die Kollegin Landen von ver.di darauf hingewiesen hat, dass wir auch andere Dienstleister in Anspruch genommen haben, die nicht tarifgebunden sind. Der Appell, den wir gemeinsam miteinander verabreden sollten, muss heißen, dass wir bei zukünftigen Veranstaltungen – sei es des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sei es der Einzelgewerkschaften – unser Handeln mit unseren Forderungen in Einklang bringen. Das heißt, dass wir nicht in Betriebe gehen, dass wir keine Dienstleistungen in Anspruch nehmen, wo es keine Betriebsräte, keine gewerkschaftliche Tarifbindung et cetera gibt. Das muss in Zukunft Realität werden. (Beifall)

Wie wollen wir denn Nachhaltigkeit, über die wir in den letzten Tagen richtigerweise gesprochen haben, und zwar nicht nur hinsichtlich ökonomischer Gesichtspunkte, sondern auch hinsichtlich ökologischer und sozialer Gesichtspunkte, fordern, wenn wir nicht selber danach handeln?

Eine Richtigstellung oder Ergänzung zu dem, was meine Kollegin Kerstin Meißner gestern beziehungsweise Dietmar Hexel eben gesagt haben: Das Hotel- und Gastgewerbe ist ein schwieriger Organisationsbereich, weil die durchschnittliche Beschäftigtenzahl pro Betrieb – das geht vom Luxushotel bis zur Imbissbude – bei unter vier liegt. Gerade große Häuser, wie dieses Haus eines ist, haben sich in der Vergangenheit bei Tarifverhandlungen hinter der kleinen Einrichtung, hinter dem kleinen Betrieb versteckt. Sie schicken immer den Eckkneipier vor.

Dann haben wir endlich Tarifverträge gemacht und haben die Arbeitszeit geregelt, beispielsweise hier in Berlin mit 38 Stunden pro Woche. Wir haben sogar für das Gastgewerbe in der Bundesrepublik eine Tarifrente durchgesetzt. Als wir das durchgesetzt haben, ist in diesem Haus die Mitgliedschaft im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband gekündigt worden. Das Erste, was sie gemacht haben, war, die Arbeitszeit ohne Entgeltausgleich auf 40 Stunden zu setzen. Die übertarifliche Geschichte lasse ich jetzt einmal außen vor. Ferner haben sie die Tarifrente für die Beschäftigten gekündigt.

Kolleginnen und Kollegen, so etwas können wir nicht hinnehmen. Wir müssen in Zukunft gemeinsam darauf achten, wie wir das auf die Reihe bekommen. Mir kommt es darauf an, dass wir versuchen, nachdem dank Eurer Wortbeiträge die Öffentlichkeit hergestellt ist, mit dem Betriebsrat und der Direktion dieses Hauses eine Klärung herbeizuführen. Kerstin Meißner hat gestern – daran erinnere ich – aus dem Schreiben zitiert, das die Direktion unserem zuständigen NGG-Sekretär zugeschickt hat. Das war nichts anderes als Verarscherei. Ich hoffe, dass wir mit unserem Votum endlich zugunsten unserer Beschäftigten aus dieser Verarscherei herauskommen. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Michael Sommer hat um das Wort gebeten.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Kolleginnen und Kollegen! Nur zwei Sätze. Erster Satz: Hier finden ja diverse Großveranstaltungen – übrigens auch politischer Parteien – statt. Hier finden auch Parteitage statt. Das wird uns jetzt Verpflichtung sein; wir gehen dem Fall so lange

nach, bis er endlich geklärt ist, und zwar in dem Sinne, wie Ihr das wollt und wie wir es wollen, nämlich dass es hier einen Tarifvertrag und klare, eindeutige Regelungen gibt. (Beifall)

Zweiter Satz: Die generelle Frage, die hier dahintersteht, lautet: Wie gehen wir insgesamt bei Veranstaltungen, bei Reisen und Ähnlichem mit diesem Problem um? Ich erinnere an die Wortbeiträge, die wir dazu schon gehört haben. Ich schlage vor, dass wir die Organisationsabteilungen sowohl des DGB als auch der Einzelgewerkschaften bitten, wieder die notwendigen Listen zusammenzustellen, die existierenden Dinge fortzuschreiben und allen Untergliederungen zur Verfügung zu stellen, damit wir entsprechend agieren können. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Michael. – Gewartet hat sehr lange der Kollege Rolf Wiegand von ver.di mit der Delegiertennummer 394. Ich bitte ihn jetzt ans Mikrofon.

Rolf Wiegand
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, einen Aspekt aus dem Antrag G 001 herauszuarbeiten. Mir geht es schwerpunktmäßig um das Thema des Übergangs in die Rente. Als ich den Antrag G 001 gelesen habe, fand ich ihn sehr unscharf und sehr allgemein formuliert. Das Problem tauchte erst wieder im Antrag G 006 auf: Welche Instrumente und Möglichkeiten haben wir zum Übergang in die Rente? Beim Antrag G 006 wird die Annahme als Material empfohlen.

Ich habe mich entschieden, zum Antrag G 001 zu sprechen, weil ich es für wichtig halte, dass wir die Situationsbeschreibung von Kolleginnen und Kollegen im Antrag G 001 zur Kenntnis nehmen und vielleicht verstärken. Es ist wichtig, dass wir uns diesem Thema stellen. Für mich ist entscheidend: Wir gehen Stück für Stück aus der Altersteilzeit heraus, weil sie gesetzlich nicht mehr so gefördert wird, wie das bisher der Fall war. Ein entscheidender Aspekt, den wir hier auch diskutieren, ist, dass die Lebensarbeitsleistung unserer Kolleginnen und Kollegen am Ende ihres Arbeitslebens nicht entwertet werden darf. Das ist einen Blick wert; darauf sollten wir genauer schauen.

Ich arbeite im Bereich Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, also im kommunalen Bereich. Wir haben das Problem, dass wir mittlerweile Kolleginnen und Kollegen mit einem Altersdurchschnitt von 48 Jahren in voller Akkordleistung bei härtester körperlicher Arbeit beschäftigen. Wir setzen uns seit mittlerweile 20 Jahren mit dem ständigen Druck der Privatisierung auseinander, mit dem ständigen Druck von Ausschreibungen, Teilausschreibungen, Deregulierung und erheblichstem Dumpingwettbewerb.

Wir haben jetzt Gott sei Dank über den Branchenmindestlohn einen Einstieg in die Absicherung unserer Kolleginnen und Kollegen in der privaten Entsorgungswirtschaft erreicht. Aber der Druck, der durch den Markt bewirkt wird, ist so erheblich, dass dies bei der Arbeitszeit, der Ausstattung, dem Gesundheitsschutz, dem Arbeitsschutz durchschlägt. Der Unterbietungswettbewerb ist noch nicht gestoppt.

Durch diesen Druck, den wir haben, sind wir in der Situation, dass wir die Arbeitsbelastung unserer Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren nicht einmal mehr halten konnten, sondern die Arbeitsbelastung unserer Kolleginnen und Kollegen hat in erheblichstem Umfang zugenommen.

Deswegen sind wir in der Situation – das ist deutschlandweit in diesem Bereich der Branche so –, dass wir in den nächsten fünf, sechs oder sieben Jahren, jedenfalls bei uns im Betrieb, in der Leistung ein Drittel der Beschäftigten über 60 haben werden. Darauf müssen wir eine Antwort finden für die Kolleginnen und Kollegen, wie wir denn das bewältigen wollen. An der Stelle habe ich immer gesagt: „Die ‚Rente mit 67' ist nicht mein Problem. Ich habe das Problem, dass ich meine Kolleginnen und Kollegen nicht vernünftig über 60 bekomme." Deshalb müssen wir Antworten darauf finden, wie wir den Kolleginnen und Kollegen ihre Lebensarbeitsleistung im Alter mit 60 sichern können, die zum Teil 40, 45 Jahre gearbeitet haben, und zwar in der Regel unter härtester körperlicher Arbeitsbelastung.

Deswegen ist mein Appell heute noch mal, deutlich dafür einzutreten, dass wir vernünftige Übergänge schaffen, damit diese Kolleginnen und Kollegen auch gesetzlich über die Sozialversicherungen gestützt werden, um dann in die Rente übergehen zu können. (Leichter Beifall)

Ein weiterer Aspekt, der dabei für mich eine Rolle spielt, ist die Frage der Demografie. Beschrieben habe ich, dass unsere Kolleginnen und Kollegen älter werden. Einstellen tun wir nicht in dem Maße, dass die Unternehmen wirklich umbauen können in Richtung von Jüngeren. Deswegen ist das Thema Demografie auch von entscheidender Bedeutung. Wenn wir es nicht schaffen, einen vernünftigen Ausstieg hinzubekommen, dabei auch die Lebensarbeitsleistung unserer Kolleginnen und Kolle-

gen wertzuschätzen, dann geben wir eben jungen Menschen, vor allem auch in den Berufen an- und ungelernter Beschäftigung, keine Chance, in die Unternehmen einzusteigen.

Wir haben vorhin über die Frage „Übergang aus Ausbildung“ und über die Frage „Übergang aus Studium“ gesprochen. Aber wir müssen auch in den Bereichen Chancen eröffnen, in denen die Arbeitsverhältnisse unsicherer sind. Da bieten eben auch die kommunalen Betriebe Möglichkeiten und Chancen. Meine Bitte ist, dass wir auch an diesen Chancen über den demografischen Wandel arbeiten, um jungen Menschen eine vernünftige Chance unter Tarifverträgen und vernünftigen Arbeitsbedingungen zu geben. (Beifall)

Deswegen ist es unsere Sache, in Tarifverträgen dafür zu kämpfen, dass wir auf der einen Seite Arbeitsbelastungen senken, auf der anderen Seite aber Leistungen erhalten. Wir müssen auch Tarifverträge über Altersteilzeit abschließen. Aber wir brauchen dafür auch die gesetzliche Begleitung. Und deswegen ist meine Bitte auch an den Bundesvorstand, das Material auch kurzfristig ernst zu nehmen, anzupacken, mit zu unterstützen und die Einzelgewerkschaften aufzufordern, fest daran zu arbeiten, damit wir auch mittel- und kurzfristig eine Perspektive bekommen, den Übergang in die Rente für unsere Kolleginnen und Kollegen wertschätzend zu gestalten, und zwar so, dass sie nicht in Armut verfallen. – Vielen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Es spricht jetzt der Kollege Dieter Petermann von der TRANSNET mit der Delegiertennummer 258.

Dieter Petermann
Sehr geehrte Delegierte! Der Landesseniorenarbeitskreis des DGB-Bezirks Berlin/Brandenburg, dessen stellvertretender Vorsitzender ich bin, hat sich in der Vorbereitung auf diesen Bundeskongress unter anderem auch mit der Thematik eines einheitlichen Rentenwertes in ganz Deutschland befasst.

Die Formulierung „die Gleichbehandlung der Rentner und Beitragszahler in den alten und neuen Bundesländern“ unterstützen wir voll. Dazu gibt es seit 2006 das ver.di-Modell, das in einem zehnjährigen Stufenplan – ich betone: in einem zehnjährigen Stufenplan und nicht heute und morgen – diese Angleichung in einem breiten Aktionsbündnis vorschlägt. Davon wird überhaupt nichts erwähnt.

Der Sachverständigenrat fordert eine Umbasierung zum Nulltarif und damit zum gravierenden Nachteil der jetzigen und der zukünftigen Rentner in den neuen Bundesländern. Deshalb schrieb das Aktionsbündnis am 9. Oktober 2009 an die Bundeskanzlerin und an die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag einen Brief, den vier Vorsitzende unserer DGB-Gewerkschaften und die Vorsitzenden der sich am Aktionsbündnis beteiligten Sozialverbände unterzeichneten, dass wir genau diese Umbasierung nicht wollen und deshalb entsprechenden Druck machen werden.

Wenn Ihr die Talkshow gestern Abend ein bisschen verfolgt habt und auf die Töne zwischen den Worten von Olaf Scholz und der Kollegin Künast – ich sage jetzt mal „Kollegin Künast“, denn sie ist ja nun in ver.di – geachtet habt, dann weiß man ungefähr, was die Politik will. Sie haben zwar nicht direkt gesagt, sie wollten oder sie folgten der Umbasierung, aber man konnte an der Wortwahl erkennen, dass es in diese Richtung gehen wird.

Die Formulierung in den Zeilen 661 bis 663 „eventuelle Mehrkosten sind aus Steuermitteln zu tragen“ ist unzureichend. Denn wenn unsere Forderung umgesetzt wird, was wir mit der Kraft unserer Gewerkschaften hoffen, entstehen durchaus Kosten. Deshalb schlagen wir vor, den Text so abzuändern, dass es heißt: „Die anfallenden Kosten *sind* aus Steuermitteln zu tragen.“

Um dem Argument vorzubeugen, für die Seniorinnen und Senioren ist, wie so oft betont wird, kein Geld im Staatshaushalt vorhanden, schlagen wir vor, kurzfristig für die Senioren eine Bank zu gründen – was heißt „zu gründen“, die Senioren sind ja eine Bank –, dann fällt den Politikern die Bereitstellung von Finanzmitteln vielleicht leichter. – Danke schön. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Es spricht jetzt der Delegierte Günther Schachner mit der Delegiertennummer 117 von der IG Metall.

Günther Schachner
Kolleginnen und Kollegen! In Artikel 20 des Grundgesetzes steht: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ So lautet das Sozialstaatsgebot, wie es Verfassungsrechtler titulieren.

Ich habe vorgestern schon in meinem Redebeitrag darauf hingewiesen, dass wir 2011 die Sozialwahlen haben werden, durch die für die nächsten sechs Jahre bestimmt wird, wer in diesen Bereichen unsere Interessen vertritt. Diese Sozialwahlen finden in einem Umfeld statt, das vermutlich die Neoliberalen so vorbereiten, dass Jung gegen Alt ausgespielt werden unter dem Motto „Die Jungen kann sich der Sozialstaat nicht mehr leisten". Dazu gibt es ja auch schon Werbeeinblendungen, in denen ein Kind dem Opa ins Auge drückt. Das schaut erst mal ganz lächerlich aus, aber dahinter steckt für meine Begriffe Methode. Solidarität soll diffamiert werden, weil es um gigantische Beträge geht. Die sogenannten institutionellen Anleger schauen natürlich, wo die Milliarden sind, und sie versuchen, dort auch Profite zu machen. Der Kollege von ver.di hat gestern darüber berichtet, wie es im Bereich von privatisierten Krankenhäusern aussieht. Er hat mitgeteilt, dass dort zulasten von Beschäftigten Profit gemacht wird. Ich kann das auf die Pflegeversicherung erweitern. Ich glaube, dass dort zulasten der zu Pflegenden Profit gemacht wird, sodass Menschen, wenn sie alt werden, zunehmend Angst haben unter dem Motto „Was passiert mit mir? Kann ich das noch leisten, und wo werde ich irgendwann wie gepflegt, wenn ich keine Familienangehörigen mehr habe?"

Das ist für meine Begriffe ein unerträglicher Zustand in dieser Republik, in einem Bereich der Volkswirtschaften auf dieser Erde, dass man Millionen von Menschen in Angst versetzt, nachdem sie 30, 40, 45 Jahre gearbeitet haben, aber nun Angst davor haben, dass sie dann, wenn sie alt werden, in dieser Gesellschaft nicht mehr angemessen untergebracht und versorgt werden.

Auch dort müssen wir wieder Zusammenhänge aufzeigen. Wir müssen aufzeigen, was unsere Leute in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Selbstverwaltung geleistet haben. Wir müssen beispielsweise in Betriebsversammlungen aufzeigen, was in Widerspruchsausschüssen von Krankenkassen an Arbeit geleistet worden ist, wo man nicht vor das Sozialgericht musste, das ohnehin erst ein halbes oder ein Dreivierteljahr später entscheidet, damit die Leute begreifen, was Selbstverwaltung bedeutet.

Und wir müssen das Thema „Solidarität" in den Mittelpunkt stellen nach dem Motto: Der Junge und der Alte, der Kranke und der Gesunde gemeinsam in die Krankenkasse! Die gemeinsame Finanzierung dieser sozialen Sicherungssysteme brauchen wir und nicht diese Privatisierung. Ich glaube, wir müssen auch das Thema „Riester-Rente" und das Thema „Rente mit 67" wieder auf die Tagesordnung setzen; denn wenn wir zwei Prozent Beitrag mehr in der Rentenversicherung hätten, dann hätten wir das ganze Geplänkel mit der Rentenversicherung und der Riester-Rente nicht gebraucht.

Die wenigsten hätten gemerkt, dass der Beitrag abgezogen wird, und die Versicherungskonzerne hätten sich nett bedient. Und Walter Riester – leider ist er ja unser ehemaliger Zweiter Vorsitzender – wäre nicht einer der bestbezahlten Lobbyisten im Bundestag, der bei den Privatversicherern einen Haufen Kohle nebenbei verdient, wenn er dort ein Referat hält. Es ist so. Auch das muss man, auch wenn mir das persönlich leid tut, einmal öffentlich sagen dürfen. (Vereinzelt Beifall)

Also, das Thema ist hier auf dem Kongress schon zig Mal diskutiert worden: Die Kopfpauschale muss auf jeden Fall verhindert werden, und auch die Rente mit 67 müssen wir auf jeden Fall verhindern. Wir müssen immer wieder den Finger in die Wunde legen.

Bei der SPD kam es gestern Abend offensichtlich zu ein bisschen Erkenntniserweiterung. Wegen einer Wahlniederlage nach der anderen merken sie wohl – das hat Herr Scholz gestern erklärt –, dass sie darüber nachdenken müssen, ob sie weiterhin bei ihrer Fehlentscheidung bleiben; schließlich lehnen 70 Prozent der Bevölkerung ihre Haltung ab. Das sollten wir aufgreifen, und ich fordere alle, die in der SPD sind, auf, diese Debatte auch in der Partei zu führen, um dort einen Meinungswechsel herbeizuführen. Dann könnten wir die Gesellschaft mit einem vernünftigen rot-rot-grünen Bündnis zukünftig anders gestalten. – Danke schön. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Er spricht jetzt die Delegierte Dagmar Schorsch-Brandt von ver.di, Delegiertennummer 363.

Dagmar Schorsch-Brandt
Vielen Dank, Erika. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine Bitte an die Antragsberatungskommission, und ich hoffe, dass Ihr meine Bitte unterstützt. Wir haben gestern die Beschlusslage zum gesetzlichen Mindestlohn geändert. Wir fordern jetzt einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Schaut Euch bitte im Antrag G 001 das Kapitel „Gute Arbeit fördern" an; das beginnt ab Zeile 433. Da geht es um Lohnkostenzuschüsse, und da wird immer noch davon gesprochen, Lohnkostenzuschüsse an einen Lohn von 7,50 Euro zu binden. Meine Bitte ist, dies an die aktuelle Beschlusslage von 8,50 Euro anzugleichen. Ich glaube auch nicht, dass das ein Problem ist. (Beifall)

Eine zweite Bitte. Wir bekommen ja Tagegeld für diesen DGB-Kongress. Wir haben uns überlegt, ob wir nicht einen Teil unseres Tagegeldes – der Vorschlag ist 20 Euro – einsammeln und den Beschäftigten dieses Hotels zur Verfügung stellen. (Vereinzelt Beifall) Wir könnten dies mit einem dicken Packen Aufnahmescheine für die NGG verbinden, damit es den Kolleginnen und Kollegen von der NGG leichter fällt, mit einem höheren Organisationsgrad hier einen schönen Haustarifvertrag abzuschließen. Das Präsidium sollte darüber nachdenken, wie wir das machen. Man könnte das Geld heute Nachmittag einsammeln. – Vielen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dagmar. Wir werden sehen, wie wir mit Deinem Anliegen verfahren. – Es spricht jetzt Claudia Wörmann-Adam von ver.di, Delegiertennummer 397.

Claudia Wörmann-Adam
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schluss der Rede meiner Vorrednerin passt ganz gut. Ich wollte mich nämlich zum ersten Beitrag dieser Runde zu Wort melden, nämlich zur Frage der organisierten beziehungsweise nicht organisierten Betriebe, mit denen wir es zu tun haben.

Von Gabi Landen ist am ersten Tag der Bereich der Touristik genannt worden, und die Kollegen der NGG haben völlig zu Recht die Hotelbranche genannt. Es gibt aber auch noch die Messe-, Ausstellungs- und Kongressbranche, die ver.di vertritt. Ich bin Betriebsratsvorsitzende in dem Bereich und komme von der Messe Köln.

Auch in diesem Bereich gibt es unorganisierte Betriebe, und auch da finden Tagungen von Gewerkschaften statt. Jetzt gibt es den Appell von Michael Sommer, das zu überprüfen. Ich bitte daher, dies auf die Messe-, Ausstellungs- und Kongressbranche auszudehnen. Es kann ja nicht angehen, dass wir Tagungen in Häusern durchführen, die keine Tarifverträge haben. Mein Appell nicht nur an den DGB, sondern an alle Einzelgewerkschaften lautet, kritisch zu überprüfen, wo die Tagungen stattfinden. Wenn Ihr Auskünfte braucht, könnt Ihr Euch gerne an mich wenden. Ich bin seit über 30 Jahren in dem Geschäft tätig. Ich kenne alle Messe-, Ausstellungs- und Kongressgesellschaften in diesem Land und kann Euch auch ad hoc sagen, ob diese Tarifverträge haben. Ich stehe Euch gerne zur Verfügung. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön, Claudia. – Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag, und ich frage zunächst die Antragsberatungskommission, ob es noch einen Hinweis zu dem Vorschlag der Änderung gibt.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Wir bedanken uns zunächst einmal für den Hinweis, dass wir die 7,50 Euro in 8,50 Euro umwandeln sollten. Als wir unsere Empfehlung zu dem Antrag beraten haben, wussten wir ja noch nicht, wie der Kongress beschließt. Daher ist klar, dass dort nicht mehr 7,50 Euro, sondern 8,50 Euro stehen. Sonst würden sich die Anträge widersprechen.

Ansonsten bleiben wir bei der Empfehlung, die wir vorhin schon vorgetragen haben, nämlich G 001 mit dieser redaktionellen Änderung und G 003 als Material zu G 001 anzunehmen. G 004 und G 005 hätten sich dann erledigt.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Wir stimmen jetzt über die Anträge im Sachgebiet G ab. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen, und wie ausgeführt, haben sich damit die Anträge G 004 und G 005 erledigt.

Ich rufe jetzt den Antrag G 003 zur Abstimmung auf. Ihr könnt Euch vielleicht daran erinnern: Die Antragsberatungskommission hat empfohlen, diesen Antrag als Material zu G 001 anzunehmen. – Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Damit haben wir auch diesen Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt den Antrag G 014 auf. Hier lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission: Annahme als Material zu G 001. – Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Somit haben wir einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag G 002 mit dem Titel „Kampagne für einen aktiven Sozialstaat“, und ich bitte Egbert um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag Gesetz 002 von ver.di fordert eine gemeinsame öffentlichkeitswirksame Kampagne von DGB und Gewerkschaften für einen aktiven Sozialstaat. Weil das Anliegen zwar wichtig ist, dem Sozialstaatsgedanken durch gemeinsame gewerkschaftliche Aktivitäten mehr öffentliche Geltung zu verleihen, aber der im Antrag skizzierte komplexe Kampagnenansatz noch intensiv diskutiert werden soll, empfehlen wir Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Der Bundesvorstand soll über eine derartige Kampagne und deren Ausgestaltung und insbesondere über die Frage der benötigten Ressourcen entscheiden.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Wortmeldungen zu diesem Antrag liegen nicht vor. Somit kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Somit ist die Empfehlung der Antragsberatungskommission angenommen.

Ich rufe jetzt den Antrag G 006 „Flexibler Übergang in die Rente – Gesund in die Rente“ des DGB-Bezirksvorstandes West auf. Zunächst bitte ich die Antragsberatungskommission um ihre Empfehlung.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Vielen Dank. – Der Antrag G 006 beschreibt detailliert Vorschläge zur Gestaltung des Übergangs von der Arbeit in den Ruhestand. Er baut unter anderem auf einem Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 4. September 2007 auf und geht in seinen Forderungen darüber hinaus. Diese Gesichtspunkte sind intensiv zu diskutieren, um die Beschlusslage des DGB-Bundesvorstandes weiterzuentwickeln. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet aus diesem Grund: Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke. – Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch keine. Somit seid Ihr der Empfehlung so gefolgt.

Ich rufe nun drei Anträge gemeinsam zur Debatte auf, da sie inhaltlich zusammenhängen. Abstimmen werden wir über sie natürlich getrennt. Ich rufe die Anträge G 007 „Altersversorgung für Selbstständige“, den Antrag G 008 „Krankenversicherung für Selbstständige“ und den Antrag G 009 „Arbeitslosenversicherung Selbstständige“ auf. Alle drei Anträge wurden von ver.di gestellt. Egbert, ich bitte Dich um die Empfehlung.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge G 007, G 008 und G 009 stehen in einem Zusammenhang. Sie wollen Selbstständigen den Zugang zur gesetzlichen Rente, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung ermöglichen. Sie sollen gemeinsam diskutiert, aber getrennt abgestimmt werden.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt, die Anträge G 007 und G 008 anzunehmen. Beim Antrag G 009 empfehlen wir die Annahme in geänderter Fassung. Die empfohlene Änderung zu diesem Antrag bezieht sich auf die Öffnung der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für langjährige Selbstständige, die einmalig vorgeschlagen wird, um auch die Interessen der Versichertengemeinschaft angemessen zu berücksichtigen. Eine dauerhafte Öffnung für langjährig Selbstständige würde zu einer ungleichen Risikoverteilung führen, da der Selbstständige immer dann, wenn das Risiko der Arbeitslosigkeit droht, kurzfristig der Arbeitslosenversicherung beitreten kann.

Es muss deswegen bei einer Öffnung für langjährig Selbstständige das Interesse der Versichertengemeinschaft abgewogen werden. Da jedoch die kurzfristige Schließung der Arbeitslosenversicherung dazu geführt hat, dass viele keine Mitgliedschaft erwerben konnten, ist eine Regelung, wie langjährig Selbstständige in das System aufgenommen werden können, sinnvoll. Deshalb: Annahme in geänderter Fassung. So weit die Empfehlung der Antragsberatungskommission. – Danke schön.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen somit sofort zur Abstimmung.

Ich rufe zunächst den Antrag G 007 auf. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Jetzt rufe ich den Antrag G 008 zur Abstimmung auf. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag ebenfalls so angenommen.

Jetzt rufe ich den Antrag G 009 zur Abstimmung auf. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Somit ist diese Empfehlung einstimmig so angenommen.

Ich rufe jetzt den Antrag G 010 mit dem Titel „Familien- und Sozialpolitik“ des DGB-Bezirksvorstandes Sachsen auf. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission bitte, Egbert.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Der Antrag G 010 fordert eine bessere Ausgestaltung des Elterngeldes, um Familien mit geringem Einkommen zu unterstützen. Wir empfehlen deshalb Annahme.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wir kommen somit sofort zur Abstimmung. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag G 011 „Arbeitsmarktpolitik“ des DGB-Bezirksvorstandes Baden-Württemberg auf. Egbert bitte.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Der Antrag G 011 vom DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg zur Arbeitsmarktpolitik bezieht sich auf die Neuregelung des SGB II, weil der Antrag im Wesentlichen auf die Diskussion zu Beginn des Jahres 2010 über die Neuordnung des Hartz-IV-Systems eingeht, die mittlerweile überholt ist; denn der Arbeitsentwurf des Bundesarbeitsministeriums vom 25.01.2010 ist inzwischen zurückgezogen worden. Die Koalitionsparteien und die SPD haben sich mittlerweile darauf verständigt, durch eine Änderung des Grundgesetzes die bisherige Form der Argen im Wesentlichen beizubehalten und die kommunalen Optionsmöglichkeiten zu erweitern. Daher empfehlen wir Annahme als Material an den Bundesvorstand. Dieser hat in einem Beschluss vom April Anforderungen formuliert. Arbeitslose in gleicher Lage sollen unabhängig vom Rechtsstreit gleichbehandelt werden. Eine Ausweitung der Optionsmöglichkeit hat der DGB abgelehnt. Der DGB soll die Diskussion um die Neuordnung weiter kritisch begleiten und inhaltlich zu beeinflussen versuchen. Auch deshalb unsere Empfehlung.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Somit ist der Antrag G 011 als Material an den Bundesvorstand angenommen.

Ich rufe jetzt den Antrag G 012 „Stunden abbauen statt Menschen: Beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung“ des DGB-Bezirksvorstandes Baden-Württemberg auf. Egbert, zunächst Eure Empfehlung.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Weil der Antrag G 012 vom DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg die Notwendigkeit von beschäftigungswirksamer Arbeitszeitverkürzung beschreibt, aber die Beschreibung noch um konkrete Forderungen ergänzt werden müsste, lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission: Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Mir liegt eine Wortmeldung des Kollegen Volker Mörbe von ver.di vor, Delegiertennummer 343.

Volker Mörbe
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich erstaunlich: Wir haben heute und auch gestern davon gesprochen, dass sich die einen kaputtarbeiten und die anderen in Hartz IV gejagt werden. Die Jugend tritt den Marsch ins Prekariat an. Wir

kritisieren, dass die Politik und die Arbeitgeber Arbeitszeitverlängerungen wollen und durchsetzen. Dabei kritisieren wir berechtigt die Verlängerungen in Form von Rente mit 67, Schulzeitverkürzungen, Verkürzung von Studiengängen, Verlängerungen der wöchentlichen Arbeitszeiten durch Ausnahmeregelungen oder zum Beispiel im öffentlichen Dienst bei den Beamten, bei den Beschäftigten in Ländern und Kommunen.

Wir kritisieren variable Arbeitszeitsysteme, die zur Selbstausbeutung insbesondere mit individuell verlängerten Arbeitszeiten führen, und wir fragen nach Lösungsmöglichkeiten. Aber es wurde bisher nicht über die Arbeitszeitverkürzung hier auf dem Kongress gesprochen.

In diesem Sinne sollten wir uns wieder an die Wurzeln der Gewerkschaften erinnern. Die Verkürzung der Arbeitszeit war von Anfang an im Zentrum der Gewerkschaftsziele. Schon damals haben unsere Kolleginnen und Kollegen erkannt, dass Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich den Wert unserer Arbeit steigert und ein notwendiges Instrument für die Umverteilung der Arbeitgeber- zur Arbeitnehmerseite ist. Arbeitszeitverkürzung steigert unsere Lebensqualität außerhalb der Arbeit, und wir brauchen mehr freie Tage, weil unsere Arbeit immer belastender wird. Und wenn es uns wirksam gelingt, die Arbeitskraft zu verknappen, wird es uns auch in Tarifauseinandersetzungen leichter fallen, Arbeitgeber unter Druck zu setzen.

Arbeitszeitverkürzung ist der logische Ertrag für uns aus den Produktivitätssteigerungen, die doch durch uns Arbeitnehmer geschaffen werden. Wir wollen auch etwas davon haben, wenn wir in kürzerer Zeit immer mehr Werte schaffen. Die Produktivitätssteigerungen dürfen zukünftig nicht mehr weiter zulasten unserer Kolleginnen und Kollegen gehen, die arbeitslos sind oder werden, und nicht zulasten unserer Jugend, die keine Chance bekommt, im Arbeitsleben Fuß zu fassen. (Beifall) Nur das kann mittelfristig unsere Antwort auf diese Krise sein. Wir müssen für Krisenzeiten die Fallhöhe für Lohnkürzungen bei der Kurzarbeit senken, und wir brauchen einen Puffer, damit wir in Boomzeiten, wenn der Arbeitsanfall wieder steigt, nicht gleich in die Überbelastung kommen. Aber es ist natürlich erst einmal Angelegenheit der Einzelgewerkschaften, das vorzubereiten und auch durchzusetzen. Deswegen geht aus meiner Sicht die Empfehlung der Antragsberatungskommission, den Antrag als Material an den Bundesvorstand zu geben, in Ordnung.

Ich denke, wir müssen dieses „Parlament der Arbeit“ auch dazu nutzen, dieses Thema endlich wieder aufzugreifen; denn es ist klar, dass diesen Paradigmenwechsel in der Gesellschaft gegenüber der Politik und gegenüber den Arbeitgebern keine Einzelgewerkschaft allein wird durchsetzen können. Deswegen müssen wir in jeder einzelnen Gewerkschaft endlich wieder anfangen, uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Wir müssen Formen der Arbeitszeitverkürzung finden, die nicht einfach durch Überstunden und Mehrarbeit umgangen werden können. Vielleicht können wir ja durch die Festlegung von mehr freien Tagen beim Arbeitgeber durchsetzen, dass er eher wieder Leute einstellt. Wir brauchen die Arbeitszeitverkürzung ganz dringend auch für Erholung, für Familie, für Hobbys, für ehrenamtliche Tätigkeiten, zum Beispiel für die Gewerkschaften. Wir müssen Formen finden, durch die ohne Lohnkürzung die Lebensqualität für Arbeitnehmer steigt. Natürlich muss ein Beschäftigungseffekt dabei im Vordergrund stehen. – Danke.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Volker. – Weitere Wortmeldungen liegen hier nicht vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag G 012 gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Somit wird dieser Empfehlung eindeutig gefolgt, und der Antrag G 012 wird als Material an den Bundesvorstand angenommen.

Ich rufe auf den Antrag G 013 „Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse“ des DGB-Bundesfrauenausschusses. Egbert, bitte Eure Empfehlung.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Der Antrag G 013 des DGB-Bundesfrauenausschusses stellt die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse in den Mittelpunkt. Alle Arbeitsverhältnisse sollen ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig gleich behandelt werden. Wir empfehlen die Annahme.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer möchte daher dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen? – Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag eindeutig einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Antrag G 015 „Freie Wahl des Wohnortes für junge Erwerbslose“ des DGB-Bundesjugendausschusses, und ich rufe dazu auch auf den Antrag G 016 „Anhebung der Sozialleistungen – Freie Wahl des Wohnortes für junge Erwachsene“ des DGB-Bezirksvorstands West. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihre Empfehlung.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Der DGB-Bundesjugendausschuss fordert mit seinem Antrag G 015 im Zusammenhang mit der Vermeidung von Armut und Ausgrenzung und der Benachteiligung von Jugendlichen unter 25 Jahren, das Verbot der freien Wahl des Wohnortes aufzuheben. Eine Einschränkung des Rechts auf freie Wohnortwahl bei Erwachsenen unter 25 Jahren halten wir für inakzeptabel und empfehlen deshalb Annahme des Antrags. Da der Antrag G 016 vom DGB-Bezirksvorstand West inhaltsgleich ist, wäre er bei Annahme von G 015 erledigt.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke. – Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Antrag G 015 einstimmig angenommen und der Antrag G 016 erledigt.

Ich rufe auf den Antrag G 017 „Eigenständigkeit für Frauen statt Bedarfsgemeinschaft“. In dem Antrag geht es um ökonomische und soziale Eigenständigkeit für Frauen. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihr Votum.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag G 017 des DGB-Bundesfrauenausschusses fordert die ökonomische und soziale Eigenständigkeit für Frauen und eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktforschung und Arbeitsmarktpolitik, insbesondere um die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Aus Sicht der Antragsberatungskommission führt der Ursprungstitel „Eigenständigkeit für Frauen statt Bedarfsgemeinschaft“ zu einer unnötigen Einschränkung des Antragsbegehrens. Es wird deshalb von uns vorgeschlagen, die Überschrift „Ökonomische und soziale Eigenständigkeit für Frauen“ zu wählen, weil diese die Kernforderung des Antrags herausstellt.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach eingetretener Arbeitslosigkeit haben es Frauen häufig schwerer, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Arbeitsmarktpolitik muss deshalb einen wirkungsvollen Beitrag zur beruflichen Integration von Frauen leisten. Die vorgeschlagene Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft aber hätte weitreichende Konsequenzen für das gesamte Steuer-, Sozial- und Unterhaltssystem. Dieses komplexe Thema bedarf einer umfassenden Diskussion, und es muss sichergestellt werden, dass die Neuordnung nicht für andere Beschäftigtengruppen zu Nachteilen führt. Dieser Teil des Antrags wird daher zur Klärung an den Bundesvorstand verwiesen.

Ich fasse noch einmal zusammen. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Annahme der Zeilen 1 bis 25 in geänderter Fassung und Annahme der Zeilen 27 bis 32 als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Hierzu hat die Antragstellerin um das Wort gebeten. Es spricht jetzt Hannelore Buls von ver.di, Teilnehmernummer 101.

Hannelore Buls
Danke schön. Ich bin Hannelore Buls vom Bundesfrauenausschuss. – Die Frauen im DGB haben in der Arbeitsmarktpolitik seit 2002 die Hartz-Gesetze von Anfang an sehr kritisch begleitet. Es wurde uns sehr schnell klar, dass insbesondere das SGB II – das sind die sogenannten Hartz-IV-Systeme – zu einem großen Teil darauf aufbauen würde, dass Frauen künftig sehr viel mehr als früher wieder und erneut in die Versorgung der Familie verwiesen würden. Die Subsidiarität, also der Vorrang von Eigenleistung vor staatlicher Hilfe, wurde dabei auf ein Niveau abgesenkt, dass heute bereits ein geringes Einkommen, von dem wir Gewerkschaften oft behaupten, es sei ein Armutslohn, nämlich monatlich ungefähr 1.000 bis 1.300 Euro, herangezogen wird, um den Partner oder die Partnerin in einer Bedarfsgemeinschaft mit versorgen zu müssen. Ökonomische und soziale Eigenständigkeit kann damit für keinen der Partner oder Partnerinnen in der Bedarfsgemeinschaft erreicht werden. Im Gegenteil, der oder die Verdienende wird auch wirtschaftlich abhängig, trotz eigenen Einkommens und mit allen Sanktionen.

Die Hauptzielsetzung des SGB II, nämlich die Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit, führt dazu, dass mit der betriebswirtschaftlichen Neuausrichtung der Bundesagentur und der Jobcenter Arbeitslose ohne Anspruch auf Geldleistung in der Vermittlung nachrangig behandelt werden. Sie haben auch weniger Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

und zu Weiterbildung. Das alles ist eingetreten, wie vorhergesagt, und – deshalb ist es unser Anliegen – 75 Prozent der davon ausgeschlossenen Erwerbslosen sind Frauen.

Dieses Problem stellt der Antrag in den Vordergrund. Er fordert eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf Eigenständigkeit, und zwar auch dann, wenn Frauen in einer Familie leben, nicht nur für alleinerziehende Erwerbstätige.

Wir gehen also damit weit über das hinaus, was im Moment die Bundesregierung anbietet. Insbesondere müssen dazu Änderungen im SGB II herbeigeführt werden. Es kann nicht angehen, dass wir einerseits, wie Ingrid Sehrbrock schon gesagt hat, eine Gesellschaft haben, in der die Frauen verstärkt als Familienmiternährerinnen fungieren müssen. Im Übrigen hat auch das neue Unterhaltsrecht noch einmal bestätigt, dass diese Pflichten ausgeweitet werden. Andererseits leisten wir uns nach wie vor ein Gesetz, durch das die Frauen immer wieder in die Rolle der zu versorgenden Ehefrauen und Lebenspartnerinnen verwiesen werden. An dieser Stelle ist die Politik inkonsistent und braucht Nachbesserung. Das ist unsere Forderung.

Ein weiterer Teil des Antrags betrifft die Forschung, die von der Bundesregierung zum SGB II in Auftrag gegeben wurde. Dort wird nämlich vor allem geprüft, ob die Wirkung des Gesetzes auch dessen Zielen entspricht. Es wird also zum Beispiel überprüft, ob die Hilfebedürftigkeit beendet wird, aber wenn jemand den Leistungsbezug verlässt und ausscheidet, muss das überhaupt noch nicht bedeuten, dass diese Person auch in Arbeit vermittelt wurde. Und zwar gerade nicht bei Frauen. Und gerade nicht in einer Bedarfsgemeinschaft.

Genau solche Tatbestände werden durch die Evaluierung nicht ausreichend untersucht. Auch hier muss nachgebessert werden. Wir bitten deshalb, der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen, sodass wir mit dem Votum der Konferenz in dieser wichtigen Frage weiterarbeiten können. – Danke. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön, Hannelore. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Somit kommen wir sofort zur Abstimmung. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme habe ich wahrgenommen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission, Annahme in geänderter Fassung, gefolgt.

Ich rufe jetzt auf den Antrag G 018 „Anpassung der Geringverdienergrenze nach § 20 (3) SGB IV“ des DGB-Bundesjugendausschusses. – Egbert, bitte Deine Empfehlung.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag G 018 des DGB-Bundesjugendausschusses fordert, die Grenze, bis zu der der Arbeitgeber bei Auszubildenden den Sozialversicherungsbeitrag vollständig übernimmt, von 325 auf 549 Euro anzuheben.

Wir schlagen als Antragsberatungskommission vor, diesen Antrag in geänderter Fassung anzunehmen. Bei Auszubildenden trägt bis zu einer Grenze von 325 Euro der Arbeitgeber den Sozialversicherungsbeitrag vollständig allein. Die Grenze begründet sich aus der ehemaligen Grenze für geringfügige Beschäftigung. Mit der Regelung soll sichergestellt werden, dass Auszubildende versichert sind, andererseits soll ihnen aber auch nicht zugemutet werden, von sehr niedrigen Ausbildungsvergütungen Beiträge zu zahlen. Bei der Anhebung der Mini-Job-Grenze auf 400 Euro hat der Gesetzgeber die Beitragszahlung für Auszubildende nicht entsprechend angepasst. Die Anhebung auf 400 Euro ist insofern im System der Sozialversicherung logisch und konsequent. Deshalb empfehlen wir Annahme in geänderter Fassung. – Danke. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Es liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. (Zuruf: Doch!) Der Zettel ist langsam, aber wir kennen den Franz-Josef Möllenhoff – – Möllenberg. Entschuldigung.

Franz-Josef Möllenberg
Mit Karl könnte ich mich ja anfreunden. (Heiterkeit) Wobei früher auch mal einer in Verwechslung meines Namens Möllemann zu mir gesagt hat. Das war allerdings eine Beleidigung. (Heiterkeit – Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht gegen den Antrag sprechen. Ich möchte nur eine Anregung loswerden. Sprache ist ja manchmal verräterisch. Wir haben vorhin in einem Antrag des Bundesfrauenausschusses einstimmig beschlossen, dass Verdienste ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig werden sollen. Das ist auch gut so. Wir benutzen jetzt in der Empfehlung der Antragsberatungskommission diese Begrifflichkeit „Mini-Job“. Ich halte Mini-Job für eine Verniedlichungs-

form oder, um es drastischer zu sagen, für eine Diskriminierung. (Beifall) Deshalb würde ich darum bitten, dass wir dort eine andere Begrifflichkeit finden, um der Herrschaft des Wortes etwas entgegenzusetzen. – Vielen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön, Franz-Josef Möllenberg. Möchte die Antragsberatungskommission zu diesem Hinweis noch etwas aufnehmen?

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Wir suchen gerade nach einem neuen Begriff, denn der Franz-Josef Möllenberg hat ja vorgeschlagen, einen neuen Begriff zu wählen, ohne selbst einen vorzuschlagen. Da müssen wir wenigstens mal eine Minute überlegen, welchen man nehmen kann.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Wir haben noch einen Augenblick Geduld. Die Antragsberatungskommission wird uns gleich einen guten Vorschlag machen.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schlagen Euch jetzt also eine etwas geänderte Formulierung vor. Nicht mehr „die Mini-Job-Grenze (zurzeit 400 Euro)“, sondern „die sogenannte Mini-Job-Grenze (zurzeit 400 Euro)“. (Unruhe) Dem Antragsteller soll das genügen. Von daher empfehlen wir in so geänderter Fassung Annahme des Antrags.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer dieser Empfehlung folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Wenige Gegenstimmen zähle ich. Gibt es Enthaltungen? – Ich zähle auch wenige Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag aber mit großer Mehrheit angenommen, und zwar in der geänderten Fassung, auch mit dieser, ich nenne sie jetzt mal so, redaktionellen Änderung.

Damit haben wir das Sachgebiet G bearbeitet. Vielen Dank, Egbert, für Deine Unterstützung. (Beifall)

Wir möchten jetzt das Sachgebiet H „Arbeitsrecht“ noch aufrufen. Die Sprecherin der Antragsberatungskommission für diesen Teil ist Regina Rusch-Ziemba von der TRANSNET.

Im Sachgebiet H „Arbeitsrecht“ finden wir die Anträge H 001 bis H 012. Zu diesem Sachgebiet könnt Ihr jetzt Eure Wortmeldungen abgeben. Das gilt, Ihr kennt das Verfahren, auch für die Antragstellerinnen und Antragsteller, wenn sie ihre Anträge begründen möchten. Bitte notiert darauf, zu welchem Antrag Ihr sprecht und ob Ihr Antragsteller seid.

Jetzt rufe ich zunächst auf den Antrag H 001 „Für ein fortschrittliches Arbeitsrecht und wirksame soziale Sicherung“ des DGB-Bundesvorstandes. Ich rufe dazu auch auf die Anträge H 002, H 003, H 004, H 005 und H 006. Regina, Du hast das Wort.

Regina Rusch-Ziemba, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Vielen Dank, liebe Erika. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Sachgebiet H „Arbeitsrecht“ behandelt verschiedene Teilaspekte des Arbeitsrechtes, die derzeit aktuell sind oder werden sollen. Die Themen reichen dabei von Tarifautonomie und Streikrecht über gesetzlichen Mindestlohn oder Kündigungsschutz bis hin zur Verbesserung von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Der Arbeitnehmerschutz wird ebenfalls thematisiert wie die Arbeitnehmerrechte in der Insolvenz. Zudem sollen auch die Arbeitnehmer- und Versichertenrechte durch den ungehinderten Zugang zur Rechtsprechung im Hinblick auf Sozialleistungen durchgesetzt werden können. Dabei spielt die Frage der Zahlung von Gerichtsgebühren bei sozialrechtlichen Ansprüchen eine wichtige Rolle. Daneben ist der Erhalt der eigenständigen Sozialgerichtsbarkeit und eines guten Prozessrechts Gegenstand. Ein Thema ist der Schutz von Whistleblowern; das sind Beschäftigte, die feststellen, dass in ihrem Betrieb Straftaten und Gesetzesverstöße begangen werden, und versuchen, diese bekannt zu machen und deshalb geschützt werden müssen. En weiteres Thema ist der Jugendarbeitsschutz, der nicht gelockert werden soll. Last but not least sollen die Empfehlungen der UN zur Gleichstellung der Frauen endlich in nationales Recht umgesetzt beziehungsweise entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Ich komme nun zu der Empfehlung zum Antrag H 001. Der Antrag H 001 des DGB-Bundesvorstands beschäftigt sich mit einem fortschrittlichen Arbeitsrecht und wirksamen sozialen Sicherungen. Er behandelt alle für uns derzeit wichtigen und fasst alle aktuellen Themen aus diesem Themenspektrum zusammen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme.

Der Antrag H 002 befasst sich mit dem Thema Bagatellkündigungen, also Kündigungen wegen geringfügiger Verletzungen des Arbeitsvertrages, wie das Essen von übriggebliebenen Maultaschen zum Beispiel. Jeder kann sich vielleicht noch daran erinnern. Das ist im Antrag H 001 bereits behandelt worden. Wir wollen, dass generell eine Abmahnung vor einer Kündigung aus einem solchen Grund ausgesprochen werden muss, und wir meinen, die Gerichte müssen solche Kündigungen im Rahmen der Interessenabwägung ablehnen. Da das Thema im Antrag H 001 behandelt ist, empfehlen wir Annahme als Material zum Antrag H 001.

Der Antrag H 003 – da geht es um gesetzliche Schutzbestimmungen – appelliert daran, sich auch in Zukunft für ein gutes Arbeitsrecht einzusetzen. Dem wollen wir nach Annahme des Antrages H 001 folgen. Deshalb empfehlen wir als Antragsberatungskommission, auch diesen Antrag als Material anzunehmen.

Der Antrag H 004 beschäftigt sich mit dem Thema Leiharbeit. Der Antrag H 004 des DGB-Bezirksvorstands Baden-Württemberg fordert Regelungen zur Leiharbeit. Diese Punkte sind im Antrag H 001 berücksichtigt. Wir empfehlen deshalb Annahme des Antrages als Material zum Antrag H 001.

Auch der Antrag H 005 des DGB-Bezirksvorstands West fordert konkrete Regelungen zur Leiharbeit. Diese Punkte sind im Antrag H 001 berücksichtigt. Wir empfehlen deshalb Annahme des Antrages als Material zum Antrag H 001.

Der Antrag H 006 des DGB-Bezirksvorstandes Baden-Württemberg fordert Verbesserungen für die Teilzeitarbeit. Es wird zudem ein Rechtsanspruch auf Rückkehr von Teilzeit auf Vollzeit gefordert. Unter der Voraussetzung, dass ein entsprechendes Arbeitsvolumen beim Arbeitgeber besteht, hat das Bundesarbeitsgericht diesen Anspruch bereits anerkannt. Wegen der Forderung zur Verbesserung der Teilzeitarbeit wird Annahme als Material zum Antrag H 001 empfohlen.

Das waren die Empfehlungen zu den Anträgen.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Regina, für Deine umfassenden Empfehlungen. Jetzt hat zunächst für den Antragsteller das Wort Ingrid Sehrbrock vom DGB-Bundesvorstand.

Ingrid Sehrbrock, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jugend tritt den Weg ins Prekariat an, wurde eben gesagt. Ja, und das übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Nachbarländern, wie wir festgestellt haben. Aber nicht nur sie. Zwölf Monate ohne Angabe eines Grundes befristet beschäftigt, zwei Monate als Leiharbeiter hier, drei Monate dort in verschiedenen Firmen tätig, teilzeitbeschäftigt, weil es keine Chance auf eine Vollzeitbeschäftigung gibt – das sind bundesdeutsche Realitäten auf dem Arbeitsmarkt. Und das sind keine Einzelfälle. 40 Prozent der Beschäftigten erleben das. Hinzu kommt schlechte, weil niedrige Bezahlung dieser prekären Beschäftigungsverhältnisse. Und sie führen oftmals nur wieder in die Arbeitslosigkeit. Zudem ist Absicherung vor Armut im Alter mit diesem niedrigen Lohn und wegen der häufigen Arbeitslosigkeit in den wenigsten Fällen hinreichend zu erreichen.

Aber auch der Kündigungsschutz wurde in den letzten Jahren gelockert. Heute müssen wir wieder darum kämpfen, dass dies nicht erneut passiert. Und wir wollen keine kürzeren Kündigungsfristen. Die positiven Entscheidungen des EuGH, längere Kündigungsfristen auch für Personen, die vor dem 25. Lebensjahr bereits beim Arbeitgeber beschäftigt sind, zuzulassen, sind ein Erfolg. Das jetzt zu drehen, wie das offenbar einige wollen, und generell kürzere Kündigungsfristen einzuführen, das ist falsch, und das machen wir nicht mit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gilt ebenso für die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, die sachgrundlose Befristung zu lockern – ein Angriff auf den Kündigungsschutz. Das wollte übrigens Angela Merkel ausdrücklich nicht. Das hat sie uns auch zugesagt, dass im Kündigungsschutz nichts passiert. Das können wir nur unterstützen. Beides, kürzere Kündigungsfristen und Befristungen ohne Grund, sind nämlich Teile des Kündigungsschutzes und dürfen – da nehmen wir Angela Merkel ernst – nicht aufgeweicht und umgesetzt werden.

Wir brauchen dringend Reformen bei der Leiharbeit. Hier ist es nicht nur die Freizügigkeit, die ab dem 1. Mai 2011 auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Polen und den anderen osteuropäischen Ländern in Deutschland gilt, sondern auch die Bezahlung der Leiharbeiter selbst, die dringende Reformen notwendig macht. Heute habe ich gehört, der BDI hat den Mindestlohn für die Leiharbeit gefordert, aber nicht die gleiche Bezahlung; aber immerhin, ein Fortschritt ist es schon mal. Er hat dies aber offenbar nur deshalb gefordert, weil er jetzt feststellt, dass seine Leiharbeitsunternehmen sonst in Nöte kommen. Aber es kann doch nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Leiharbeitnehmer wie im Fall Schlecker als Instrument für Lohndumping eingesetzt werden oder dass sie bis zu 40 Prozent weniger verdienen als die Stammbeschäftigten.

Wir brauchen Equal Pay und Equal Treatment. (Beifall) Leiharbeit war gedacht, um kurzfristige Spitzen abzudecken, und darf nicht zum Dauerdumpinginstrument verkommen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, soziales Profil zu zeigen, und dafür müssen wir gemeinsam streiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kraft brauchen wir auch, wollen wir zukünftig Bespitzelungen im Betrieb verbieten. Die Ausforschung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die Überwachung von Beschäftigten, wie wir es bei dem Discounter Lidl erlebt haben, aber auch bei der Telekom und bei der Deutschen Bahn, das alles darf nicht sein. Ein Arbeitnehmerdatenschutz, der grundsätzlich solche Überwachungen verbietet und nur in besonders geregelten extremen Ausnahmefällen zulässt, das muss unsere Richtung sein, Kolleginnen und Kollegen. Auch dafür werden wir uns hart einsetzen müssen.

Übrigens, den Vorschlag des Bundesinnenministers akzeptieren wir nicht; denn der geht in eine ganz andere Richtung. Dort steht nämlich interessanterweise die Korruptionsbekämpfung durch den Arbeitgeber gegenüber seinen Arbeitnehmern im Vordergrund. Mit Arbeitnehmerdatenschutz hat das aus unserer Sicht nichts zu tun. Korruptionsbekämpfung hat der Arbeitgeber systematisch und durch bestimmte Strukturen bei den einzelnen Arbeitsvorgängen sicherzustellen, aber nicht dadurch, dass, wie bei der Deutschen Bahn, massenhaft Arbeitnehmerdaten gespeichert und abgeglichen werden. Der Arbeitgeber hat nun mal keine Polizeigewalt, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wenn er den Verdacht hat, dass in seinem Betrieb zu seinen Lasten Straftaten begangen werden, muss er dafür die Polizei einschalten. Die kann dann auch ermitteln. Dazu hat die Polizei einen Auftrag, aber nicht der Arbeitgeber.

Last but not least, wir brauchen den Zugang zu den Gerichten, um unsere Ansprüche aus dem Arbeits- und Sozialrecht durchsetzen zu können, Kolleginnen und Kollegen. Auch da wird immer wieder versucht, durch Einführung von Gebühren Hemmschwellen aufzubauen und durch die Abschaffung der Sozialgerichtsbarkeit oder ihre Zusammenlegung mit anderen Gerichtsbarkeiten eine andere Rechtsprechung zu erhalten. Das wollen wir nicht.

Nur ein Beispiel: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV hätten wir wohl niemals bekommen, wäre nach wie vor das Bundesverwaltungsgericht für diese Rechtsmaterie zuständig. Wir wollen auch nicht, dass die prozessualen Möglichkeiten der Beschäftigten beschnitten werden. Auch das wird immer wieder versucht.

Aus gutem Grunde führen wir zu diesen Themen, die ich gerade genannt habe, eine Unterschriftenaktion für einen offenen Brief durch. Wir bitten Euch, Flagge zu zeigen und zu unterzeichnen. Das ist eine Mitmachaktion, die Ihr heute schon verwirklichen könnt. Wir werden in den Pausen mit den Unterschriftenlisten draußen stehen. Am besten unterschreibt Ihr hier und heute selbst.

Vor allen Dingen bitte ich Euch um Unterstützung des Leitantrags. – Vielen Dank. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Ingrid. – Das Wort hat die Kollegin Anny Heike von der IG Metall, Delegiertennummer 110.

Anny Heike
Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben gerade über die Leiharbeit gesprochen. Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil, wenn ich es richtig im Kopf habe, die Anträge 001 bis 005 zusammengefasst werden. Wir haben uns schon des Öfteren darüber unterhalten, dass wir die Leiharbeit abschaffen wollen. Ich wäre eher dafür – das ist meine Zuspitzung; ich hoffe, dass sich die Antragsberatungskommission unter Umständen flexibel zeigt und darauf eingeht –, dass wir uns darüber unterhalten, dass das Gesetz geändert wird. Im Gesetz steht: equal pay. Das ist richtig. Aber daneben steht ein kleiner Satz: außer es gibt einen anderen Tarifvertrag.

Wir haben einige wenige Mitglieder in den Leiharbeitsfirmen. Ich frage: Warum sollen denn die Leiharbeitnehmer und Leiharbeitnehmerinnen Mitglied bei Gewerkschaften werden? Die Krise hat gezeigt: Wenn die Krise da ist, kündigt der Arbeitgeber den Vertrag. Wir sind in erster Linie für unsere Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben zuständig. Deswegen wünsche ich mir, dass wir in einen dieser Anträge hineinschreiben, dass wir auf den Gesetzgeber einwirken, dass dieser Satz, den ich erwähnt habe, herausgenommen wird. Wir können ja trotzdem einen Tarifvertrag abschließen, nämlich eine Verbesserung: Springerprämie; wenn ich in einen Betrieb gehe, muss ich mehr bekommen, weil ich mehr Qualifikation haben muss.

Kolleginnen und Kollegen, das wäre eine Möglichkeit, den Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern den Weg zu den Gewerkschaften zu ebnen. Ohne Frage brauchen wir Mitglieder in den Leiharbeitsfirmen. Mit verschlechterten Tarifverträgen bekommen wir sie leider nicht. – Ich bedanke mich. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Das war eine Bitte an die Antragsberatungskommission. Regina, habt Ihr Euch dazu noch einmal verständigt? Wollt Ihr etwas an der Empfehlung ändern? – Wir geben den Kolleginnen und Kollegen der Antragsberatungskommission ein bisschen Zeit, sich zu beraten. – Ich sehe, die Antragsberatungskommission hat sich noch einmal verständigt. Regina, Du hast das Wort.

Regina Rusch-Ziemba, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben noch einmal beraten und in den Antrag H 005 geschaut. Dort steht auf Seite 356 in den Zeilen 11 und 12: „3. Tarifvertragliche Gleichstellung, Equal pay ab dem ersten Tag des ersten Einsatzes". Wir sind der Auffassung, dass das damit aufgenommen ist. Deswegen würden wir gern bei unserer Empfehlung bleiben, wie ich sie schon vorgetragen habe: Annahme von H 001, die Anträge H 002 bis H 006 als Material zu H 001.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Regina. – Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, nämlich Annahme des Antrags H 001, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe jetzt noch gesondert die Anträge H 002 bis H 006 auf. Ich möchte das im Block tun, da es dazu keine Wortmeldungen gibt. Wer den gleichlautenden Empfehlungen der Antragsberatungskommission zu diesen Anträgen, nämlich Annahme als Material zum Antrag H 001, folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit sind diese Empfehlungen mit großer Mehrheit so angenommen.

Ich rufe jetzt den Antrag H 007 des DGB-Bundesjugendausschusses „Schutz für ‚Whistleblower'" auf. Mit aufrufen möchte ich den Antrag H 008, der ebenfalls den Titel „Schutz für ‚Whistleblower'" trägt. – Regina, Du hast das Wort.

Regina Rusch-Ziemba, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei Whistleblowern handelt es sich um Personen, die wissen, dass Gesetzesverstöße im Betrieb begangen werden, und diese den zuständigen Behörden oder anderen Personen mitteilen. Diese Stellen oder Personen können dann darauf hinwirken, dass das abgestellt wird.

Diese Whistleblower ziehen häufig den Ärger ihres Arbeitgebers auf sich. Sie müssen deshalb besonders geschützt werden. Es muss klargestellt werden, dass dieses Verhalten rechtens ist, um gesetzeswidrige Praktiken zu beenden.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme des Antrags H 007. Bei Annahme des Antrags H 007 ist der Antrag H 008 erledigt.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wir kommen somit zur Abstimmung. Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Somit ist der Antrag H 007 angenommen. Der Antrag H 008 ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt den Antrag H 009 „Keine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes" des DGB-Bundesjugendausschusses auf. Gleichzeitig rufe ich den Antrag H 010 des DGB-Bezirksvorstands Nord auf, der denselben Titel trägt. – Regina.

Regina Rusch-Ziemba, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag H 009 des DGB-Bundesjugendausschusses lautet „Keine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes". Im Koalitionsvertrag sind zu möglichen Änderungen Festlegungen getroffen worden. Überlegt werden längere Arbeitszeiten, vor allem früherer Beginn und späteres Ende, insbesondere an Sonn- und Feiertagen, sowie die Ausdehnung der Nachtarbeit. Wir haben ja im Verlauf des Kongresses schon etwas darüber gehört.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt für den Antrag H 009 Annahme. Bei Annahme dieses Antrags wird empfohlen, den Antrag H 010 als erledigt anzusehen.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Zum Antrag H 009 liegt uns eine Wortmeldung von dem Delegierten Frank Heine von der NGG mit der Delegiertennummer 229 vor.

Frank Heine
Das Jugendarbeitsschutzgesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, beinhaltet nicht umsonst das Wort „Schutz“, denn gerade junge Menschen, die ihre Ausbildung starten, die eine Beschäftigung haben, junge Menschen unter 18 bedürfen eines besonderen Schutzes vor allzu erhöhter körperlicher und damit einhergehender psychischer Belastung.

Wenn man sich jetzt den schwarz-gelben Koalitionsvertrag etwas genauer unter die Lupe nimmt, so ist dort von Änderungen die Rede. Wir brauchen uns sicherlich nicht vorzumachen, dass diese Änderungen etwa von positiver Natur sein könnten oder sein würden.

Jetzt möchte ich speziell auf das Hotel- und Gaststättengewerbe eingehen. Im Hotel- und Gaststättengewerbe ist es nicht ungewöhnlich, dass die Belegschaft bis zu einem Drittel aus Auszubildenden besteht. Damit man mich nicht falsch versteht: Wir finden es gut, Ausbildung muss stattfinden, natürlich. Aber wenn diese Ausbildung stattfindet, dann muss diese Ausbildung auch eine Qualität haben. Es soll eine Ausbildung und nicht eine Ausbeutung stattfinden. (Beifall) Das Jugendarbeitsschutzgesetz stellt aber das Minimum dar. Dieses Minimum müssen wir in jedem Fall erhalten.

Wenn ich dann vonseiten einiger neoliberaler Politikerinnen und Politiker die Argumentation höre, dass Jugendliche, junge Menschen unter 18, die ja am Wochenende gerne bis tief in die Nacht feiern könnten, dann doch auch gut und gerne bis nach 22 Uhr arbeiten könnten, dann frage ich mich doch: Haben diese Neoliberalen in ihrem Leben noch nie richtig gefeiert, oder haben sie in ihrem Leben noch nie richtig gearbeitet, liebe Kolleginnen und Kollegen? (Lebhafter Beifall)

In dem Sinne plädiere ich dafür, dass das Jugendarbeitsschutzgesetz zumindest auf dem jetzigen Niveau in jedem Fall gehalten werden muss. Es muss auch in die Öffentlichkeit getragen werden. Vor allem müssen die Jugendlichen und die Auszubildenden über ihre Rechte informiert werden, damit sie auch wissen, welche Rechte sie haben.

Ich bin dafür, dass der erste Schritt in diese Richtung die Annahme dieses Antrags ist, worum ich Euch hiermit herzlich bitte. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (Lebhafter Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Weitere Wortmeldungen dazu liegen uns nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu diesen beiden Anträgen gehört. Wer möchte ihr folgen? – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist dem einstimmig so gefolgt worden. Der Antrag H 009 ist somit angenommen, und der Antrag H 010 ist damit erledigt.

Ich rufe auf den Antrag H 011 mit dem Titel „Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)“ des DGB-Bundesfrauenausschusses. – Regina, Du hast das Wort.

Regina Rusch-Ziemba, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Im Antrag H 011 geht es um Aspekte, die bisher im Gesetz nicht geregelt sind, wie etwa der Unterlassungsanspruch des Personalrats bei Diskriminierung durch den Arbeitgeber. Die Antragsberatungskommission empfiehlt hier Annahme.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Wer für die Annahme dieser Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Antrag H 012 mit dem Titel „Die Bundesregierung muss die CEDAW-Empfehlungen umfassend umsetzen.“ Dieser Antrag ist vom Bundesfrauenausschuss gestellt worden. Regina wird uns nicht nur erläutern, wie die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet, sondern auch, was das eigentlich ist.

Regina Rusch-Ziemba, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Das mache ich gerne.

Der Antrag H 012 befasst sich damit, dass die Empfehlung des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vom Februar 2009 zügig und umfassend in nationales Recht umgewandelt wird. Deswegen empfehlen wir die Annahme dieses Antrags.

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Danke schön. – Hierzu liegt uns die Wortmeldung von Anne Jenter von der GEW mit der Teilnehmernummer 25 vor.

Anne Jenter
Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht bei diesem Antrag darum, der Bundesregierung Beine zu machen. Sie steht nämlich international am Pranger, weil nichts läuft in diesem Land bei der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Ihr müsst Euch Folgendes vorstellen: Im Februar 2009 kamen von dort Vorwürfe, dass es in den Punkten, die Ihr da unten seht, nicht vorangeht. Beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz besteht Nachbesserungsbedarf, weil zum Beispiel der Kündigungsschutz ausgenommen ist. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde zwar ein wenig gelobt. Aber bei allen anderen Punkten, zum Beispiel beim Equal Pay, wurde gesagt, es müssen endlich mal Taten folgen. Nicht nur die Gesetze müssen verbessert werden, sondern eine umfassende Umsetzung ist erforderlich.

Zum Beispiel sagt dieser UN-Ausschuss, es sollen endlich mal proaktive konkrete Maßnahmen zur Verringerung und Beseitigung des Entgeltunterschiedes zwischen Frauen und Männern in die Wege geleitet werden. Dazu sollen auch der Einsatz und die Umsetzung von diskriminierungsfreien Verfahren zur Bewertung von Arbeitsanforderungen eingesetzt werden. Dies geht so weiter. Es sind direkte Unterstützungen für das, was wir frauenpolitisch schon lange fordern.

Was macht die Bundesregierung? Sie hat uns damals – und das hatte sie in einer Pressemitteilung auch nach außen gebracht – in unserer Familienpolitik bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelobt. Das ist auch gut so, klar, da gibt es gute Schritte in die richtige Richtung. Aber auch da haben wir die Bundesregierung getrieben, so beim Elterngeld, beim Sozialgesetz.

So müssen wir diese Vorschläge und diese Empfehlungen an die Bundesregierung unbedingt aufgreifen, denn sie geben uns Rückenwind bei der Umsetzung der Gleichstellung von Männern und Frauen. Ich hoffe, Ingrid, dass wir da in gute Diskussionen mit Dir kommen. Da wird es sicher einen Brief an die Bundesregierung geben, eventuell aber auch noch mehr. Denn das ist eine breite Plattform. Es geht nicht an, dass die Bundesregierung einmal eine Pressemitteilung abgibt und sich dabei noch selber lobt, und dann ist das abgefeiert, obwohl es zehn Vorschläge gibt, wo sie endlich mal tätig werden muss.

Also, machen wir gemeinsam der Bundesregierung Beine in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern und nicht nur in der Familienpolitik. – Danke. (Beifall)

Erika Albers, Vorsitzende des Kongresses
Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wer dieser Empfehlung zum Antrag H 012 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen, und wir haben das Antragspaket H erfolgreich abgeschlossen.

Ich unterbreche den Kongress bis 14.45 Uhr und wünsche Euch eine erholsame Mittagspause.

(Unterbrechung des Kongresses: 12.49 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 14.47 Uhr)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Delegierte! Wir setzen den Kongress fort. Ich freue mich, die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen bei uns begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen! (Beifall) Ich freue mich außerdem, eine Delegation aus Kolleginnen und Kollegen der Firma Westerwelle – nicht verwandt und nicht verschwägert mit einem Bundesaußenminister gleichen Namens, aber gleicher politischer Einstellung – bei uns begrüßen zu dürfen. Circa 25 Kolleginnen und Kollegen der Firma Westerwelle kommen zu uns. (Die Delegation betritt den Plenarsaal – die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen – lang anhaltender lebhafter Beifall – in rhythmisches Klatschen übergehend)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seid herzlich willkommen bei uns! Ihr befindet Euch seit Wochen im Arbeitskampf für einen Tarifvertrag. Bislang erhalten die Kolleginnen und Kollegen 6 bis 11 Euro pro Stunde. Üblich sind in der Branche 14 Euro. (Pfui-Rufe – Pfiffe) Eine Betriebsratswahl wurde boykottiert und der Wahlvorstand entlassen. (Pfui-Rufe – Pfiffe) Das Arbeitsgericht entschied inzwischen gegen die Kündigungen. (Starker Beifall)

Ich freue mich, dass jetzt die Kollegin Nadine Schildmann für die Delegation ein Grußwort an uns richten wird. – Nadine, Du hast das Wort.

Nadine Schildmann
Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns, die Streikenden des Betonwerks Westerwelle in Herford in Nordrhein-Westfalen, ist es eine ganz besondere Ehre, hier heute bei Euch zu sein. Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, vor dem 19. DGB-Bundeskongress in Berlin reden zu dürfen. (Starker Beifall)

Um es vorwegzunehmen: Unseres Wissens hat Guido Westerwelle von der FDP nichts mit unserem Firmenchef Kai-Uwe Westerwelle zu tun. Aber sowohl auf der bundespolitischen Bühne als auch im beschaulichen Herford haben Westerwelles einen Anflug von Irr- und Größenwahn und tragen komische Pullis. (Heiterkeit – starker Beifall)

Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit nunmehr sechs Wochen befinden wir uns im Betonwerk Westerwelle im Arbeitskampf. Es ist ein Betrieb mit 50 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, der Winkelstützen aus Beton produziert. Super Auftragslage! Super Umsätze! Super Gewinne! Gute Marktposition! Und eigentlich wollten wir nichts Besonderes. Nein, ich will es besser formulieren: Wir wollten und wollen nach wie vor nichts Verwerfliches oder Unanständiges. (Beifall)

Wir, die Beschäftigten, sind vor wenigen Monaten an unsere Gewerkschaft, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, mit der Bitte herangetreten, uns dabei zu unterstützen, unsere Stundenlöhne zwischen 8 und 11 Euro an das Tarifniveau zwischen 13 bis 14 Euro in der Stunde nach und nach anzugleichen.

Viele haben nicht genug Geld, um ihre Familien zu ernähren. Wir wollen von unserer guten Arbeit anständig leben können. (Starker Beifall)

Natürlich wollten wir, weil wir es über Jahre hinweg verpasst haben, einen Betriebsrat zu wählen, auch einen Betriebsrat wählen. Dass dies keine Freudenstürme bei unserem Arbeitgeber hervorrufen wird, war uns klar.

Aber die Antwort, die man uns gegeben hat, hat uns aus den Schuhen gehauen. Die Antwort war Kündigung, und zwar fristlose Kündigung. (Pfiffe – Pfui-Rufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fristlose Kündigung, das ist die Antwort der Firma Betonwerk Westerwelle für die nominierten Kandidatinnen und Kandidaten zum Betriebsrat. Auch der stellvertretende Vorsitzende des Wahlvorstandes und Mitglied der Tarifkommission wurde fristlos entlassen. Das ist richtig schlimm. Aber wie stellt Ihr Euch vor, wie wir die Kündigungen erhalten haben? Natürlich jeder einzeln, keine Frage, durch einen persönlichen Boten. Okay. Aber Herr Westerwelle hat einen Boten beauftragt, der die Kündigungen bis spät in die Nacht hinein uns persönlich nach Hause gebracht hat. Wir wurden zuhause aufgesucht, aus den Betten und vom Sofa geklingelt und haben die Kündigung übergeben bekommen. Könnt Ihr Euch vorstellen, was bei uns zuhause los war, wie es uns und unseren Familien erging? Natürlich gehen wir gegen die Kündigungen und gegen die Behinderung der Betriebsratswahlen rechtlich vor. Wir haben Strafanzeigen gestellt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Wir führen Kündigungsschutzklagen durch. (Starker Beifall)

Am kommenden Freitag finden die Gerichtsverhandlungen statt. Wir haben trotz dieser Erniedrigungen alles erdenklich Mögliche getan, um mit der Geschäftsleitung ins Gespräch zu kommen, um diesen Wahnsinn endlich zu beenden. Familie Westerwelle will mit uns und mit unserer Gewerkschaft aber nicht reden. Damit aber nicht genug. Wir haben viel Unterstützung organisiert und auch bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen: von den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen der IG BAU Kontakt aufzunehmen. Auch Herr Pfarrer Holger Kasfeld vom Kirchenkreis Herford hat versucht, zwischen Gewerkschaft und der Geschäftsleitung zu vermitteln. Aber unser 28-jähriger Chef steht über den Dingen, lässt sich verleugnen oder wimmelt seine Gäste ab.

Wir haben dann vor dem Werkstor einen Gottesdienst abgehalten. Vielleicht, so haben wir gedacht, hilft uns Gottes Beistand. Zuletzt hat uns der Chefschlichter des Arbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerialrat Bernhard Pollmeyer, eigens von Herrn Minister Laumann entsendet, besucht. Keine Chance! Er wurde wie alle konsequent vor die Tür gesetzt.

Wir waren und sind zu jeder Zeit gesprächsbereit und haben es auf vielen kreativen Wegen versucht. Die Solidaritätsadressen, Besuche und Grußworte haben uns Kraft gegeben; Kraft, diesen Kampf zu gewinnen. Und das Kräftemessen geht weiter. (Starker Beifall)

Familie Westerwelle will diesen Streik aussitzen; Geld genug scheint sie zu haben.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Produktion bei der Firma Westerwelle ist nicht gänzlich erloschen. Einige Kolleginnen und Kollegen können aus religiösen Gründen nicht mit uns gemeinsam streiken. (Lachen) Andere Kolleginnen und Kollegen sind dermaßen finanziell am Ende, dass sie aus reiner wirtschaftlicher Abhängigkeit, zum Teil durch Firmenkredite, nicht die Arbeit niederlegen können, obwohl sie das wollen.

Der eigentliche Skandal ist, dass die Firma Zeitwert Personal GmbH aus Herford, eine vor wenigen Monaten gegründete Zeitarbeits- und Leiharbeitsfirma, Streikbrecher in das Werk schickt, die mehr oder weniger die Arbeit weiterführen. (Pfiffe – Buh!-Rufe) Da den rund 20 Kollegen der Zeitarbeit die Berufserfahrung und zum Teil die Ausbildung fehlt, produzieren sie nur einen Bruchteil von dem, was wir normalerweise produzieren. (Vereinzelt Beifall) Die Arbeitssicherheit ist gefährdet; die Verladungen finden nicht ordnungsgemäß statt. Das produzierte Material zeigt viele Mängel auf und und und.

Eines ist für uns klar: Zeitarbeit unterläuft deutsches Streikrecht, unser Grundrecht. (Starker Beifall)

Unser Chef versucht, durch Zeitarbeit die Stammbelegschaft abzubauen und dafür perspektivisch eine flexible Zeit- und Leiharbeitstruppe auf dem Hof zu haben. Damit bekommt der Streik jetzt eine weitere politische Brisanz für uns und unsere Gewerkschaft.

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde von der letzten Bundesregierung novelliert, um Auftragsspitzen aufzufangen und die Konjunktur weiter anzukurbeln. Das Ziel war, Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen und wieder in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen.

Die Westerwelles in diesem Land wollen unseres Erachtens flexible Lohnsklaven in ihren Werken, denen jedwede Chance genommen wird, eine Lebens- oder Familienplanung zu führen. (Beifall) Es wird ihnen erlaubt, deutsches Streikrecht zu unterlaufen. Es wird ihnen erlaubt, Stammbelegschaften durch Zeit- und Leiharbeiter auszutauschen. Das ist unseres Erachtens eine große Schweinerei. (Starker Beifall)

Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verzeiht mir meine Offenheit, aber: Leiharbeit gehört verboten! (Starker Beifall)

Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Ende kommen und mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die uns ihre Solidarität überbracht haben, die uns zur Seite gestanden haben, die uns Mut und Kraft gegeben haben, herzlich bedanken. Ganz besonders möchten wir uns bei Michael Sommer und Klaus Wiesehügel dafür bedanken, dass wir hier zu Euch sprechen durften. (Beifall)

Die nächsten Wochen werden weiterhin hart und nervenaufreibend. Wir wünschen uns, dass die Solidarität für unseren Kampf nicht abreißt und dass unser Kampf ein gemeinsamer Kampf aller Kolleginnen und Kollegen des 19. DGB-Bundeskongresses wird. Bitte unterstützt uns! (Lang anhaltender starker Beifall – in rhythmisches Klatschen übergehend – die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen) Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Klaus Wiesehügel gratuliert der Gruppe – anhaltender Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Nadine, Du siehst und hörst: Ihr habt unsere volle Unterstützung. Das, was wir tun können, werden wir gerne von hier aus machen, und wir versuchen, der Bundesministerin das mit auf den Weg zu geben.

Ihr habt in Eurem Arbeitskampf all unsere Solidarität. Um das zu bekräftigen, gehen jetzt Kolleginnen und Kollegen des Verteildienstes durch die Saalreihen. Wer möchte, liebe Delegierte, spende bitte für die Kolleginnen und Kollegen der Firma Westerwelle. (Beifall)

Ich freue mich, dass jetzt der Vorsitzende der IG BAU, Klaus Wiesehügel, das Wort ergreifen wird. – Klaus, Du hast das Wort.

Klaus Wiesehügel
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Nadine, ich finde es toll, wie Du das gemacht hast. Ich weiß, dass Du sicherlich vorher aufgeregt warst. Ich bin jetzt sogar auch aufgeregt. Es ist eine riesige Sache, dass Du Dich hier hingestellt und für Deine Kollegen gesprochen hast. Nicht jeder hätte den Mut. Deswegen für Dich noch ein besonderes Dankeschön. (Beifall)

Aber mutig sind sie alle, die hier auf der Bühne stehen. (Beifall) So etwas kommt in diesen Tagen leider immer seltener vor. Das ist nicht einfach nur ein normaler Streik, sondern hier handelt es sich um einen Solidaritätsstreik. Die sechs Kollegen, die den Betriebsrat initiieren wollten, die sich abends getroffen haben, wohl gesehen worden sind – ein Spitzel hat dem Chef gesagt, wer die sechs sind, die die Gewerkschaft in den Betrieb bringen wollen –, sind am nächsten Tag sofort fristlos rausgeschmissen worden. Und was haben die Kolleginnen und Kollegen gemacht? Die haben nicht zugeguckt, wie die sechs das Schicksal ereilte, sondern sie haben gesagt: „Wenn die gehen, gehen wir auch raus." (Beifall) Und das ist in diesen Tagen eine tolle Geschichte.

Weil wir ungefähr zeitgleich zur Betriebsratswahl die Firma Westerwelle aufgefordert hatten, mit uns einen Haustarifvertrag abzuschließen – die Firma gehört keinem Verband an –, die Firma aber darauf nicht reagiert hat und keine Verhandlungen mit uns wollte, waren wir in der Lage, sofort den Arbeitskampf zu beschließen, damit wir den streikenden Kollegen dann auch Arbeitskampfunterstützung zahlen konnten. Das war das Mindeste, was wir für die Kolleginnen und Kollegen tun konnten. (Beifall)

Aber die Geschichte geht weiter. Ich habe mich eben mit Olaf unterhalten. Olaf ist der Betriebsratsvorsitzende; den muss ich Euch auch einmal vorstellen. (Beifall) Olaf hat mir erzählt, dass der Chef sehr wohl mal mit einigen Arbeitnehmern gesprochen hat. Er hat gesagt: „Die sechs, die ich rausgeschmissen habe, kommen mir nicht mehr in den Betrieb; die anderen dürfen jederzeit wieder reinkommen." Diese Art und Weise kennen wir von Unternehmern. Für die, die es vielleicht nicht mehr aus der Geschichte wissen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch solchen Mut, nämlich zu sagen: „Entweder, wir kommen alle wieder rein oder keiner", sind Gewerkschaften entstanden. (Beifall)

Ich glaube, Ihr wart genauso entsetzt wie ich es war, als ich das erste Mal gehört habe, dass mit einer Zeitarbeitsfirma ein Arbeitskampf unterlaufen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da ist tatsächlich Not. Da muss etwas geschehen. Frau von der Leyen, wir betrachten das im Grunde als einen Eingriff in die Grundrechte. Nach Artikel 9 ist es ein Grundrecht der Gewerkschaften, für ihre Belange auch einen Arbeitskampf zu führen. Dieser Arbeitskampf ist aber fast nicht möglich, wenn Arbeitgeber praktisch die Streikenden mit Mitarbeitern einer Leiharbeitsfirma ersetzen.

Und es kommt noch schlimmer; diejenigen, die bei Otmar Schreiner waren, haben es gehört. Jetzt vermittelt das Arbeitsamt Arbeitnehmer in diese Leiharbeitsfirma, damit sie dort den Streik brechen. (Buh-Rufe) Wenn die Kollegen sagen: „Ich gehe keinen Streik brechen, ich nehme diese Stelle bei der Leiharbeitsfirma nicht an", gibt es anschließend eine Sperre beim Arbeitsamt. (Buh-Rufe – Pfiffe) Frau von der Leyen, das darf nicht sein. Da müssen wir dringend etwas tun, am besten noch in dieser Woche. Sie sind ja auch in der Lage, in zwei Lesungen innerhalb einer Woche 780 Milliarden mal eben so zu beschließen; dann werden Sie doch dieses kleine Gesetz noch oben drauf legen können, damit so etwas nicht mehr möglich ist. (Starker Beifall – lebhafte Zustimmung) Ich war Abgeordneter und weiß, dass das geht, wenn man will. Da haben wir schon ganz andere Sachen ruck, zuck gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Streikrecht ist wirklich in Gefahr, wenn diese Dinge so weitergehen. Natürlich haben die Verbände der Zeitarbeitsfirmen gesagt: „Das machen wir nicht." Diese Firma, die das jetzt macht, ist nicht im Verband. Damit es kein rechtliches Problem gibt, hat man gesagt: „Es muss ja keiner, sondern wir bieten unseren Mitarbeitern an, freiwillig dahin zu gehen. Wer das freiwillig möchte, der kann dahin gehen." Die haben alle unterschreiben müssen, dass sie freiwillig hingehen. Wie freiwillig, ist dann vor ein paar Tagen offenbart worden. Da hat nämlich einer von den „Freiwilligen" zumindest einmal bei den Kolleginnen und Kollegen nachgefragt: „Was läuft hier eigentlich?" Der ist von der Zeitarbeitsfirma sofort entlassen worden. So viel zu der Freiwilligkeit und zu den dort herrschenden Sitten.

Es ist nicht zu glauben, wie in diesem Land Arbeitnehmerrechte und unsere Grundrechte mittlerweile mit Füßen getreten werden. Ich bin froh, dass die Bürgerinnen und Bürger in Herford, alle, die dort wohnen oder beteiligt sind, zu unseren Kol-

leginnen und Kollegen halten und dass die Solidarität groß ist. Ich bin auch froh, dass Ihr uns Zeit und Gelegenheit gegeben habt, sodass die Kolleginnen und Kollegen hierher kommen konnten. Jedes Bekenntnis von Solidarität, natürlich ganz besonders die starke Solidarität eines solch großen Kongresses, hilft den Kolleginnen und Kollegen, den Mut aufrechtzuerhalten; denn für solche Aktionen braucht man sehr viel Mut. (Beifall)

Wir konnten es machen in Herford, weil alle, auch die Polizei vor Ort und die Staatsanwaltschaft, im Grunde auf der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen. Wir konnten verhindern den neuesten Trick, den ja viele anwenden, um Arbeitskämpfe praktisch unmöglich zu machen. Wir erleben ja immer mehr, dass der Arbeitgeber, wenn es einen Streik gibt, von seinem Hausrecht Gebrauch macht und die Leute einfach auf die Straße schickt. Kaum sind sie auf der Straße, kommt die Polizei – nicht die von der GdP, sondern die, die da komischerweise nicht drin sind –, kommen die Kollegen und sagen: Wir müssen euch leider die Versammlung auflösen, es ist eine ungenehmigte Versammlung. Diese Machart ist abgesprochen worden von einigen Innenministern. Auch da muss man gucken, dass die sich da herauszuhalten haben. Auch da muss doch deutlich gemacht werden, das geht nicht. Wenn ein Streik ist, ist das keine Versammlung, die aufgelöst wird wie irgendeine andere Versammlung, sondern ist das ein Grundrecht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wenn man uns nicht mehr erlaubt zusammenzustehen, dann nimmt man uns auch das Grundrecht zu streiken. (Beifall)

Letzter Punkt. Ihr habt ja gehört, was die verdienen und warum die einen Tarifvertrag haben wollen. Ich weiß ja – ich habe nun auch schon viel, viel Tarifpolitik gemacht –, wenn man den Arbeitgebern dann gegenübersitzt und will einen höheren Lohn, kommen denen die dicken Tränen gelaufen, sie sind fast am Ende, kurz vor dem Konkurs, nichts geht mehr. Das ist ja das, was wir dann hören.

Dadurch aber, dass der sehr, sehr lange den Kolleginnen und Kollegen nur diese niedrigen Löhne gewährt hat, durch diesen Umstand ist er sehr reich geworden. Und durch dieses viele Geld, das der jetzt hat – wir wissen auch, wie viel Geld er hat, das ist schon enorm viel –, dadurch versucht er jetzt, unsere Kolleginnen und Kollegen auszuhungern. Jetzt geht es hier im Grunde darum, wer hält das länger durch. Aber ich glaube, er hat sich mit etwas angelegt, was er vorher gar nicht gekannt hat. Er hat sich mit der Solidarität angelegt, und die hat immer noch gewonnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lang anhaltender rhythmischer Beifall – die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

(Frau Ministerin von der Leyen und Michael Sommer sprechen mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Firma Westerwelle)

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manche Gesten sagen mehr als tausend Worte.

Ich will nur noch einmal im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und aller Delegierten dieses Kongresses sagen: Es geht hier um eine relativ kleine Firma in Herford, aber es geht um Menschen, die um ihre Existenz kämpfen, die um ihre Rechte kämpfen, die um Solidarität kämpfen und die deutlich machen: Selbst im Jahre 2010 ist es offensichtlich möglich, dass Menschen das Grundrecht auf einen Betriebsrat, nämlich auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz, das Grundrecht auf gewerkschaftliche Betätigung genommen werden soll.

Da wird es dann sehr, sehr prinzipiell. Die Kolleginnen und Kollegen sollten wissen: Wir werden an ihrer Seite stehen, bis sie gewonnen haben! Westerwelles aller Art kriegt man in die Knie, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Ich will nur noch eines sagen. Wir haben Euch heute hier auch gerne gesehen und gerne empfangen. Wir teilen auch Eure Sorge und Euren Kampf mit Euch, weil wir wissen, landauf, landab gibt es Menschen, die unterdrückt werden, weil sie Betriebsräte wählen wollen, die unterdrückt werden, weil sie sich gewerkschaftlich betätigen wollen, denen man Tarifverträge verweigert und und und. Es ist gut – wir sind auch richtig stolz auf Euch – zu wissen, dass es Menschen gibt, auch in der Provinz, auch in Herford, die sagen, jetzt reicht es, wir stehen auf. Ich bedanke mich bei Euch. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Klaus, und danke, Michael. Wir kommen jetzt zum Grußwort der Bundesministerin von der Leyen. Das möchte ich dann, ich glaube der Übergang passt, verbinden: „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun."

(Die Streikenden verlassen den Saal – anhaltender Beifall – die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Frau von der Leyen, Sie haben das Wort.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales
Vielen Dank.

Sehr geehrter Herr Sommer! Sehr geehrte Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes! Sehr geehrte Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen, lieber Herr Sommer, zu Ihrer Wiederwahl als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes ganz herzlich gratulieren. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit. Ich kann noch nicht sagen, weitere Zusammenarbeit, weil ich relativ kurz erst im Amt bin. Sie sind schon in der dritten Runde. Aber wir haben gute gemeinsame, konstruktive Erfahrungen der Zusammenarbeit in der letzten Legislatur beim Thema Familie, Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewonnen. Ich hoffe, dass es auf diesem konstruktiven Niveau auch weitergeht.

Mein Glückwunsch gilt natürlich auch den weiteren Mitgliedern des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Ich weiß, wir arbeiten gewissermaßen auf verschiedenen Baustellen, aber es gibt viele Themen, wo wir ein gemeinsames Ziel haben, wo ich ganz offen sage, dass ich Sie dann auch brauche, wenn wir dieses Ziel gemeinsam erreichen wollen. Insofern hoffe ich in diesem Sinne auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Tagen und Wochen hat ja vor allem das Thema Krise, und zwar Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Staatenkrise die Diskussion dominiert. Es ist im Augenblick immer noch eine Diskussion um Milliardenräder, die da gedreht werden im Kampf gegen die Auswüchse an den Finanzmärkten. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich mag mich an solche Ausnahmesituationen der Milliardenräder, die gedreht werden, nicht gewöhnen. Wir können ja nicht tatenlos zusehen, dass Spekulanten ganze Staaten mit ihren Wetten ins Wanken bringen und die gesamte Eurozone gefährden.

Und wir können uns natürlich auch nicht herausreden, dass wir massiv einstehen müssen, um die Stabilität unserer Währung, unseres Landes, unseres Europas zu gewähren. Aber was mich so schmerzt bei diesem Prozess, ist, dass bei diesen aberwitzigen Dimensionen, die da diskutiert werden, uns ganz schnell der Blick verloren geht auf die scheinbar kleineren Dinge, die doch für die Menschen in diesem Land so viel wichtiger sind.

Das ist die Frage, ob ich meinen Arbeitsplatz behalte. Das ist die Sorge, ob ich Beruf und Familie, Kindererziehung und die Pflege Älterer miteinander vereinbaren kann. Das ist die Frage, ob der Anschlussjob da ist, wenn Befristung da ist, wenn prekäre Arbeit da ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass unter der großen Diskussion der Milliarden, die im Augenblick zur Rettung der europäischen Stabilität und der Staaten eingesetzt werden, diese entscheidenden Themen, die die Menschen wirklich im Kern ihres Herzens berühren, nicht verloren gehen und nicht untergehen. Dazu brauche ich Ihre Hilfe. (Beifall)

Ich bin eine Europäerin aus ganzem Herzen und aus fester Überzeugung. Das soll auch nicht missverstanden werden. Ich halte den Fall der Grenzen Europas für eine der größten Errungenschaften unserer Zeit, und ich würde mich immer dafür ins Zeug legen, dass die Menschen in Europa unabhängig von nationalen Grenzen leben können, reisen können, arbeiten können. Aber ich sage auch ganz klar: Wenn wir dieses Thema Europa ernst nehmen – dahinter steht auch das große Thema der Freizügigkeit in Europa, um in der Tat ohne Grenzen arbeiten zu können –, dann ist es unsere Aufgabe, aufzupassen, dass mit dieser Freizügigkeit nicht plötzlich ein Wettbewerb um die billigsten Löhne am bequemsten Standort in Gang gesetzt wird, nicht plötzlich ein Wettbewerb darum, wer die Arbeitsbedingungen flexibler gestalten kann, die Löhne weiter nach unten drücken kann. Genauso, wie wir dafür gekämpft haben, dass Menschen das Recht haben, in Europa frei zu leben, frei zu arbeiten, genauso müssen wir darum kämpfen, dass unsere Soziale Marktwirtschaft und unsere Errungenschaften um faire Arbeitsbedingungen, um faire Löhne und um Mitbestimmung von Deutschland aus europäisiert werden und Selbstverständlichkeit in Europa werden. Wir wollen unser Sozialmodell exportieren, meine Damen und Herren, und wir wollen nicht den schleichenden Abbau unserer Standards und Bedingungen importieren durch die Freizügigkeit in Europa. (Beifall)

Da geht es ganz konkret um bestimmte Branchen, wo wir das jetzt erleben. Das ist auch die Branche der Leiharbeit. In dieser Branche wissen wir, dass durch die Freizügigkeit im Mai 2011 schlicht und einfach Tor und Tür geöffnet werden können, dass wir eine Konkurrenz und einen Billiglohnwettbewerb in unserem Land bekommen. Wir wissen inzwischen zum Beispiel, dass Leiharbeitsfirmen aus den osteuropäischen Ländern hier bei uns in Berlin bereits Werbevorträge halten, wie sie mit osteuropäischen Tarifverträgen Löhne von drei und vier Euro in der Zeitarbeit hier in Deutschland garantieren können. Wenn wir das nicht wollen, meine Damen und Herren – ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: ich möchte das nicht hier in diesem Land haben –, (Beifall) dann müssen wir es schaffen, in der Leiharbeit eine Lohnuntergrenze festzulegen. Denn eines ist auch klar bei den osteuropäischen Tarifverträgen: In den jeweiligen Ländern sind sie nicht wirksam, sie können aber ohne

Weiteres hierher nach Deutschland importiert werden. Das heißt, wenn wir keine Lohnuntergrenze haben, dann gilt dieser Tarifvertrag, der einen Lohn von drei oder vier Euro, wie es offen propagiert wird, in unserem Land möglich macht.

Nun will ich auch nicht die Augen davor verschließen, dass das nicht mal eben – Herr Wiesehügel, wie haben Sie gesagt? – in ein, zwei Tagen hopp hopp gemacht werden kann. Ich weiß völlig sicher, dass ich auf meiner Seite meiner Baustelle, wenn ich das so sagen darf, dicke Bretter zu bohren habe. Aber ich brauche Sie auch, damit es uns gelingt, auf Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite, auf der Gewerkschaftsseite, mit einer starken Stimme zu sprechen.

Ich will an dieser Stelle meinen Respekt und meinen Dank dafür aussprechen, dass es in den letzten Wochen gelungen ist, dass Sie in vielen Tarifverträgen, die gerade mit dem DGB geschlossen worden sind, dafür gesorgt haben, dass es eine ganz klare einheitliche Sprache zur Lohnuntergrenze gibt. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen geschlossen, mit einer Sprache, mit einer klaren Lohnuntergrenze, die überall einvernehmlich zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in Deutschland verabredet ist, und mit der Forderung ins Feld gehen: Wir wollen in der Zeitarbeit einen Mindestlohn haben, der davor schützt, dass die Billiglöhne aus Osteuropa hier eingeführt werden. Das, meine Damen und Herren, ist das gemeinsame Ziel, und dazu brauche ich Sie. (Leichter Beifall – rhythmische Rufe: Mindestlohn! Mindestlohn, Mindestlohn!) – Ich weiß, dass Sie den Mindestlohn für alle wollen. (Beifall) Sie wissen sicherlich auch, dass ich immer gesagt habe, dass ich persönlich den Mindestlohn weder für eine Katastrophe noch für ein Allheilmittel halte. Beim ersten Punkt werden Sie begeistert jubeln, beim zweiten Punkt werden Sie wahrscheinlich „Buh“ schreien. (Zuruf: Nein!) – Das ist ja schon mal gut; dann haben wir ja schon mal einen Schritt erreicht. Ich halte den Mindestlohn für ein sinnvolles Instrument, um genau das hinzukriegen, was ich eben geschildert habe, nämlich dass – und das finde ich ganz wichtig in unserer reichen Sozialen Marktwirtschaft – ein einzelner Mensch, wenn er Vollzeit arbeitet, von seinem Lohn auch leben können muss, (Beifall) dass er nicht auf Hartz IV angewiesen ist.

Aber um diesen Lohn zu finden, ist das ein Instrument. Das kann man schlecht anwenden oder das kann man gut anwenden. Wir haben gesehen, in Frankreich ist er zu hoch, wir haben gesehen, in England machen sie es richtig. In Deutschland gehen wir den dritten Weg. Dieser dritte Weg ist – das ist entscheidend für Sie – die Tarifpartnerschaft und die Tatsache, dass die Sozialpartnerschaft in Deutschland eine gute Tradition hat. (Zahlreiche junge Delegierte halten Transparente hoch) – Wir kommen gleich zu Ausbildung, Arbeit und Leben, aber jetzt sind wir bei den Mindestlöhnen. Den Punkt mache ich erst einmal fertig, denn er ist mir wichtig. – Mir ist wichtig, dass wir diesen Weg, den wir eingeschlagen haben, weiter gehen, nämlich dass wir bei den Mindestlöhnen deutlich machen: Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache, Sie sind in der jeweiligen Branche in der Lage, den richtigen Mindestlohn zu finden. Das ist die Tradition der Sozialpartnerschaft in Deutschland. Wenn es Ihnen gelingt, als starke Sozialpartner – das gibt Ihnen ja auch Legitimation – einen gemeinsamen Branchenmindestlohn hinzukriegen, ja, dann ist die Aufforderung an die Politik richtig, diesen auch umzusetzen und zu vollstrekken.

Deshalb sage ich Ihnen auch zur Pflege: Das ist genauso ein Feld, auf dem wir lange gerungen haben. Wir wissen, die Pflege ist Knochenarbeit. Es sind Menschen, die sich hoch motiviert einsetzen müssen für die Pflegebedürftigen in unserem Land. Es sind Menschen, die qualifiziert arbeiten. Und es sind Menschen, die es verdient haben, für qualifizierte Arbeit an-ständig bezahlt zu werden. (Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, halte ich es für richtig – ich habe hohen Respekt –, dass die Kommissionen zur Pflege es geschafft haben, zu einer klaren gemeinsamen Haltung zu einem Pflegemindestlohn zu kommen. Das war auch keine Selbstverständlichkeit. Da haben sich die Gewerkschaften, die Kirchen, die freigemeinnützigen und die privaten Anbieter zusammenfinden müssen und so manche Stunde ringen müssen um den richtigen Mindestlohn in der Pflege. Ich weiß, dass es nicht einfach war, nach stundenlangen Diskussionen das Gefüge des Mindestlohns in der Pflege über eine Strecke der Zeit hinzukriegen. Weil das eine solche Leistung ist, weil das auch legitimiert, dass Sie als Expertinnen und Experten in eigener Sache in der Gewerkschaften als starke Sozialpartner vor Ort in Ihrer Branche das letzte Wort zu den gemeinsamen Löhnen sprechen wollen, dass sich die Politik da nicht einmischt, will ich Ihnen umgekehrt auch deutlich sagen und zusichern: Diesen Auftrag, den Pflegemindestlohn umzusetzen, nehme ich nicht nur ernst, sehr ernst, sondern ich kann Ihnen hier und heute zusichern: Wir werden den Pflegemindestlohn vollstrecken, wir werden ihn umsetzen, wir werden ihn auf den Weg bringen. Das sage ich als Mitglied dieser Bundesregierung, meine Damen und Herren. (Beifall) Der Pflegemindestlohn wird auf den Weg gehen; da beißt keine Maus mehr einen Faden ab.

In der Zeitarbeit werden wir dicke Bretter zu bohren haben, wie ich schon sagte. Ich brauche Ihre Hilfe für eine starke Stimme. Aber ich bin zuversichtlich: Je näher der Mai 2011 kommt, desto stärker wird auch diese Stimme und ihre Überzeugungskraft werden.

Aber noch einen Satz zur Zeitarbeit. Jetzt werde ich mir wahrscheinlich wieder ein paar Buhs einhandeln. Aber ich bin nicht grundsätzlich gegen Zeitarbeit. (Zurufe) – Okay, eine Runde Buh, danach rede ich weiter.

Ich habe nicht von Streikbrechern gesprochen. Ich habe gesagt: Ich bin nicht grundsätzlich gegen Zeitarbeit, wenn sie in dem Sinne genutzt wird, wie sie einmal intendiert war, nämlich dass Menschen, die vorher keine Chance hatten, eine Brücke in die Arbeit bekommen. Ich bin noch immer der Meinung: Es ist besser, zeitweilig Arbeit zu haben, als auf Dauer vollständig arbeitslos zu sein. 60 Prozent der Zeitarbeiter waren vorher arbeitslos, jeder Zehnte war vorher nie beschäftigt gewesen.

Ich sage aber auch deutlich, meine Damen und Herren, dass wir Auswüchse in der Zeitarbeit sehen. Ich nenne das Stichwort Schlecker. Da werden Stammbelegschaften rausgeschmissen und über die Leiharbeit wird die Stammbelegschaft ersetzt, wie das bei Schlecker der Fall gewesen ist, und zwar zu kleineren Löhnen, zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Wir sehen jetzt in einem großen Gesundheitsunternehmen, dass junge Menschen ausgebildet werden, ihnen anschließend aber gesagt wird: Wir haben für Euch in diesem Unternehmen keine Anstellung. Aber wenn Ihr zu der Zeitarbeitsfirma geht, dann könnt Ihr über die Zeitarbeit zu schlechteren Löhnen und schlechteren Bedingungen hier wieder eingestellt werden.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht im Sinne des Gesetzgebers gewesen. (Zurufe) Diesen Drehtüreffekt wollen wir nicht länger tolerieren. (Beifall – Zurufe) – Hören Sie mir zu Ende zu. Ich danke den Gewerkschaften. Ich weiß, dass Sie in den letzten Wochen und Monaten in vielen Tarifverträgen sogenannte „Schlecker-Klauseln“ eingearbeitet haben. Ich will ganz klar honorieren, dass Sie sich da mit aller Kraft und aller Aufrichtigkeit eingesetzt und durchgesetzt haben.

Ich muss Ihnen an dieser Stelle aber auch sagen: Ich bin der Meinung, das reicht nicht, das schließt nicht alle Schlupflöcher. (Beifall) Deshalb haben Sie auch heute hier meine Zusicherung, dass wir eine gesetzliche Regelung auf den Weg bringen werden, die diesen Drehtüreffekten ein Ende macht und damit auch die „Schlecker-Klausel“ in diesem Land ad absurdum führt. Das Ersetzen der Stammarbeit durch Leiharbeit werden wir in diesem Land nicht mehr tolerieren. (Beifall)

Das ist der Blick auf die Kurzfrist. Ich lese hier vor mir Transparente wie „Generation prekär – nicht mit uns“, „Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz“. Ich war einmal Jugendschutzministerin. Es ist in Ordnung, dass Sie sagen: Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz. Mir sprechen Sie damit aus dem Herzen. Ich lese hier ferner: „Ausbeutung von Praktikanten gesetzlich verhindern“ und „Ausbildung für alle“.

Das zeigt ja, dass Ihnen zu Recht die Sorge unter den Nägeln brennt: Wie wird das in Zukunft gehen? Kriege ich einen unbefristeten Arbeitsplatz? Kriege ich überhaupt einen Arbeitsplatz? Finde ich in der Branche, in der ich suche, Arbeit?

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt: Die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, die Staatenkrise übertönt förmlich die gesamte Diskussion. Heute haben wir ganz, ganz viele Schlaumeier, die das ja alles immer haben kommen sehen. Aber seien wir einmal ehrlich, ein oder zwei Jahre zurückgedacht: Keiner hat das in dieser Massivität, in diesem Ausmaß kommen sehen. Ich sage das bewusst, weil wir alle die Krise, die als nächste auf unser Land zukommt, sehen. Das ist die Strukturkrise durch den demografischen Wandel. Hier muss ich ein paar Dinge sagen, von denen ich weiß, dass wir da nicht ganz auf einer Linie sind. Trotzdem müssen wir sie diskutieren.

Wir werden immer weniger Erwerbstätige in diesem Land haben. Das hat uns der demografische Wandel ins Stammbuch geschrieben. Ich könnte hier einen leidenschaftlichen Vortrag über das Thema halten, warum die demografische Entwicklung so gewesen ist, wie sie gewesen ist. Es hat nämlich in den letzten 30 Jahren in diesem Land einen Mangel an Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben, der zum Himmel schreit. (Beifall) Aber das ist ein Referat, das ich als Familienministerin halten müsste und nicht als Arbeitsministerin.

Die Dinge sind geschehen, die Kinder sind nicht geboren, der demografische Wandel ist da. Ich möchte, dass wir jetzt sehenden Auges die Herausforderungen, die der demografische Wandel und der Strukturwandel mit sich bringen, angehen und die Chancen ergreifen, die er für manche Menschen auch sein kann. Wenn weniger da sind, die erwerbstätig sind, dann lasst uns doch hinschauen, welche Menschen heute keine Chancen haben, den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden oder in der Arbeit akzeptiert zu sein.

Da kommen wir sehr schnell auf die Gruppen, die am stärksten bei der Langzeitarbeitslosigkeit vertreten sind, die – ganz unabhängig davon, ob wir wie bis 2008 eine Boomkonjunktur hatten oder ob wir eine Krise haben – keine Chance haben, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Das ist die große Gruppe der Älteren über 50 Jahre. Es sind 1,2 Millionen Menschen, die über 50 Jahre alt sind, in Langzeitarbeitslosigkeit. Das ist kein altes Eisen, meine Damen und Herren. Wenn wir es ernst meinen, diesen Menschen eine Chance zu geben, und zwar nicht nur denjenigen in Langzeitarbeitslosigkeit, sondern allen Älteren

über 50 Jahren, dann müssen wir uns an die Arbeit machen, darüber nachzudenken, wie wir die Arbeitsmöglichkeiten für ältere Menschen in diesem Land auf Dauer so gestalten, dass sie fair sind, dass sie motivierend sind und dass sie anerkennend sind.

In der Krise haben die OECD-Länder unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Aber kein Land hat den Fehler gemacht, den Rückfall in die Frühverrentung zuzulassen. Ich weiß, dass Sie mit dem Thema, wann das Rentenalter kommt, hadern. Ich möchte zusammen mit Ihnen, dass wir uns nicht immer nur an dieser Frage verbeißen und blind auf dem Auge werden: Wie soll denn Arbeit im älteren Erwerbsleben gestaltbar und lebbar sein?

Ich möchte, dass wir in unseren Betrieben wieder nach dem guten alten Motto verfahren, dass Lebensleistung und Berufserfahrung anerkannt werden. Ich möchte, dass wir wieder das alte Prinzip des guten Sprichworts erkennen: Ja, die Jungen rennen schneller, aber die Alten kennen die Abkürzungen. Beides, meine Damen und Herren, müssen wir zusammenbringen. (Beifall)

Ich möchte eine zweite Gruppe ansprechen: Das ist die Gruppe der Alleinerziehenden. Dahinter verbirgt sich das, was ich eben gesagt habe, nämlich dass sich unser Land über 30, 40 Jahre geleistet hat, entweder zu sagen „Frauen mit Kindern können nicht arbeiten“ oder „Frauen mit Kindern wollen nicht arbeiten“. Ich kenne viele, viele Frauen mit Kindern, die gern arbeiten würden. Es gehört zum Selbstverständnis gebildeter Menschen in einer modernen Zeit, dass Kindererziehung und Arbeit zusammengehören. Das sind Menschen, die ganz viele Fähigkeiten erworben haben, die wir normalerweise in den Führungspositionen suchen. Ich bin sicher, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht so über unsere Welt hinweggerauscht wäre, wenn in den Vorständen unserer Unternehmen mehr Frauen gewesen wären, die Kinder erziehen, meine Damen und Herren. (Beifall)

Werfen wir einen Blick auf diejenigen, die ganz draußen sind. Das sind die Alleinerziehenden in der Langzeitarbeitslosigkeit, in Hartz IV. Bei den Alleinerziehenden ist das keine Randgruppe mehr. 20 Prozent der Familien in Deutschland sind inzwischen alleinerziehend. Jede zweite Alleinerziehende ist langzeitarbeitslos. Das sind 640.000 Menschen mit einer Million Kindern. Diese Alleinerziehenden sind nicht deshalb langzeitarbeitslos, weil sie nicht qualifiziert wären, weil sie nicht arbeiten wollten, weil sie keine Möglichkeit hätten, sich auf dem Arbeitsmarkt umzutun. Nein, sie sind alleinerziehend, weil sie ein Kind haben; sie sind alleinerziehend und arbeitslos, weil sie ein Kind haben.

Diese Situation mit der Kombination, qualifiziert zu sein, aber keine Chance zu haben, den Arbeitsplatz anzunehmen und aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, können wir nicht mehr tolerieren. Wir haben Jobcenter, wir haben Arbeitsagenturen, wir haben Kommunen, die mit in den Jobcentern sitzen. Wir haben Milliarden in die Kinderbetreuung investiert. Wir haben Unternehmen, die inzwischen händeringend Fachkräfte suchen.

Ich möchte, dass dieses Land in den nächsten Jahren bei der Gruppe der Alleinerziehenden in Langzeitarbeitslosigkeit eine Kehrtwende macht, dass es nicht mehr heißt „Die kann nicht mehr arbeiten, weil sie ein Kind hat“, sondern weil sie ein Kind hat, weil sie arbeiten möchte, weil sie auf eigenen Beinen stehen möchte, weil sie nicht in der Altersarmut landen möchte, werden wir bei den Jobcentern und in der Vermittlung der Alleinerziehenden in Arbeit in diesem Land neue Weichen stellen.

Ich möchte, dass es selbstverständlich ist, dass Kinderbetreuung angeboten wird und das Recht auf Weiterbildung, dass Kinderbetreuung angeboten wird und der Arbeitsplatz, und zwar in dieser Reihenfolge.

Meine Damen und Herren, wenn es etwas gibt, was diese Finanzkrise und die Strukturkrise uns jetzt vor Augen führen, dann dies: Wir brauchen jeden, wir brauchen jede, und wir sollten denjenigen, die bisher keine Chance gehabt haben, jetzt endlich die Türen öffnen, damit der Weg in Arbeit auch möglich ist. (Beifall)

Wir werden deshalb die Jobcenter-Reform auf den Weg bringen, die auch etwas Neues mit sich bringt, nämlich insofern, als – je nachdem, ob es eine Optionskommune oder eine Arge ist – ein Schleier des Nichtwissens über dem Erfolg im Jobcenter liegt. Ich möchte, dass wir mit der Jobcenter-Reform ein lernendes System bekommen, dass wir in den Jobcentern Klarheit und Transparenz darüber kriegen, wie erfolgreich die Vermittlung in Arbeit ist, indem wir die Daten darüber bekommen, ganz egal, ob die Kommune, ob die Arbeitsverwaltung im Jobcenter oder ob die Optionskommune selbstständig die Arbeitsvermittlung macht.

Jeden Monat werden die Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht. Warum wird nicht auch jeden Monat oder wenigstens jedes Vierteljahr in den Regionen vor Ort über die Erfolge oder die Misserfolge der Jobcenter diskutiert, also genau da, wo es hingehört? Bei den Gewerkschaften, bei den Kammern, bei den Unternehmen, in den Kreistagen, bei den Oberbürgermeisterinnen

und Oberbürgermeistern, genau da liegt die Verantwortung, meine Damen und Herren. Und wenn wir miteinander dieses lernende System aufbauen, wenn es uns gelingt, zu vergleichen und zu zeigen, wo die Jobcenter erfolgreich sind, zum Beispiel beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, und wo sie nicht erfolgreich sind, und man uns darauf antwortet, warum dies in einer bestimmten Region nicht geht und in einer anderen Region besser, dann, meine Damen und Herren, haben wir die Diskussion über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genau dort vor Ort, wo die Verantwortung auch ist.

Ich möchte mit Ihnen in den nächsten Wochen und Monaten den Weg gehen, dass wir die Dinge, die kurzfristig anstehen, gemeinsam angehen, ob es der Mindestlohn in der Pflege, der Mindestlohn in der Zeitarbeit oder aber das Schließen von Schlupflöchern in der Zeitarbeit ist. Ich brauche Sie dabei. Ich möchte aber genauso, dass wir die Themen angehen, die vielleicht jetzt noch unbequem sind, nämlich die Frage, wie wir in einer Gesellschaft, die älter wird, Arbeit für Ältere möglich machen können, wie wir alle teilhaben lassen können, nicht nur eine Hälfte der Gesellschaft, sondern auch die andere Hälfte der Gesellschaft, die aus Frauen mit Kindern besteht. Ich weiß, dass wir nicht immer die gleichen Wege gehen werden. Ich weiß auch, dass wir nicht immer gemeinsam die gleichen Antworten finden werden. Aber ich weiß, dass wir gemeinsam, wenn wir ein Ziel definiert haben, das wir erreichen wollen, eine starke Stimme für die Gerechtigkeit in unserem Land entwickeln können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Zuruf: Machen Sie doch mal endlich *//hre* Hausaufgaben und nicht nur wir! Wir wollen doch miteinander diskutieren! – Beifall)

Ich habe zur Zeitarbeit deutlich gesagt, was ich zum Mindestlohn will. (Weitere Zurufe) Ich habe dem Betriebsrat und der jungen Frau, die vorgetragen hat, eben gesagt, dass sie sich über das Büro von Michael Sommer mit mir in Verbindung setzen mögen, damit wir gemeinsam gucken können, wie die rechtliche Lage ist – ich kann Ihnen das jetzt aus dem hohlen Bauch heraus nicht sagen –, damit ich sie dabei unterstützen kann, dass sie ihr Recht bekommen, dass wir gucken, ob vor dem Hintergrund der rechtlichen Situation Missbrauch stattgefunden hat oder ob es Schlupflöcher gibt, die man schließen muss. (Lebhafter Beifall – Zurufe)

Sie müssen mir zumindest fairerweise zugestehen, dass ich – ich glaube, das ist für eine Bundesministerin dann auch notwendig – mir anschaue, wie die Situation ist. Vorher haben wir nicht miteinander geredet. Sie müssen mir schon Gelegenheit geben, dass ich mir anhöre, wie die Lage ist, um zu sehen, wo wir helfen können und wo es tatsächlich Löcher gibt, die gestopft werden müssen, oder Missstände, die abgestellt werden müssen. (Lebhafter Beifall) Soweit ich eben die Belegschaft, zumindest in Teilen, verstanden habe, werden sie dieses Angebot annehmen und in den nächsten Tagen mit mir den Kontakt suchen. (Erneut lebhafter Beifall)

Ich kann Ihnen nicht alles versprechen, und ich will Ihnen nicht alles versprechen. Aber ich möchte bei den Punkten, bei denen wir gemeinsame Interessen haben – das ist der Missbrauch in der Zeitarbeit und das sind die Lohnuntergrenzen da, wo sie in der Branche gefunden sind –, die notwendigen Maßnahmen umsetzen und den Missbrauch bekämpfen sowie die Lohnuntergrenzen umsetzen. Dazu brauche ich Sie, und das meine ich ernst. Ich möchte schlicht und einfach den Dialog mit Ihnen *erbitten*. Ich möchte aber auch, dass wir uns an die unbequemen Themen ranmachen. Das ist die Frage der Arbeit Älterer, und das ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich habe Sie doch auch als meine Mitstreiter erlebt. (Zuruf: Und was ist mit der Jugend?) – Das ist genau das Thema, das auf Sie zukommt. Das sind genau die Themen, die für Sie, die Jugend, entscheidend sind. (Anhaltende Sprechchöre von Jugendlichen im Saal: Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut! Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut! – Beifall)

Kommen Sie her, kommen Sie auf die Bühne! (Die demonstrierenden Jugendlichen betreten die Bühne) – Wissen Sie, was ich Ihnen jetzt zurufe? Ich rufe: Ich bin nicht jung, doch ich bin laut, weil ich an Eure Zukunft glaub! – wenn ich mal eben schnell so dichten darf. (Stürmischer Beifall) Ich finde das völlig in Ordnung, ich finde auch das Lautsein völlig in Ordnung. Ich habe jetzt das Mikrofon und habe es deshalb leichter, laut zu sein. Ihr seid viele und könnt deshalb auch genauso laut sein.

Aber genau die Punkte, die wir angesprochen haben, wie Ausbildung für alle, sind richtig. Ihr könnt sicher sein, dass ich dabei an Eurer Seite stehe. Wir müssen die richtige Ausbildung finden, die Ausbildung in Berufen, die gesucht werden. „Generation prekär“ nicht mit uns. Das ist genau die Frage, für die ich auch schon häufig geradegestanden habe, dass ich zum Beispiel bei dem Thema „Ausweitung der Befristung“ sage: Nein! Nicht mehr an dem Punkt, nachdem ein Ausbildungsverhältnis abgeschlossen ist und man zum ersten Mal seine Befristung gehabt hat, danach muss Schluss sein. (Lebhafter Beifall) Das ist heute die Rechtslage, und daran wird sich nichts ändern. Das sind ja die Themen, die Sie hier beschäftigen. Wenn wir darüber sprechen, dass wir in der Zeitarbeit Lohnuntergrenzen und in der Pflege den Mindestlohn durchsetzen, dann sind das doch genau die Themen, die Sie betreffen werden.

Ich möchte das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht ändern – ich habe das schon mehrfach gesagt –, weil ich es für richtig halte, weil ich finde, dass die Kinder abends schlafen sollen. (Beifall) Da sind meine Teenager zwar meistens dagegen, aber die Kinder oder die Jugendlichen sollen nicht abends oder nachts und am Wochenende in der Gastronomie arbeiten, sondern sie sollen lernen. Dafür müssen sie einen frischen Kopf haben. Das hört sich jetzt vielleicht ein bisschen bodenständig an, aber das ist meine Haltung aus der Erfahrung heraus, die ich nicht nur als Jugendministerin, sondern auch als Mutter gemacht habe.

Was haben wir noch? (Zuruf: Ausbildung für alle!) – Ja, Ausbildung für alle, da bin ich bei Ihnen. Wenn ich jetzt mal mit nackten Zahlen kommen darf, dann helfen die Ihnen wahrscheinlich nicht weiter. Aber im letzten Jahr ist die Zahl der Ausbildungsplätze um 8,2 Prozent zurückgegangen, aber es ist leider auch die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden um 8,8 Prozent zurückgegangen. Das heißt doch, liebe Leute, dass wir gucken müssen, dass für Euch die richtigen Ausbildungsplätze da sind, nicht nur in Form von Zahlen, die offensichtlich inzwischen hoch genug sind, sondern diese Ausbildungsplätze muss es genau auch in den Branchen geben, die ich für richtig halte.

So! Welches Thema haben wir noch gemeinsam? – Jetzt kommt Michael Sommer; der wird mir wahrscheinlich gleich das Mikrofon wegnehmen. (Michael Sommer: Nein, nein! – Heiterkeit)

Aber wenn ich noch ein Wort sagen darf, zumal ich weiß, dass ich hier nicht immer Begeisterung bei der Generation auslöse, die auch meine Generation ist. Die jungen Menschen, die hier um mich herumstehen, liebe Leute, sind diejenigen, die eines Tages mit ihren Kindern arbeiten und leben wollen. (Zuruf: Und die müssen bis 67 arbeiten!)

Ja, aber sie wollen es mit ihrer Familie, mit ihren Kindern vereinbaren, und das gilt für die Männer genauso wie für die Frauen. Und wenn es uns nicht gelingt, auf diesem Gebiet eine Kehrtwende zu vollbringen – ich meine eine Frau, die ein Kind hat und bei der die Liebe auf der Strecke blieb; sie ist qualifiziert, aber wegen ihres Kindes ist sie arbeitslos und hat keine Chance, aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu kommen –, dann muss uns das doch umtreiben. Und mit diesem letzten Wort entlasse ich Sie jetzt. (Starker Beifall – Sprechchor der Jugendlichen: Wir sind jung! Wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut! – lang anhaltender lebhafter Beifall – in rhythmisches Klatschen übergehend)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Hier scheint sich alles zu verselbstständigen. – Liebe Frau Ministerin von der Leyen, zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre offenen Worte. (Beifall) Natürlich hätten wir noch einiges. Herr Michael Sommer wird Ihnen gleich ein paar Anregungen auch in schriftlicher Form übermitteln. Wir können Ihnen auch eine Anregung aus einer sehr schönen Debatte, die wir heute Morgen geführt haben, mit auf den Weg geben, denn wir können Ihnen sagen, wie Sie das Thema Zeitarbeit in den Griff bekommen. Sie müssen schlicht und einfach einen Halbsatz im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz streichen. Dieser Halbsatz beinhaltet nämlich, dass man durch Tarifverträge verhindern kann, dass Leiharbeitnehmer gleichwertige Löhne und gleichwertige Arbeitsbedingungen vorfinden wie ihre Kollegen, die um sie herum arbeiten. Wenn Sie diesen Halbsatz streichen, ist das Thema Zeitarbeit ganz eindeutig entschärft, und dies würde Sie nur einen Federstrich kosten. (Beifall) – Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender der Deutschen Gewerkschaftsbundes
Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich erst einmal herzlich für Ihre Worte und auch für Ihre Bereitschaft, in einen auch für Sie sicherlich ungewöhnlichen Dialog einzutreten. Es ist aber ein notwendiger Dialog, und Sie haben gesehen (der DGB-Vorsitzende bezieht sich auf die gelben T-Shirts der Jugendlichen): Auch bei Gelb ist entscheidend, was drin ist. (Heiterkeit – Beifall)

Ich will mich jetzt nicht zum Sprecher unserer Gewerkschaftsjugend aufschwingen – das wäre vermessen, zumal sie sehr gut für sich selbst sprechen kann –, aber eines möchte ich Ihnen schon sagen: Dass und wie sie es hier artikuliert haben, ist auch der Ausdruck einer tiefen Sorge einer jungen Generation, die sich in diesem Land vielfach – ich drücke es dezent aus – sozial verschaukelt fühlt. (Starker Beifall) Das sind die Vertreterinnen und Vertreter der „Generation Praktikum“. Das sind die Vertreterinnen und Vertreter von rund 300.000 bis 400.000 jungen Menschen, die sich Jahr für Jahr immer wieder bewerben und keinen Ausbildungsplatz bekommen. Das sind diejenigen, die nicht übernommen werden. Das sind diejenigen, denen man eine unsichere und prekäre Beschäftigung zumutet. Das sind diejenigen, die nie erfahren werden, was es bedeutet, unbefristet und sozial abgesichert beschäftigt zu sein. Ich könnte die Liste beliebig fortsetzen, aber da wir alle kundig sind, will ich das nicht tun. Ich finde es auch richtig, dass diese jungen Kolleginnen und Kollegen deutlich machen, wofür diese Gewerkschaftsjugend steht und kämpft, nämlich für eine bessere Zukunft, und diese haben sie in diesem Land vielfach nicht. (Starker Beifall)

Ich darf kurz den Übersetzer spielen. Hier stand eine junge Kollegin und hat gesagt: Und dann soll ich am Rollator stehend bis 67 arbeiten? – Das ist vielleicht ein bisschen drastisch ausgedrückt, aber es macht deutlich, dass es sehr viele Menschen gibt, denen keine Arbeitsplätze angeboten werden, mit denen sie es tatsächlich schaffen können, menschenwürdig bis 60, 65 oder 67 zu arbeiten. Wir werden dagegen kämpfen, dass diese Menschen zur Altersarmut verdammt sind. Das wollen wir nicht, und das werden wir auch nicht hinnehmen. (Starker Beifall)

Frau Ministerin, wir haben sehr viel Gesprächsbedarf. Ich habe die Kolleginnen und Kollegen der Firma Westerwelle gebeten, kurz hier zu bleiben. Die Verabredung zwischen uns beiden steht. Über mein Büro wird ein Termin zwischen Ihnen und den streikenden Kolleginnen und Kollegen vereinbart, damit Sie sich ein Bild machen können. Es wäre auch vermessen, von Ihnen jetzt auf jede Frage eine Antwort zu erwarten. Ich weiß allerdings, dass Sie verlässlich sind. Wenn Sie sagen, dass Sie dieses Gespräch in diesen Tagen führen wollen, dann werden Sie dieses Gespräch auch führen. Und ich hoffe sehr – und das wäre meine Bitte an Sie –, dass Sie mithelfen, diesen Konflikt im Interesse der betroffenen Menschen zu lösen. (Beifall)

Ich möchte kurz auf einige Botschaften, die Sie ausgesandt haben, eingehen. Es wäre schließlich vermessen, auf all Ihre Ausführung einzugehen. – Das, was Sie zum Thema Lohnuntergrenze bei der Zeitarbeit gesagt haben, ist gut und richtig. Es ist notwendig. Aber Sie wissen genauso gut wie ich und wir, dass das nicht ausreicht. Es reicht nicht aus, einen Mindestlohn in der Zeitarbeit zu haben. Übrigens, ein Mindestlohn von 8,50 Euro für alle wäre auch ein Mindestlohn in der Zeitarbeit. Dann wären wir schon einen Schritt weiter. Das nur mal so am Rande bemerkt. (Beifall)

Sie sagten, Sie könnten den Weg mit Ihrem Koalitionspartner nur über das Entsendegesetz gehen. Wie man jetzt bei der Finanztransaktionsteuer sieht, ist Ihr Koalitionspartner auf Druck offensichtlich empfänglich und in der Lage dazuzulernen. Das ist möglicherweise auch in anderen Fragen der Fall. (Heiterkeit – Beifall)

Ich möchte auf das Thema zurückkommen, das wir gleich in der Diskussion behandeln wollen. Es gibt Verwerfungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, die wir nicht hinnehmen können und auch nicht hinnehmen wollen. Ich habe volles Verständnis dafür, dass Menschen, die diese Verwerfungen erleben, sagen: Eigentlich müsste so etwas verboten werden. – Sie haben gesagt, dass Sie die Zeitarbeit wollen. Auch wir haben gesagt, dass wir die Zeitarbeit als ein vernünftiges Instrument auf dem Arbeitsmarkt wollen. Also, wenn wir die Zeitarbeit wollen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass dieses Instrument so reguliert wird, dass es nicht dazu führt, das Streikrecht kaputtzumachen, die Belegschaften zu spalten, die Löhne zu unterlaufen, die Mitbestimmung zu verhindern und letztendlich die Menschen zu unterjochen. Wenn man das nicht will, dann muss man neue Regelungen finden, Frau Ministerin (Starker Beifall)

Es ist zwar kein Geheimnis, aber ich will es dem Kongress trotzdem noch einmal sagen: Wir – damit meine ich auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften – sind mit der Ministerin im Gespräch, um zu einer Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu kommen. Dann läuft das bei den Politikerinnen und Politikern immer unter dem Stichwort „Schlecker“. Schlecker ist eine richtige Sauerei. Das wissen wir alle. Aber die Schleckers dieser Welt sind überall. Deswegen ist es nicht nur mit einer „Schlecker-Klausel“ getan. Vielmehr geht es insgesamt um den Anspruch, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird. Und wir werden von diesem Anspruch nicht lassen, Kolleginnen und Kollegen. Das ist es, was wir wollen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, eine Sache möchte ich noch ansprechen. Ich meine das, was jetzt den Kolleginnen und Kollegen in Herford passiert. Es geht um den Missbrauch von Leiharbeit zwecks Streikbruchs. Das ist den Kolleginnen und Kollegen der Telekom vor anderthalb oder zwei Jahren passiert, als von einem großen Arbeitgeber – er hat immerhin 250.000 Beschäftigte weltweit – massenhaft Zeitarbeitsfirmen als Streikbrecher eingesetzt wurden. Das passiert landauf, landab. Und dann muss man Vorkehrungen treffen. Ich spreche den Aspekt an, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich weigern, als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erzwungene Streikbrucharbeit zu verrichten, anschließend von der Arbeitsagentur bestraft werden, indem ihnen Ausfallzeiten angerechnet werden oder gar Schlimmeres widerfährt. Dem muss ein Ende bereitet werden, und das liegt übrigens in der Kompetenz Ihres Hauses, Frau Ministerin. Diese Kompetenz sollten Sie nutzen. (Starker Beifall)

Es waren in Ihrer Rede einige wichtige Botschaften an diesen Kongress, die wir sehr wohl gehört haben und die wir auch, meine Kolleginnen und Kollegen, in den nächsten Wochen und Monaten aufgreifen werden, indem wir einfach versuchen werden, das, was Sie angekündigt haben, aufzugreifen und zu einer vernünftigen Lösung zu kommen; denn es geht natürlich auch immer darum, dass wir nicht nur recht haben wollen, sondern zum Schluss auch dieses Recht durchsetzen wollen; wir wollen es also nicht nur bekommen, sondern wir wollen es durchsetzen, und wir wollen dieses Recht auch in die Tat umsetzen.

Nur eine ganz kurze Anmerkung zu den Jobcentern. Wenn Sie jetzt die Reform der Jobcenter machen, dann habe ich eben ganz genau zugehört, als Sie gesagt haben: Und am besten wäre es, wir gucken alle Vierteljahre mal, wie war denn die Vermittlungstätigkeit? Wie erfolgreich war die denn? Was ist denn da passiert? Und Ähnliches mehr.

Ich erinnere mich daran – nicht weil das die schöne alte Zeit war, sondern weil die Regelung an sich gut war –, dass wir früher vor Ort Verwaltungsräte hatten, die die Arbeit dieser Arbeitsämter überprüft, begleitet und dafür gesorgt haben, dass man das macht, was man neudeutsch evaluieren nennt, nämlich geguckt haben, ob die anständig arbeiten. Und wenn nicht, hat man gesagt, müsse nachgearbeitet werden, um einfach diese Arbeit zu unterstützen.

Wenn Sie jetzt sagen, na ja, wir richten jetzt wieder Ausschüsse ein – wie immer man es nennt –, in denen die Kammern und die Gewerkschaften sind, und man guckt, wie erfolgreich die arbeiten, wäre das gut für eine Form von neuer Selbstverwaltung in diesen Gremien auch vor Ort, weil dort nämlich entschieden wird, ob die Menschen Arbeit bekommen oder nicht. Dann wäre das insgesamt auch gut für die Fortentwicklung dieses Systems. Sie sind ja gerade im Gesetzgebungsverfahren. Vielleicht kann man noch einiges daraus machen.

So, in diesem Sinne ein letztes Wort. Dann will ich jetzt wirklich den Kongress nicht über Gebühr zeitlich beanspruchen.

Um Ihnen und Ihrem Haus neuen Stoff zum Nachdenken zu geben in Sachen Regulierung der Leiharbeit, darf ich Ihnen ein Gutachten mit dem schönen Titel überreichen: „Welche Änderungen des Gesetzes erfordert die Umsetzung der EU-Richtlinie Leiharbeit mit dem vierten Gleichbehandlungsgrundsatz und Abweichungen gemäß Art. 5 der EU-Richtlinie?“ Dieses Gutachten ist erstattet worden. Ich will Ihnen das überreichen.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die es auch lesen wollen, ist es in einer Stunde auch im Internet auf der Seite des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie kriegen es zuerst.

Herzlichen Dank für Ihr Kommen, Frau Ministerin. (Starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Michael. – Und vielen Dank noch mal, Frau Ministerin von der Leyen.

Ich habe jetzt die angenehme Aufgabe, Euch vom Ergebnis der Sammlungsaktion zu berichten. Wir haben insgesamt 7.005 Euro zusammenbekommen. (Starker Beifall) Aber das ist noch nicht alles. Der Kollege Matecki hat noch eine Botschaft für uns dazu.

Claus Matecki, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes
Kolleginnen und Kollegen! Auf der einen Seite ist es wichtig und macht ein breites Kreuz, wenn man so viel Zustimmung kriegt, wenn man mitkriegt, dass so viele das Ziel teilen, wenn so viele sozusagen damit einverstanden sind. Ich weiß aus vielen Arbeitskämpfen vor Ort, als ich in der Verwaltungsstelle war, wie wichtig es ist, dass man eine materielle Basis hat. 7.005 Euro sind eine krumme Zahl. Der gBV hat entschieden: Wir erhöhen auf 8.000. (Starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Diese Summe kann aber noch gesteigert werden, weil wir von unseren fleißigen Sammlerinnen und Sammlern wissen, dass einige von Euch jetzt aus gutem Grund kein Geld dabei hatten, sondern es noch auf ihren Hotelzimmern haben. Dort vorne steht noch eine Spendenbox. Wenn wir in einer guten Stunde in eine Beratungspause gehen, könnt Ihr gerne aufs Hotelzimmer gehen und mal nachsehen, ob in den Geldbörsen noch das eine oder andere Scheinchen ist. Ich finde es erst mal eine schöne runde Summe. Die dient der Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen von Westerwelle.

Glück auf in Eurem Kampf! (Lang anhaltender starker Beifall – rhythmisches Klatschen)

Jetzt kehrt leider wieder der Antragsalltag ein. Wir rufen den Antragsblock C auf, der sich mit dem wichtigen Thema Bildung beschäftigt. Und natürlich beginne ich mit einem Zitat: „Freies Fragen wird verhindert werden, solange es Ziel der Erziehung ist, Überzeugung statt Denken hervorzubringen.“ (Bertrand Russell) Das ist mein Beitrag zur Debatte um das Thema, über das wir ja jetzt beraten werden.

Ich bitte die Antragsberatungskommission, die Kollegin Grundmann, uns in den Antragsblock C einzuführen.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Es kehrt der Alltag wieder ein nach diesen emotionalen, wirklich befreienden Erfahrungen mit den Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zum Antragspaket C, zur Bildungspolitik. Die Bedeutung dieses Themas konnte uns, alle aufmerksame Beobachter dieses Kongresses, nicht verborgen bleiben. Es gab, glaube ich, hier bis gerade eben keine Rede, die ohne die Wichtigkeit der Bildung zu betonen ausgekommen ist – ganz besonders gestern bei den Reden über die Krise. Bildungspolitik hat mittlerweile auch für die Gewerkschaften eine zentrale Funktion. Sie spiegelt sich auch in den Anträgen wider. Diese Anträge sprechen sich für die Verwirklichung des Menschenrechtes auf Bildung endlich auch in Deutschland aus. Sie entwerfen eine Politik gegen die soziale Spaltung unseres Bildungswesens und verwirklichen Chancengleichheit. Sie streiten für mehr Qualität in der allgemeinen und beruflichen Bildung – und das in allen Bereichen unseres Bildungswesens, von der Tageseinrichtung für Kinder bis zur Weiterbildung.

Von den vorliegenden elf Anträgen zur Bildungs- und Berufsbildungspolitik ist der Antrag C 001 des DGB-Bundesvorstands „Mit guter Bildung aus der Krise – DGB-Thesen für eine neue Bildungsoffensive“ der Leitantrag. Er zeichnet ein umfassendes Bild eines Bildungswesens, das soziale Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit vereint.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften entwerfen damit ein Leitbild einer nationalen Bildungsstrategie, das den kleinteiligen Bildungsföderalismus endlich überwindet. Diesem Ziel dient auch der Änderungsantrag Ä 003, den die Antragsberatungskommission ebenfalls zur Annahme empfiehlt. In den 13 Eckpunkten, die im C 001 stehen, sprechen wir uns für mehr Investitionen in Bildung und gegen weitere Privatisierung und Gebühren im Bildungswesen aus. Wir stehen für das Recht auf einen Kitaplatz und gegen die soziale Auslese im gegliederten Schulsystem. – Kein Applaus? (Vereinzelt Beifall) – Danke.

Die Gewerkschaften lehnen kurze Schmalspurausbildungen ab, die junge Menschen zu Handlangern in Betrieben degradieren. (Beifall) Wir stehen gegen die sozialen Barrieren auf dem Weg in die Hochschulen, sei es durch Studiengebühren, die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen oder eine schlecht gemachte Bologna-Reform. Unser Antrag unterstreicht deutlich, dass der entscheidende Schlüssel für eine erfolgreiche Reform im Bildungssystem die Beschäftigten im Bildungssystem sind.

Dieser Antrag wurde gründlich mit den Mitgliedsgewerkschaften abgestimmt. Wir empfehlen deshalb die Annahme mit einer kleinen Änderung, die ich Euch noch erkläre. Wir von der Antragsberatungskommission sehen nicht ein, dass für Übernachtungen in Luxushotels, bei McBurger oder für Hundefutter der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt, während für Essen in Kitas und Schulen die vollen 19 Prozent gezahlt werden. (Vereinzelt Beifall) Wir empfehlen daher die Änderung, dass auch für Essen in Schulen und Kitas der ermäßigte Steuersatz gelten soll. (Leichter Beifall)

Die Forderungen und Anliegen der Anträge C 008 und C 009 finden sich unserer Meinung nach im Leitantrag wieder. Deshalb unsere Empfehlung: erledigt bei Annahme von C 001. Und die Empfehlung für C 001: Annahme in geänderter Fassung. – Vielen Dank. (Leichter Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Vorschläge der Antragsberatungskommission zur Kenntnis genommen. Ich habe versäumt, darauf aufmerksam zu machen, dass Ihr natürlich schon Eure Wortmeldungen zum gesamten Antragsblock C bei der Wortmeldestelle einreichen könnt. Einige Wortmeldungen liegen uns schon vor.

Ich rufe zunächst auf den Antrag C 001 „Mit guter Bildung aus der Krise – DGB-Thesen für eine neue Bildungsoffensive“ des DGB-Bundesvorstands. Dazu gehört der Abänderungsantrag Ä 003 der GEW. Mit dem Antrag C 001 rufe ich ebenfalls auf den Antrag C 002 sowie die Anträge C 008 und C 009.

Für die Antragsteller gebe ich nun Ingrid Sehrbrock das Wort.

Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Höhepunkt ist die Luft jetzt ein bisschen raus, aber ich gehe davon aus, dass bei diesem wichtigen Thema doch noch genügend Kolleginnen und Kollegen zuhören und mitdiskutieren. Ich denke, es lohnt sich bei dem Antrag „Mit guter Bildung aus der Krise“.

Wir haben auf diesem Kongress schon viel über die Krise und ihre Verlierer gesprochen und mehrfach die Frage gestellt: Wer zahlt denn jetzt eigentlich die Zeche für die Zocker auf den Finanzmärkten? Nun tut sich ja gerade etwas, wie wir feststellen. Leerverkäufe sind verboten worden. Die Transaktionssteuer scheint auf den Weg gebracht zu sein.

Roland Koch hat schon eine einfache Antwort. Er will bei Kindergärten, Schulen und Hochschulen sparen. „Sparen ohne Tabus“ nennt er das. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat vor Kurzem geschrieben: Wer jetzt an der Bildung spart, handelt wie ein Bauer, der sein Saatgetreide aufisst und die Pflanzkartoffeln an die Schweine verfüttert.

Es ist gut, dass die Bundeskanzlerin einem Sparkurs für unser Bildungswesen eine klare Absage erteilt hat, und ich hoffe, sie hält diese Linie auch durch. Aber machen wir uns nichts vor. In den Schubladen der Bundesländer liegen die Streichlisten längst bereit. Einiges haben wir schön gehört, es ist öffentlich geworden. Zum Beispiel plant Hamburg die Erhöhung der Kindergartengebühren, Bayern will 1.000 versprochene neue Lehrerstellen wieder streichen, in Hessen stehen Kürzungen an Schulen und Hochschulen auf der Tagesordnung. Ich bin sicher, diese Liste ließe sich beliebig erweitern.

Kolleginnen und Kollegen, all diese Fakten zeigen: Die Wirtschafts- und Finanzkrise droht die Bildungskrise zu verschärfen, obwohl unser Bildungswesen seit Jahren unter chronischem Geldmangel leidet. Das hatte schon gravierende Folgen. Der Krippenausbau kommt nur schleppend voran. Die Zahl der Schulabbrecher sinkt nur minimal; Ihr erinnert Euch, sie sollte ja halbiert werden. Ein Milliardenpaket für Hochschulen steht unter Finanzierungsvorbehalt. Die Versprechen des Dresdner Bildungsgipfels sind offenbar in Gefahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das vergangene Jahrzehnt hat gezeigt: Der marktradikale Weg, der auf eine reine Kostensenkung setzt, ist gescheitert. Wenn wir eine neue solidarische Ordnung wollen, wird dies nur über Innovation, über lebensbegleitendes Lernen sowie über eine hervorragende Ausbildung unserer Fachkräfte gelingen. Unser Motto muss sein: Besser statt billiger. Das ist die Strategie, und das Fundament für eine solche Politik ist ein gutes, für alle offenes, sozial gerechtes Bildungswesen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Leichter Beifall)

Wir brauchen eine neue Bildungsoffensive. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften legen mit diesem Antrag ein Konzept für ein Bildungswesen vor, das Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit vereint, ein Konzept, das allen Menschen in der gesamten Bundesrepublik gleiche Lebenschancen bieten soll, ein Konzept, das auf echte Kooperation von Bund und Ländern setzt und das eine föderale Nabelschau ablehnt. Kooperation ist ja nun verboten, wie wir alle wissen, durch die Föderalismusreform. Das hat zu riesengroßen Schwierigkeiten geführt. Wenn der Bund Mittel für die Länder zur Verfügung stellen will, dann kommt er damit in Schwierigkeiten. Dann müssen höchst umständliche Konstruktionen gefunden werden, damit das überhaupt möglich wird. Da zeigt sich schon, dass genau das ein ganz entscheidender Fehler war.

Was wir wollen, will ich nur ganz knapp darstellen. Wir wollen Kindergärten, die nicht nur Betreuung, sondern auch gute Bildung bieten. Dazu müssen wir die Erzieherinnen und Erzieher stärken durch eine bessere Bezahlung, aber auch durch eine bessere Aus- und Weiterbildung. Viele von Euch wissen, dass das in Europa wesentlich anders gestaltet wird als bei uns. Deshalb war auch der Streik der Erzieherinnen und Erzieher so wichtig, weil es auch um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geht und weil gute Ausbildungsbedingungen auch unseren Kindern helfen, Kolleginnen und Kollegen.

Wir streiken gegen die soziale Auslese in unserem gegliederten Schulsystem und für ein längeres gemeinsames Lernen. Wir wollen gute Ganztagsschulen – das Thema wäre ein eigenes Kapitel wert – und werben auch deshalb für die Einstellung von mehr Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an unseren Schulen. Wir brauchen mehr und bessere Ausbildungsplätze. Und ich warne die Arbeitgeber und die Bundesregierung: Auch in der Krise darf es keine Abstriche bei der Qualität der Ausbildung geben. Im Übrigen gibt es durchaus Bereiche, in denen es noch Qualitätsverbesserungen geben muss. Das sei an dieser Stelle auch einmal gesagt. Die zweijährige Schmalspurausbildung – das ist eben schon erwähnt worden –, Kürzungen bei der Ausbildungsvergütung oder das Aufweichen des Jugendarbeitsschutzes werden auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. (Leichter Beifall)

Wir sind auch gegen eine unternehmerisch geführte Hochschule. Die Gewerkschaften stellen diesem Modell gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung das Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule entgegen. Das ist erst vor Kurzem entwickelt worden. Wir wollen die Hochschulen sozial öffnen. Wir fordern ein starkes BAföG und den Verzicht auf Studiengebühren. Wir wollen wieder echte demokratische Mitbestimmung an unseren Hochschulen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen auch die Barrieren zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung einreißen. Dazu gehört eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte, die kein Abitur gemacht haben. Nur ein Prozent der Studierenden kommt ohne Abitur an die Hochschule. Diese Zahl muss bedeutend höher werden. Die berufliche Bildung muss anschlussfähig sein, auch an den Hochschulen, Kolleginnen und Kollegen. (Leichter Beifall)

Ich möchte noch ein Thema ansprechen, das mir sehr wichtig ist. Wir müssen endlich die UN-Behindertenrechtskonvention im deutschen Bildungswesen umsetzen. Bund und Länder müssen sich hier auf einen konkreten Fahrplan verständigen. Ich bin überzeugt: Es ist nicht gut, dass wir in unserem Bildungswesen systematisch die Lebenswelten der Menschen mit und

ohne Behinderung treffen. Das schadet dem gegenseitigen Verständnis, das schadet dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Bildung ist nun mal ein Menschenrecht, und das muss uneingeschränkt gelten. (Leichter Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jede Bildungsreform, die nicht die Beschäftigten des Bildungswesens in den Blick nimmt, wird scheitern. Ich frage mich, wann die Regierungen in Bund und Ländern endlich begreifen, dass die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrerinnen und Lehrer, das Personal an den Hochschulen und die Beschäftigten in der Weiterbildung nicht ihre Gegner sind. Ich frage mich, wann die Anerkennung für diese Menschen sich nicht nur in warmen Worten, sondern auch in besseren Arbeitsbedingungen widerspiegelt. Wir wissen, welche Beschäftigungsverhältnisse es beispielsweise im Bereich Weiterbildung gibt, Kolleginnen und Kollegen. Das nur als Beispiel, ich könnte auch noch andere Bereiche nennen.

Gute Arbeit und gute Bildung gehören zusammen. In diesem Antrag vereinen wir diese beiden Perspektiven, Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte Euch um die Zustimmung zu diesem Antrag des Bundesvorstands. – Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fände es schön, wenn auch die, die draußen sind, noch hereinkommen. Das würde nur der Bedeutung des Themas hier auch gerecht werden. Ich verspreche Euch, wenn wir diesen Antrag C 001 diskutiert und verabschiedet haben, werden wir eine kurze Pause machen. Ich bitte Euch, so lange durchzuhalten. Lasst uns in Ruhe die Antragsdiskussion zu Ende führen, um auch der Bedeutung des Themas Bildung gerecht zu werden. (Beifall)

Petra Gerstenkorn von ver.di, Delegiertennummer 365, hat als Nächste das Wort. – Liebe Petra, Du hast das Wort.

Petra Gerstenkorn
Danke schön, Claudia. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gibt das schöne Sprichwort „Hunde, die bellen, beißen nicht". Aber das gilt leider nicht für Roland Koch und die anderen Jungs, die nun die Kanzlerin ankläffen. Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen planen Ausgabenkürzungen im Kita-, im Schul- und im Hochschulbereich, und Hessen liegt dabei natürlich vorn.

Diese Sparpläne im Bildungsbereich verdeutlichen uns zweierlei. Erstens, Bildung ist etwas für Sonntagsreden, und zweitens, das auf soziale Selektion und Wettbewerb getrimmte Bildungssystem soll auch schön so bleiben. Rotstift-Politik statt Investition. Statt auf die faire Verteilung von Lebenschancen, die gerechte Beteiligung an Bildung zu setzen, werden im neoliberalen Stil die Benachteiligungs- und Selektionsmechanismen im Bildungsbereich weiter verfestigt. So soll auch der von Ministerin Schavan angekündigte Hochschulpakt III zur Unterstützung der Lehre mit von ihr zugesagten Mitteln von zwei Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre an eine Stiftung gehen, die dann kreative Lehrkonzepte fördert und belohnt. Also werden auch diese Haushaltsmittelchen, wenn sie denn überhaupt freigegeben werden, nicht genutzt, um die drastische Unterfinanzierung der Hochschulen etwas abzumildern und notwendige Verbesserungen in der Qualität der Lehre aller Hochschulen zu bewirken, nein, sie sollen als Wettbewerbsinstrument unter den Hochschulen eingesetzt werden.

Die öffentlichen Haushalte können allen notwendigen Ausgaben derzeit nicht gerecht werden. Prioritäten müssen gesetzt werden. Ja, wenn eine Priorität die Sicherung unseres materiellen Wohlstands ist, was die Stabilisierung der Banken und des Euro bewirken soll, dann muss eine andere Priorität die Sicherung unseres geistigen Wohlstands sein. Das Grundrecht auf Bildung ist nicht nur ein Schlüssel zur Partizipation an guten Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern auch ein Garant für die Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven sowie für Innovation, Wachstum, Produktivität und gute Arbeit.

Bildung erlangt Priorität, wenn wir, die DGB-Gewerkschaften, mit unseren sechs Millionen Mitgliedern, was grob geschätzt ungefähr vier Millionen Eltern sind, sie zur Priorität machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dazu müssen wir nachdrücklich fordern, dass die staatlichen Einnahmen erhöht werden. Ohne die Steuerveränderungen der letzten zehn Jahre hätten die öffentlichen Haushalte jährlich 50 Milliarden mehr an Einnahmen. Und unsere Vorschläge für weitere Einnahmen liegen auf dem Tisch: Wiedereinführung der Vermögensteuer, höhere Erbschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Finanztransaktionssteuer. Letztere nimmt die Bundesregierung ja nun doch auf die Agenda, aber mit vielem Wenn und Aber und vielen Prüfvermerken. Da müssen wir wohl auch noch ein wenig nachhelfen.

Vor der Bundestagswahl wurde die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Nicht zuletzt deshalb, weil man Wahlen gewinnen wollte und weil jede OECD-Erhebung belegte, dass in kaum einem Land der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungslaufbahn so eng verknüpft ist wie in Deutschland. Außerdem bescheinigte der OECD-Vergleich bei Bildungsausgaben strukturelle Missstände und einen jährlichen Mehrbedarf von gut 30 Milliarden Euro, um das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem sowohl leistungsfähig als auch gerecht zu halten.

Dieser Investitionsbedarf wurde zwar auf jedem Bildungsgipfel heruntergerechnet, aber nun auch die im Koalitionsvertrag diktierten Mehrausgaben von immerhin zwölf Milliarden Euro in der Legislaturperiode anzugreifen, können wir uns nicht bieten lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen keine Hütchenspieler in den Bundes- und Landesregierungen. Wir wollen Politiker und Politikerinnen, die ihre Verantwortung wahrnehmen und verlässliche Bildungspolitik gestalten. (Beifall)

Unter der Prämisse von Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität muss in Bildung investiert werden. Alle Menschen haben das Recht auf gute Bildung und gute Arbeit. Alle brauchen gleiche Bildungschancen. Niemand darf benachteiligt und ausgegrenzt werden. Denn auch daran entscheidet sich, welche Werte zukünftig unsere gesellschaftliche Entwicklung prägen.

Der sich stetig beschleunigende Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft beeinflusst unser aller Arbeits- und Lebensentwürfe, und damit auch unsere Qualifizierungsbedürfnisse. Wir sind darauf angewiesen, unser Wissen und unsere Fähigkeiten beständig weiterzuentwickeln. Dafür lernen wir lebenslang und brauchen auch lebensbegleitend Bildungsmöglichkeiten. Die Basis für die Verwirklichung von Lebensentwürfen ist ein sozial gerechter Zugang zum Bildungswesen beziehungsweise eine Förderung, die im frühkindlichen Alter beginnt und konsequent fortgeführt wird. Hier begründet sich Chancengleichheit. Deshalb ist der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz flächendeckend umzusetzen. (Beifall)

Des Weiteren gilt es, der Selektion durch und im dreigliedrigen Schulsystem entgegenzuwirken. Circa 70.000 Schulabgänger verlassen die Schule ohne Abschluss. Damit werden in unverantwortlicher Weise Menschen aufgegeben und mit einem Stigma versehen, das ihnen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und würdige Arbeit raubt. Schulabbrecher, aber auch junge Menschen mit Hauptschulabschlüssen haben kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz, und gnadenlos werden die Mittel für die Erlangung von Abschlüssen und zur Förderung des Berufseinstiegs gekürzt. Das können wir nicht wollen und, das wollen wir auch nicht.

Das System der sozialen Ausgrenzung erzeugt Resignation und Perspektivlosigkeit und lastet der Gesellschaft hohe und sinnlose Folgekosten auf. Einer Berechnung zufolge betragen allein die jährlichen Kosten für Klassenwiederholungen 931 Millionen Euro. Wir brauchen eine gesetzliche Absicherung für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot und eine Qualitätsoffensive, denn auch 20 Prozent der Auszubildenden werden ohne Abschluss ausgesiebt.

Wir brauchen eine gesetzliche und institutionelle Absicherung der beruflichen Weiterbildung. Beruflich erworbene Kompetenzen müssen als Zugangsvoraussetzung zur Hochschule anerkannt werden. Hochschulen sind sozial zu öffnen, denn nur knapp ein Viertel der Studierenden kommt aus Familien mit nicht akademischem Hintergrund.

Zu diesen Bedingungen, die in diesem Bildungssystem vorgegeben sind, können und wollen sich viele junge Menschen für eine akademische Ausbildung nicht entscheiden, weil sie sich diese nicht leisten können, oder verlassen die Hochschule ohne Abschluss – immerhin 20 bis 25 Prozent. Auch das, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nehmen wir nicht hin. Wir unterstützen nachdrücklich die Anliegen der Bildungsstreiks von Schülerinnen, Schülern und Studierenden. (Beifall)

Gute Arbeit braucht gute Bildung. Wir fordern einen aktiven Sozialstaat, der lebensbegleitend Bildung ermöglicht und Beteiligung an Bildung fördert, mit gerechten Zugängen, die niemanden benachteiligen. Wir fordern einen aktiven Sozialstaat, der in Bildung investiert und ein Bildungssystem garantiert, das allen Menschen Bildungszugänge und Bildungschancen eröffnet. Bildung hat ihren Preis, und sie ist diesen Preis auch wert.

Wenn wir, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, diese unsere Überzeugung, die sich auch in unseren Anträgen im C-Block ausdrückt, Wirklichkeit werden lassen wollen, dann müssen wir das Feld Bildungspolitik genauso erfolgreich beackern wie viele andere Politikfelder, die wir auf diesem Kongress schon debattiert haben. Vielleicht fehlt uns beim Thema Bildung manchmal der Schneid, weil zwar unser Gerechtigkeitssinn und unser Verstand ein Bündnis eingehen und sagen: Bildung ist wichtig. Aber sofort melden sich unser Gefühl und unsere Erfahrungen und sagen: Eh, weißt Du nicht mehr, dass Lernen auch oft scheiße war? Machen wir uns ein Bild von guter Bildung und gönnen dieses unseren Kindern, unseren Enkeln, unseren Neffen und unseren Nichten.

Ich bitte um Eure Unterstützung für den Antrag und die Unterstützung für gute Bildung. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Petra, Du hast eine Punktlandung hingelegt, bevor die Ampel ganz auf rot ging. – Ihr folgt Ulrich Thöne von der GEW, Delegiertennummer 68. Ulrich, Du hast das Wort.

Ulrich Thöne
Danke schön. Liebe Kolleginnen und Kollegen! 1,5 Millionen 20- bis 29-Jährige sind in dieser Gesellschaft ohne eine abgeschlossene Ausbildung. Eben hatten wir eine Aktion, die noch einmal deutlich gemacht hat, dass Schindluder damit getrieben wird, und wir haben dies vor Augen. In der gleichen Zeit argumentieren die Arbeitgeber damit, wir hätten Fachkräftemangel, posaunen großartig herum und erzählen Gott weiß was; dieser Fachkräftemangel läge daran, dass die Schulen schlecht ausbilden und dass unzureichend Sekundärtugenden vermittelt werden. Liebe Leute, wie lange wollen wir uns diesen Unsinn eigentlich noch bieten lassen? Wir wissen doch, dass es anders ist. (Beifall)

Dazu fällt mir immer wieder eine kleine Geschichte ein, die ich persönlich erlebt habe, weil ich mich mit dem angehenden Abschluss von Hauptschülern beschäftigt habe und mich gefragt habe: Wo bleiben denn diese Jugendlichen? Dort bin ich auf Sergej getroffen. Sergej, wie der Name schon erkennen lässt, ist jemand, der aus Kasachstan kam. Er konnte kaum Deutsch, hat hier Deutsch gelernt, hat aber einen glühenden Wunsch gehabt: Er wollte Automechaniker werden. Er ist dann durch die verschiedenen Praktika, die hier nun mal beklagt werden, gegangen, und in diesen Praktika ist ihm immer wieder bescheinigt worden, bei allen Schwierigkeiten, die er mit der Sprache hatte: Sergej ist ein klasse Typ. Der hat für mich das höchste Lob gekriegt, was ein 15-Jähriger kriegen kann: Man hat von ihm gesagt: Der sieht nicht nur die Arbeit, der macht sie auch.

So jemandem fehlende Sekundärtugenden zu bescheinigen, ist schlichtweg eine Sauerei. Nein, es sind doch nicht die Jugendlichen, die nicht wollen, es ist das System, das bei uns auf Auslese, auf Verbilligung und auch Ausgrenzung gerichtet ist, das dafür sorgt, dass viele Jugendliche keine Stelle haben und wir zu wenig haben, um die Gesellschaft weiter zu befördern. (Beifall)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir alle, und wir müssen sie alle bestmöglich fördern wollen. Wir wollen gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, die nicht aufgrund der Kürzungs- und Sparpolitik zu Bewahranstalten verkommen oder zu reinen Paukböden für Wissen und das eine oder andere Kognitive, das man sich sonst noch dazufühlen kann. Nein, wir wollen gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, damit zu dem Wissen und Können, das der einzelne hinzulernen kann, auch die emotionale und die soziale Entwicklung richtig passen. (Beifall)

Wir wollen Bildungseinrichtungen, die Kindern helfen, zu selbst entscheidungsfähigen jungen Menschen zu werden und nicht einfach nur zu angepassten, jederzeit flexibel einsetzbaren Robotern. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da bin ich beim Zentrum: Es ist klar, dazu braucht es vor allem gute Erzieherinnen und Erzieher, gute Lehrerinnen und Lehrer, gute Hochschullehrerinnen und –lehrer, gute Weiterbildnerinnen. Ihre Arbeit ist eben kein lauer Hilfs- oder Halbtagsjob für faule Säcke, wie ein ehemaliger Bundeskanzler, der sich bis heute noch nicht dafür entschuldigt hat, gesagt hat und bis heute noch meint. Es muss klar sein – auch dem einen oder anderen unter uns, dem das vielleicht nicht klar ist –, dass der Kern für gute Bildung in der Tat mit den Beschäftigten zusammengehört, dass es darum geht, gute Beschäftigte zu haben und gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen. Das ist der Schlüssel, um für gute Bildung sorgen zu können. Das ist aber auch der Schlüssel, um dem drohenden Mangel, von dem ich vorgestern schon sprach, entgegentreten zu können. (Beifall)

Gute Arbeit verträgt sich eben nicht – deswegen der Änderungsantrag – mit einem Absenkungswettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern. Klar, wir brauchen bundesweit geltende Tarifverträge, vernünftige Eingruppierungen, und dabei müssen wir uns auch durchsetzen gegen das Hinhalten, das die Länder ja die ganze Zeit mit uns versuchen. Da brauchen wir Eure Unterstützung. Klar, das muss auf der Tarifvertragsebene passieren. Aber wir brauchen auch gleichwertige Bildungschancen über alle Bundesländer hinweg, und wir brauchen einen Bund und Bundesländer, die gemeinsam dafür sorgen müssen. Deswegen muss im Grundgesetz die unsägliche Trennung von Bund und Ländern, die dem Bund jegliche Kooperation verbietet, weg, und deswegen muss auch die Änderung rein, die wir vorschlagen. Wir sprechen davon, dass auch vom Bund aus die Sicherstellung gewährleistet werden muss, dass es gleichwertige Bildungschancen, gute Bildungschancen für alle Kinder gibt.

In dem Sinne bitte ich um Eure Unterstützung sowohl für den Leitantrag als auch für die Änderung.

Erlaubt mir zum Schluss noch zwei kurze Bemerkungen zum Bildungsbereich, sehr knapp. Noch einmal: Der internationale Standard ist der bestgeeignete Standard. Da wird nicht herumgetrickst wie zum Beispiel in Deutschland, wo noch die Berufsausbildung als Kosten der Unternehmen ausgewiesen wird, obwohl schon längst klar ist, dass im Jahr 2006 – letzte Erhebungszahl – die Unternehmen im Schnitt – nicht jedes – 5,2 Milliarden daran verdient haben; das müsste also anders ge-

rechnet werden. Nein, die Zahl aus der internationalen Vergleichsstudie ist doch die sinnvollste Zahl, die man hat. Wenn man dort die sieben Prozent als Ausgangspunkt nimmt, dann braucht Deutschland jährlich als Ziel mehr als 50 Milliarden Euro.

Nebenbei gesagt: Das erscheint natürlich als eine gigantische Zahl. Mit Milliarden wird nur so um sich geschmissen. Die USA geben vergleichsweise, auf Deutschland heruntergerechnet, 10 Milliarden mehr aus. Es sind nicht nur die skandinavischen Länder. Wir sollten nicht so tun, als sei das eine Unsumme. Es ist völlig klar, dass das, was wir am Bildungssystem bemängelt haben, Ursachen hat, und die Ursachen liegen in der drastischen Kürzungspolitik vor allen Dingen der letzten 20 Jahre.

Deswegen bitte ich die Antragsberatungskommission, noch einmal zu überlegen, ob statt des Betrages, der in dem Antrag steht, der noch deutlich dem Umstand geschuldet war, die allgemeine Spar- und Kürzungsdiskussion im Griff zu haben, dort stehen sollte, dass das nach OECD-Standard sieben Prozent sein müssen. Klar, das kann von Jahr zu Jahr unterschiedlich sein. Derzeit wären das 50 Milliarden.

Das zweite ist der Bildungsgipfel, der jetzt vor uns liegt. Die Kürzungen sind eben schon angekündigt worden. Es stehen überall Kürzungen ins Haus. Es ist völlig klar, man kann nicht mehr erreichen wollen, aber es geht nicht, mit Kürzungen anzufangen und gleichzeitig keine Sicherheit dafür zu haben, dass die Länder, die im Länderfinanzausgleich unterstützt werden müssen, zusätzliche Mittel dafür kriegen. Ich sehe es schon kommen: Wenn das Mehrwertsteuergeschachere zu irgendwelchen positiven Ergebnissen für die Länder kommt, dann wird gerade den schwachen Ländern vorgehalten, dass sie jetzt mehr Geld kriegen und deswegen nicht mehr bei der Umverteilung verlangen können und deswegen zu einer Kürzung kommen müssen. Unglaublich! Das ist keine Regelung, die bisher getroffen worden ist. Ich denke, dass das klar ist.

Ich meine, dass wir als ersten Schritt hin zu der Erhöhung im Bildungsbereich eines unbedingt brauchen: unsere gemeinsame Solidarität. Das ist ein Teil unserer Forderungen, die wir gemeinsam so durchstehen sollten wie bei der Leiharbeit, wie beim Mindestlohn und bei anderen Dingen, die wir gemeinsam in dieser Gesellschaft durchsetzen müssen. Wir brauchen mehr für Bildung, öffentlich und in jedem Bundesland und in jeder Stadt. Da darf es keine Kürzung geben. (Beifall) – Danke für Eure Aufmerksamkeit.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Ulrich. – Es folgt Paul Arzberger von der IG BCE, Delegiertennummer 65. Paul, Du hast das Wort.

Paul Arzberger
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ganz kurz auf einen meiner Meinung nach sehr wichtigen Zusammenhang zwischen beruflicher Bildung und europäischem Bildungsraum hinweisen, der aus dem Antrag leider nicht ohne Weiteres herauszulesen ist. Zurzeit wird auf der Grundlage des europäischen Qualifikationsrahmens der deutsche Qualifikationsrahmen entwickelt. Die Arbeit an diesem deutschen Qualifikationsrahmen wurde bisher durch den DGB meiner Meinung nach recht gut koordiniert. Aber nun geht es um die Wurst. Die jetzt vorliegenden Vorschläge und Entwürfe zum deutschen Qualifikationsrahmen beinhalten eine Diskriminierung der beruflichen Bildung gegenüber der allgemeinen Bildung und der Hochschulbildung, die für uns als Gewerkschaften so eigentlich nicht hinnehmbar ist. (Beifall) Ein deutscher Qualifikationsrahmen, bei dem die berufliche Bildung als Bildung zweiter Klasse abgestempelt wird – wir hatten sogar zeitweise den Vorschlag auf dem Tisch, dass Bachelor-Abschlüsse mit Niveaustufe 6, Klasse A und der Industriemeister mit Niveaustufe 6, Klasse B, wobei „A“ für „akademisch“ und „B“ für „beruflich“ steht, eingestuft werden sollten –, ist für Gewerkschaften nicht tragbar und nicht hinnehmbar.

Bei den jetzt anstehenden Verhandlungen ist weiterhin – eigentlich jetzt noch viel mehr – die Koordination durch den DGB erforderlich. Es muss jetzt intensiv daran gearbeitet werden, dass die berufliche Bildung, gerade auch unsere duale Berufsausbildung in Deutschland, im Interesse unserer Jugend in Europa genau den Stellenwert und die Wertigkeit bekommt, die sie für unsere Jugend und unsere Zukunft benötigt. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank. – Es folgt Stephanie Odenwald von der GEW mit der Delegiertennummer 72. Stephanie, Du hast das Wort.

Stephanie Odenwald
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben einen sehr fulminanten Auftritt erlebt: zum einen von den Westerwelle-Kollegen, zum anderen von unserer Arbeitsministerin. Ich glaube, alle sind noch ein bisschen mitgenommen. Ich habe den Eindruck: Es fällt schwer, jetzt zuzuhören. Deshalb werde ich mich kurzfassen.

Ich will wiederholen, was Frau von der Leyen gesagt hat. Sie hat sehr, sehr pathetisch gesagt: Wir brauchen alle jungen Leute, alle sollen mitgenommen werden. Die Realität ist leider eine andere. Man kann die Zahl gar nicht oft genug wiederholen: Wir haben 1,5 Millionen junge Leute unter 29 Jahre ohne Ausbildung. In dem Antrag wird ausgeführt: Unser dreigliedriges Schulsystem erschwert außerordentlich den Übergang in eine Ausbildung.

Kinder und Jugendliche erleben massenhaftes Scheitern. 80.000 verlassen die Schule ohne Ausbildung. Wenn man Hauptschülerin oder Hauptschüler ist oder keinen Abschluss hat oder einen Migrationshintergrund hat, dann hat man es außerordentlich schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Man spricht von einer „Generation abgeschoben"; heute wurde auch gesagt „Generation Praktikum". Das ist für die jungen Leute eine relativ schlimme Situation. Das ist auf diesem Kongress von ihnen selbst oft genug ausgeführt worden.

Wir treten ein – das wird in dem Antrag auch ausgeführt – für ein Grundrecht auf Ausbildung. Alle Jugendlichen sollen in Ausbildung kommen, ohne Warteschleifen. (Beifall)

Ich möchte da auf einen kleinen Disput, einen kleinen Dissens hinweisen. Wir als GEW sagen: Wenn die Ausbildungsplätze im dualen System nicht ausreichen, müssen wir dringend Ausbildungsplätze auch an anderen Lernorten schaffen: bei Trägern, in Berufsschulen. Hunderttausende von Jugendlichen werden auch in Berufsschulen vollqualifizierend ausgebildet, werden auch bei Trägern vollqualifizierend ausgebildet. Im Verwaltungsrat der BA haben wir uns dafür eingesetzt, dass die vollqualifizierende Ausbildung finanziert wird. So ist Hunderttausenden von Jugendlichen geholfen worden, die sonst in eine Warteschleife geraten oder auf der Straße gelandet wären. (Beifall)

Ich bitte Euch herzlich, diesen Kurs zu unterstützen, dass, wenn die Ausbildungsplätze im dualen System nicht ausreichen, eine Ergänzung geschaffen werden muss. Man sollte das nicht abqualifizieren: Das eine ist der absolute Königsweg, das andere ist zweitrangig und hat eine mindere Qualität.

Wir haben berufliche Schulen. Michael Sommer war einmal mit mir zusammen in einer solchen Schule, um sich eine solche vollqualifizierende Ausbildung anzusehen. Das war im Oberstufenzentrum in Berlin im Bereich der kaufmännischen Ausbildung. Dort wird eine richtig gute Ausbildung gemacht. Die Auszubildenden werden hinterher auch übernommen. Die Arbeit dort muss anerkannt werden. Sie sollte nicht abqualifiziert werden. Das ist meines Erachtens sehr wichtig.

Ich möchte etwas zu dem Hamburger Modell sagen, das auch im Antrag C 001 als Lösung genannt wird, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. In Hamburg hat man jetzt folgende Lösung gefunden: Jugendliche, die sich mehrmals vergeblich um einen dualen Ausbildungsplatz beworben, aber keinen erhalten haben, bekommen staatlicherseits eine Ausbildung angeboten, ein Grundqualifizierungsjahr. Danach sollen sie sich wieder um einen dualen Ausbildungsplatz bewerben. Wenn sie das nicht schaffen, erhalten sie die Garantie einer beruflichen Ausbildung. Sie sind also nicht weiter in einer Warteschleife, sondern sind von Anfang an in der Ausbildung.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Thema Weiterbildung. Wir alle wissen, dass wir in der Weiterbildung eine ziemlich desolate Situation haben, auch hinsichtlich der in der Weiterbildung Beschäftigten. Dort sind viele mit prekären Arbeitsbedingungen, die ungefähr auf Hartz-IV-Niveau arbeiten, obwohl sie eine lange, lange akademische Ausbildung hinter sich haben. Sie werden sozusagen als pädagogische Wanderarbeiter beschäftigt.

Vor einiger Zeit wurde ein Mindest-Branchentarifvertrag abgeschlossen. Er ist noch immer nicht für allgemeingültig erklärt worden. Die Weiterbildung wurde in das Entsendegesetz aufgenommen. Seitens der Regierung ist noch immer nicht die Allgemeingültigkeitserklärung ausgesprochen worden. Frau von der Leyen hat das sehr großmundig unterstützt.

Ich bitte den DGB-Vorstand sehr herzlich, sich dafür einzusetzen, dass dieser Tarifvertrag in der Weiterbildung die Allgemeingültigkeitserklärung erhält. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Stephanie. – Es folgt als letzter Redner zum Antrag C 001 und dem dazugehörigen Änderungsantrag Marco Rafolt von TRANSNET, Delegiertennummer 253. Marco, Du hast das Wort.

Marco Rafolt
Zu meiner Vorrednerin möchte ich ganz kurz sagen, dass die Thematik, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zu haben, gar nicht so schwierig wäre, wenn die Wirtschaft nur wollte. (Beifall) Ich glaube, da müssen wir nicht großartig über Konzepte reden.

Ich möchte meinen Respekt davor zum Ausdruck bringen, dass wir meiner Meinung nach schon viel getan haben. Im November letzten Jahres ist ja etwas passiert, liebe Kolleginnen und Kollegen: Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sind auf die Straße gegangen. Das war eine beeindruckende Aktion, die es so lange nicht mehr gegeben hat. (Beifall)

Was mich dann allerdings richtig sauer gemacht hat und – als mir das vorhin in den Sinn kam – mich wieder auf 180 gebracht hat, ist dann die Äußerung, die Frau Schavan direkt an dem Tag abends in der Presse abgab. Im ersten Teil ihrer Äußerung sagte sie, sie habe Verständnis für diese Streiks. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich eines nicht brauche, dann ist es Verständnis von dieser Frau dafür, dass wir auf die Straße gehen und um unser Recht kämpfen. (Beifall)

In ihrer zweiten Aussage äußerte sie Verständnis dafür, dass die Studierenden wissen wollen, wohin diese Studiengebühren gehen. Das hat sie anscheinend nicht begriffen. Die Studiengebühren gehören abgeschafft. Mich interessiert nicht, wo diese landen. (Beifall)

Es geht noch weiter. Unter Schavan mache ich jetzt einen Haken, und es geht ab nach NRW. Vor der dortigen Landtagswahl ist etwas Beeindruckendes passiert. Ich wurde von dem NRW-DGB eingeladen. Dort gingen nicht nur Schülerinnen und Schüler und die Studenten auf die Straßen, sondern es zogen auch noch die Auszubildenden mit, die zusammen mit einem Tross von 3.000 Leuten die Innenstadt von Köln blockierten und die Brücken über dem Rhein zum Beben brachten. Deshalb gehört unser voller Respekt diesen Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich glaube, dass wir in der Bildungspolitik nur dann zusammenkommen, wenn wir nicht mehr trennen zwischen Studentinnen und Studenten sowie Schülerinnen und Schülern, sondern wenn wir in den kommenden Wochen die gesamten Jugendlichen auf die Straßen holen. Das ist ein Muss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin dabei. (Beifall) Und mein Auftrag ist der Appell an Euch, das zu unterstützen.

Außerdem würde ich noch gerne über eine Aktion diskutieren. Ich halte es für perfide, wenn die Wirtschaft uns regelmäßig erklärt, dass die Jugendlichen nicht ausbildungsfähig sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist für mich das Unwort der letzten fünf Jahre. – Danke. (Lebhafter Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Lieber Marco, danke. – Nun hat sich doch noch jemand zu Wort gemeldet, nämlich Friedrich Heuermann von der NGG mit der Delegiertennummer 226.

Friedrich Heuermann
Ich möchte eigentlich nur noch mal ein bisschen deutlicher auf das eingehen, was der Marco in seinem ersten Satz gesagt hat. Ich bin nämlich überhaupt nicht der Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir mehr vollzeitschulische Ausbildungsplätze brauchen, ganz im Gegenteil. (Beifall) Wir müssen es endlich hinbekommen, die Unternehmen dazu zu bringen, dass sie mehr ausbilden. Meiner Meinung nach brauchen wir dafür das, was wir seit Jahren von der Wirtschaft fordern, nämlich die Umlagefinanzierung. Wer nicht ausbildet, soll dafür bezahlen. – Danke. (Stürmischer Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Das war sehr knackig und eindeutig. (Heiterkeit)

Ich gebe jetzt noch mal das Wort an die Antragsberatungskommission. Es gab ja die Frage des Kollegen Ulrich Thöne, ob die Antragsberatungskommission bereit wäre, den Passus zu übernehmen, wonach der Bildungsanteil gemäß den OECD-Richtlinien auf sieben Prozent Standard übernommen wird.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Wir übernehmen das. Wir haben uns in der Antragsberatungskommission darauf verständigt, wie dies zu formulieren ist. Ab dem Ende der Zeile 176 muss es dann heißen: „müssen die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf sieben Prozent des BIP nach OECD-Standard steigen." In den Zeilen 178 bis 180 entfällt dann ersatzlos die Passage von „Ohne" bis „erforderlich". – Danke. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Petra.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, sodass wir zu den Abstimmungen kommen. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag Ä 003 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Abänderungsantrag Ä 003 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe bitte. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Ä 003 einstimmig angenommen. (Beifall)

Ich rufe nun den so geänderten Antrag C 001 sowie die Anträge C 008 und C 009 zur Abstimmung auf. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch der Antrag einstimmig so angenommen.

Ich gebe Euch jetzt 15 Minuten Pause zum Durchatmen. Wir treffen uns in 15 Minuten wieder.

(Unterbrechung des Kongresses: 16.56 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 17.16 Uhr)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen den Kongress nun fort. Vorweg ein kleiner organisatorischer Hinweis: Der heutige Abend steht Euch – wie auch in den Organisationsmaterialien, die Euch zugegangen sind, angekündigt – zur freien Verfügung. Das bedeutet, hier ist kein Abendessen vorgesehen. Wir wissen, dass einzelne Gewerkschaften separat etwas anbieten. Unser Zeitplan sieht vor, dass wir bis etwa 18.30 Uhr beraten; wir hoffen, dass wir zügig weiterkommen.

Ich rufe nun den Antrag C 002 und den Antrag I 001 in der blauen Fassung – das ist der Initiativantrag zum Thema Bologna-Prozess – auf und darf die Antragsberatungskommission bitten, uns ihre Empfehlungen zu C 002 und I 001 zu erläutern. – Bitte Petra.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag C 002 „Bildung besser machen!“ des DGB-Bundesjugendausschusses setzt sich ebenfalls mit dem föderalen Bildungswesen auseinander. Die Grundanliegen des Antrags C 002 sind unserer Meinung nach bereits im Leitantrag aufgegriffen. Es ist allerdings erforderlich, in den Gewerkschaften eine Diskussion darüber zu führen, wie viel Zentralität notwendig ist und wie viel regionale Vielfalt wir im Bildungswesen wirklich haben wollen. Deshalb lautet unsere Empfehlung: Annahme als Material zu Antrag C 001.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Begründung der Antragsberatungskommission gehört. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher können wir den Antrag direkt abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig angenommen.

Ich rufe nun den Initiativantrag I 001 auf und bitte Petra, ihre Empfehlung zu erläutern.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Wir haben hier schon von der Einladung von Frau Schavan gehört, die wir am Montag bekamen. Mit den Antragstellern des I 001 – wir konnten ihn leider nicht vor der Einladung von Frau Schavan beraten – haben wir vereinbart, dass aktuelle Ergänzungen möglich sind und dass wir diese als Antragsberatungskommission übernehmen. Diese Ergänzungen liegen jetzt vor, und zwar in der blauen Fassung. Ich bitte Euch, noch eine redaktionelle Änderung vorzunehmen und eine Zahl zu ändern: Die Ergänzungen beginnen ab Zeile 146. – Wir empfehlen den I 001 zur Annahme in der so geänderten blauen Fassung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt das Votum der Antragsberatungskommission gehört. – Mir liegt nun eine Wortmeldung zu dem Antrag vor. Andreas Keller von der GEW, Delegiertennummer 73, hat nun das Wort.

Andreas Keller
Vielen Dank, liebe Claudia. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begründe den Antrag, den wir, die GEW, gemeinsam mit den im Arbeitskreis Hochschulpolitik des DGB zusammenarbeitenden Gewerkschaften und der DGB-Jugend eingebracht haben. Ich habe bereits am Montag die Ehre gehabt, Euch von der Bologna-Konferenz von Frau Schavan, die anschließend als „Schavan-Show“ kritisiert wurde, zu berichten. Ich habe Euch berichtet, dass diese ohne Ergebnis verlaufen ist, und das

habt Ihr empörend zur Kenntnis genommen. Vor allem war ärgerlich, dass es keine Beteiligung der Gewerkschaften auf Augenhöhe mit Arbeitgebern gegeben hat.

Der jetzt vorliegende Initiativantrag ist gewissermaßen die Antwort darauf. Wir gehen nämlich davon aus, dass die Studienreform als Aushandlungsprozess gestaltet werden muss, und wir fordern eine gleichberechtigte Beteiligung der Gewerkschaften mit Hochschulen, mit Studierenden und mit Arbeitgebern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht nämlich nicht nur um die Interessen von Studierenden, sondern auch um die Interessen von 500.000 Hochschulbeschäftigten in Lehre, Forschung und Verwaltung.

Wir fordern diese gleichberechtigte Beteiligung auch deshalb, weil wir den internationalen Trend dahin gehend verzeichnen, dass das Hochschulstudium mehr und mehr zur Regelausbildung eines wachsenden Anteils eines Altersjahrgangs wird. Und wenn es selbstverständlich ist, dass in der beruflichen Bildung Gewerkschaften mitreden, wie Ausbildung gestaltet wird, dann sollten Gewerkschaften auch bei der Gestaltung der wissenschaftlichen Ausbildung an Hochschulen mitreden dürfen. Darum fordern wir eine gleichberechtigte Einbeziehung in die Bologna-Reform, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Zum Stichwort Bologna. Wenn man bei Google „Bologna“ eingibt, erfährt man erst einmal die jüngsten Ergebnisse des AC Bologna, einer bekannten Fußballmannschaft.

Vor noch zehn, zwölf Jahren dachte man bei Bologna vielleicht an die Sonne Italiens. Bologna, eine Stadt in Oberitalien, als La Rossa bekannt. Oder vielen von Euch fällt sicher die Pastasoße ein, zu der es gespaltene Meinungen gibt. Oder Spaghetti à la Bolognese. Daran dachte man vor zehn, zwölf Jahren ein, wenn das Stichwort Bologna fiel. Heute ist mit dem Namen dieser Stadt, die ja nichts dafür kann, etwas ganz anderes verbunden. Wir denken an überfrachtete Stundenpläne, mit denen Studierende strapaziert werden. Uns fällt ein – na ja, das ist vielleicht doch ein Bezug zur Bolognese – das Stichwort der Lernbulimie, das die Medien geprägt haben. Studierende müssen Wissen ganz schnell in sich hineinfressen, aber genau so schnell wieder rauslassen, damit das Nächste hinein kann.

Wir denken bei Bologna an Studienabbruchquoten, die in vielen Fächern gestiegen sind, anstatt zu fallen. Und wir denken – und das ist wirklich perfide, da ja Bologna für mehr Mobilität im europäischen Hochschulraum stand – an neue Mobilitätshürden. Man kann vielleicht heute leicht in Europa von einer Hochschule an die andere wechseln, aber von Berlin nach Potsdam wird es schwer. Es wird sogar schon schwer, wenn man von Berlin-Mitte nach Berlin-Dahlem wechseln möchte. Damit wird wirklich der Grundgedanke des Bologna-Prozesses ad absurdum geführt. (Beifall) Uns war aber 1999, als sich die Bildungsminister in Bologna versammelten, etwas ganz anderes versprochen worden: eine bessere Qualität von Lehre und Studium, bessere Berufschancen für junge Menschen, die Stärkung der sozialen Dimension im Sinne von Chancengleichheit im europäischen Hochschulraum.

Eines der Bologna-Kommuniqués gibt vor: Die Zusammensetzung der Studierenden an Hochschulen muss die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln: genau so viele Arbeiterkinder, genau so viele Migrantenkinder müssen an die Hochschulen kommen. Wir wissen – das ist hier schon mehrfach gesagt worden –: In Deutschland ist das Gegenteil der Fall. Und uns wurde versprochen, dass in einem System lebenslangen Lernens die Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung zur Hochschule verbessert wird. Darum haben sich die Gewerkschaften vor zehn Jahren zu diesen Zielen des Bologna-Prozesses bekannt, und wir tun das heute noch. Weil wir das tun, fordern wir aber jetzt einen radikalen Kurswechsel bei der Umsetzung dieser Bologna-Reform, weil diese Ziele verfehlt wurden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Oder anders formuliert: Nicht Bologna ist gescheitert, sondern Bonn; Bonn, die frühere Bundeshauptstadt, wo die Hochschulrektorenkonferenz ihren Sitz hat, die Kultusministerkonferenz ihren Sitz hat, das BMWF seinen Sitz hat. Bonn, der deutsche Weg der Umsetzung von Bologna, ist gescheitert, aber nicht die Ziele von Bologna.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben deswegen einen Initiativantrag vorgelegt, in dem wir umschreiben, wie ein solcher Kurswechsel aussehen sollte. Ich kann das aus Zeitgründen nicht alles vortragen. Es geht um den Abbau von Prüfungslasten. Es geht um eine bessere Ausstattung der Hochschulen. Es geht um die Erleichterung von Mobilität im deutschen Hochschulraum, aber auch im europäischen Hochschulraum. Es geht um die Verbesserung von Chancengleichheit. Es geht um klare Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Auch das ist ein wichtiger Aspekt.

Und es geht – diesen einen Aspekt möchte ich hervorheben – auch um die Frage: Wie können wir eigentlich die neuen Abschlüsse, die gerade entwickelt werden, attraktiver machen? Wie können sie überhaupt akzeptiert werden? Wir als Gewerkschaften sind der klaren Überzeugung: Man kann neue Abschlüsse, Bachelor und Master, nicht dadurch attraktiv machen, dass man das von oben dekretiert. Die Akzeptanz dieser Abschlüsse muss von unten wachsen. Die Studierenden müssen

überzeugt sein. Der Arbeitsmarkt muss sie akzeptieren. Und deswegen müssen die Studierenden ein Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie mit dem Bachelor genug gelernt haben und auf den Arbeitsmarkt gehen wollen. Deswegen fordern wir den freien und uneingeschränkten Zugang zu Masterstudien für alle Bachelor-Absolventinnen und Bachelor-Absolventen. (Starker Beifall)

Das übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen, war auch eine zentrale Forderung der Bildungsproteste, des Bildungsstreiks 2009. Wir dürfen die ganzen Debatten, die es gerade über Kurskorrekturen gibt, auch nicht vergessen. Und auch den Gipfel am Montag hätte es ja nicht gegeben, wenn die studierenden Schülerinnen und Schüler und auch Auszubildende nicht letztes Jahr auf die Straße gegangen wären. Zu Recht haben deswegen im letzten Jahr der DGB und viele Gewerkschaften, die im DGB zusammengeschlossen sind, die Bildungsproteste und – ich sage das bewusst – die Bildungsstreiks der jungen Menschen unterstützt: die Bildungsproteste der Studierenden, der Schülerinnen und Schüler, der Auszubildenden.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende, die Kollegin Sehrbrock, hat sich positiv auf die Bildungsstreiks bezogen. Die GEW hat frühzeitig auf ihrem Gewerkschaftstag die Unterstützung der Bildungsproteste beschlossen. Und 16 Landesverbände haben vor Ort mit Schülerinnen und Schülern, mit Studierenden zusammengearbeitet. Es war auch eine coole Idee, dass der Kollege Frank Bsirske gemeinsam mit Studierenden symbolisch eine Bank überfallen hat. (Heiterkeit) Das war eine gute Idee und hat gezeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Gewerkschaften an der Seite der Schülerinnen und Schüler, der Studierenden standen und die Bildungsstreiks unterstützt haben. Deswegen danke ich der Antragsberatungskommission für die erneute Überarbeitung ihrer Empfehlung, die nun vorsieht, dass die Unterstützung auch künftiger Bildungsstreiks durch den DGB heute beschlossen werden sollen; denn es gibt weiterhin Grund dafür, diese Proteste zu unterstützen.

Es gab in den letzten Monaten oder auch im letzten Jahr eine Diskussion im DGB: Dürfen eigentlich Studierende streiken? Oder dürfen das nur Industriearbeiterinnen und Industriearbeiter? Ich habe eine klare Auffassung dazu: Den arbeitsrechtlichen Streit darüber sollten wir den Professoren in diesem Fall mal ausnahmsweise im juristischen Seminar überlassen. Hier geht es ja um die politische Symbolkraft. Dass junge Menschen heute sich auf die Tradition der Arbeiterbewegung berufen und sagen, wir streiken, wir entziehen unsere Mitwirkung am Bildungssystem den Hochschulen, das ist doch eine gute Nachricht. Darauf sollten wir stolz sein, dass sich die jungen Leute auf unsere Traditionen berufen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist es richtig, dass es einen Bildungsstreik gibt. (Beifall)

Ich füge hinzu: Das war nicht immer so. Deswegen ist das so wichtig. Über Jahrhunderte standen doch die Studenten an der Seite der Herrschenden, ja sogar, wenn es sein musste, mit Waffengewalt. Ich erinnere an die blutige Geschichte der Studentenverbindungen, die immer gegen die Arbeiterklasse auf die Straße gingen und womöglich sogar Hand anlegten. Deswegen ist es ein gutes Signal, dass wir heute gemeinsam mit den Studierenden und mit den Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden für gleiche Interessen streiten.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich daher sagen: Es ist gut, dass Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, aber auch Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamte, Beamtinnen, Rentner gemeinsam mit Studierenden, Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden gemeinsam Seit an Seit für einen Kurswechsel im Bologna-Prozess streiten, für eine Kehrtwende in der Bildungspolitik, gegen Bildungs- und Sozialabbau, für gute Bildung und für gute Arbeit. – Vielen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Dankte, Andreas. – Wir wissen ja seit diesem Kongress, dass nicht nur der Kollege Bsirske bereit ist, die Banken zu besetzen, sondern auch die GdP unsere Unterstützung beim Besetzen der Banken bekundet hat. Insofern sehen wir das als positives Signal. (Heiterkeit)

Wir haben keine weitere Wortmeldung zum Bologna-Antrag vorliegen. Ihr kennt das Votum der Antragsberatungskommission. Über das lasse ich jetzt abstimmen. Wer mit dem Votum der Antragsberatungskommission zum Antrag I 001 „Neuer Kurs für Bologna“ einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig angenommen. (Beifall)

Ich rufe nun den Antrag C 003 auf mit dem Ergänzungsantrag Ä 009. – Petra, Du hast das Wort.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag C 003 „GUTE AUSBILDUNG“ des DGB-Bundesjugendausschusses unterstreicht unsere Forderung nach einem Grundrecht für Ausbildung für alle Menschen. Dabei geht es nicht nur um eine quantitative Versorgung der jungen Menschen mit Ausbildungsplätzen, es geht auch um die Qualität der Ausbildung. Der Antrag spricht sich aus für eine bessere Be-

rufsorientierung und Berufsvorbereitung der Jugendlichen. Er fordert eine bessere Qualifizierung in der Ausbildung und striktere Qualitätskontrollen der Unternehmen. Anstatt über die Jugendlichen zu lamentieren, sollten wir in unserer Gesellschaft endlich die Frage stellen: Wie viele Arbeitgeber sind eigentlich ausbildungswillig, und wie viele Betriebe sind eigentlich ausbildungsfähig? (Vereinzelt Beifall)

Um das Anliegen des Antrags Ä 009 zu berücksichtigen, haben wir von der Antragsberatungskommission unsere Empfehlung noch einmal geändert und machen damit deutlich, dass außerbetriebliche und vollzeitschulische Ausbildung, die es gibt, nicht in Konkurrenz zum dualen System treten dürfen. Wir empfehlen die Annahme des Antrags Ä 009 in geänderter Fassung. – Danke. (Vereinzelt Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Petra. – Zunächst haben sich die Antragsteller zu Wort gemeldet. Zum Antrag C 003 spricht zu uns Katy Hübner von der IG BCE mit der Delegiertennummer 48. Für den Antrag Ä 009 folgt ihr Jörg Grünefeld. – Katy, Du hast das Wort.

Katy Hübner
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Euch für den DGB-Bundesjugendausschuss unseren Antrag vorstellen. Wie schon gesagt, stellt Euch mein Kollege Jörg aus dem Bundesjugendausschuss anschließend den Antrag Ä 009 vor.

Ich möchte beginnen mit ein paar grundsätzlichen Anmerkungen zum dualen Berufsausbildungssystem in Deutschland; denn dieser Antrag beschäftigt sich explizit mit dualer Berufsausbildung. Das ist ein System, in dem wir es seit Jahrzehnten schaffen, dass junge Menschen ausgebildet werden in betrieblicher Realität. Sie lernen im betrieblichen Produktionsprozess, wie Problemlösung funktioniert. Sie lernen im betrieblichen Produktionsprozess, welche Bedeutung Kunden haben, welche Ideen zu welchen Produkten führen. Das ist für uns ein ganz entscheidender Faktor für die künftige Innovationskraft unserer Unternehmen. (Leichter Beifall)

Das duale System, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in seiner Grundausrichtung eigentlich ein offenes System. Es spielt keine Rolle, wie gut jemand in der Schule gewesen ist. Es spielt keine Rolle, ob jemand auf der Hauptschule, auf der Realschule oder auf dem Gymnasium war. Die Berufsbilder sind so konzipiert, dass jeder, der möchte, auch die Möglichkeit hat, einen Beruf zu erlernen. Ich glaube, das sollte man all denjenigen ins Stammbuch schreiben, die heute über vermeintlich fehlende Ausbildungsfähigkeit lamentieren. (Beifall) Auch wenn wir als Sozialpartner mit am Tisch sitzen, wenn Berufe neu konzipiert werden, achten wir immer darauf, dass sie wirklich so neugeordnet werden, dass jeder und jede in der Lage ist, diesen Beruf zu erlernen. Es stimmt eben nicht, dass Bankkaufmann oder Bankkauffrau nur ein Abiturient werden kann. Das ist Auslese von der schlimmsten Sorte, und das hat mit guter Ausbildung nichts zu tun. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir auf die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt, dann müssen wir feststellen: Auch wenn die Beteiligten des Ausbildungspakts einmal im Jahr in kollektiven Jubel ausbrechen, die Lage ist und bleibt verheerend. 1,5 Millionen Jugendliche zwischen 20 und 29 Jahren sind in unserem Land ohne Berufsausbildung. Seit Jahren fehlen jedes Jahr Hunderttausende betriebliche Ausbildungsplätze. Das sorgt am Ende dafür, dass in diesem System inzwischen mehr als 50 Prozent aller Bewerber, die jedes Jahr auf den Ausbildungsmarkt kommen, sogenannte Altbewerber sind und jedes Jahr wieder in Konkurrenz zu den aktuellen Schulabgängern treten. Diese Altbewerberinnen und Altbewerber, liebe Kolleginnen und Kollegen, tauchen erstaunlicherweise in keiner Statistik der Bundesagentur auf; denn sie werden geparkt in Warteschleifen und in Berufsgrundqualifizierungsmaßnahmen, und wenn sie da drin sind, werden sie nicht mehr als Bewerberin oder als Bewerber in der BA-Statistik geführt. Das ist eine Riesensauerei. Das ist Augenwischerei. Da rechnet man sich die Situation in der Realität einfach nur schön. Das darf nicht Anspruch von Politik sein. (Beifall)

Doch nicht nur aus quantitativer Sicht kommt das duale Berufsausbildungssystem unter Druck. Man muss schon fragen, und diese Frage wird immer häufiger gestellt: Wenn die Versorgungssicherheit mit betrieblichen Ausbildungsplätzen nicht mehr gegeben ist, ist dieses duale System dann wirklich zukunftsfähig, wenn es zu viele junge Menschen ausschließt und gar nicht reinlässt in Berufsausbildung? Nicht nur quantitativ kommen wir unter Druck, wir sind auch qualitativ enorm unter Druck gekommen. Das liegt zum einen daran – Paul Arzberger hat es gesagt zum Antrag C 001 –, dass Bildungsabschlüsse im europäischen Raum vergleichbar gemacht werden sollen und dass wir mit unserem dualen Berufsausbildungssystem durchaus eine kleine Sonderrolle in Europa haben.

Aber wir haben auch die Situation, dass immer mehr Unternehmen behaupten, Jugendliche wären nicht ausbildungsfähig und Jugendliche wären – ich sage es mal platt – zu dumm, um einen Beruf zu erlernen. Zugegeben, die Bewerberqualifikation hat sich in den letzten Jahren in der Tat verändert. Das stimmt. Rechenkompetenz, Textverständnis, Lesekompetenz –

all das hat sich verschoben. Aber wir wissen doch aus den Initiativen in unseren Branchen ganz genau, dass das nicht gleichzusetzen ist mit fehlender Ausbildungsfähigkeit. (Beifall)

Die Politik, Kolleginnen und Kollegen, hat auf diese Entwicklung eine relativ einfache Antwort gefunden. Da sagt man nämlich: Na ja, wer nicht so schlau – nein: wer praxisbegabt ist, der möge doch bitte einen Beruf mit zweijähriger Ausbildung erlernen. Mit anderen Worten: Jemand, der sich schwerer tut, sich Wissen anzueignen, der soll in kürzerer Zeit einen Beruf erlernen als jemand, der sich leichter damit tut. Das ist an Unsinnigkeit nicht mehr zu überbieten. (Beifall)

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, freue ich mich sehr, dass inzwischen wirklich alle Gewerkschaften Maßnahmen auf dem Weg haben, wie man den Einstieg in Berufsausbildung erleichtern kann, wie man Berufsvorbereitung so organisieren kann, dass sie im Betrieb in betrieblichen Prozessen stattfindet, damit die jungen Menschen sich orientieren können und eine Vorstellung davon bekommen, welcher Beruf ihnen eigentlich gefällt. Wenn wir so etwas flächendeckend ausbauen könnten, würden wir mit Sicherheit auch die Zahl der Ausbildungsabbrecher ernorm reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Druck auf dem dualen Ausbildungssystem ist groß – ich sprach davon –, aber wir als DGB-Jugend sind der Meinung, dass das duale Ausbildungssystem das System ist, das uns in die Zukunft führen wird. Dazu brauchen wir aber Reformen. Wir brauchen zum einen – und das ist wahrscheinlich der wichtigste Punkt, um Versorgungssicherheit herzustellen – mehr Unternehmen, die sich am System der dualen Berufsausbildung beteiligen. (Leichter Beifall) Im Moment bilden genau 24 Prozent aller Betriebe aus. Das ist ganz schön wenig. Dass sich trotz der klaren Perspektive des drohenden Fachkräftemangels eben nur diese 24 Prozent aller Unternehmen am Ausbildungssystem beteiligen, Kolleginnen und Kollegen, das ist weder nachvollziehbar noch zu akzeptieren. (Beifall)

Wenn wir also mehr betriebliche Ausbildungsplätze schaffen wollen, müssen wir an die 76 Prozent heran, die sich noch aus ihrer Verantwortung stehlen. Ihr wisst, die DGB-Jugend ist da mehrheitlich der Auffassung, dass die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsumlagefinanzierung eine gute Idee wäre. Ihr wisst auch, es gibt viele andere Initiativen, die auf dem Weg sind. Die IG BAU hat ein System entwickelt, um Ausbildungsplätze anzubieten, die IG Metall hat etwas auf dem Weg, die IG BCE hat den Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“, und die DGB-Jugend unterstützt ausdrücklich alle Initiativen, die zu einer qualitativen und quantitativen Steigerung des Ausbildungsplatzangebots führen.

Um die duale Ausbildung in die Zukunft zu führen, brauchen wir im System Durchlässigkeit nach oben. Es gibt ja dieses verrückte Beispiel: Ein Abiturient, der so wie ich in der 11. Klasse Chemie abgewählt hat, hat anschließend nach seinem Abitur die Möglichkeit, Chemie zu studieren. Dem Chemikanten, der sich drei Jahre mit dieser Ausbildung und dieser Materie beschäftigt hat, verweigern wir den Weg an die Hochschule, wenn er kein Abitur hat. Ich kann das nicht nachvollziehen. Ich glaube, der Chemikant wäre deutlich besser geeignet, Chemie zu studieren, als jeder Abiturient, der es so gemacht hat wie ich. (Beifall)

Gute Ausbildung, das bedeutet auch stabile Perspektiven nach Beendigung der Berufsausbildung. Und auch da bin ich froh, dass es in den Gewerkschaften viele, viele Vereinbarungen, Tarifverträge, Initiativen gibt, die das Thema Übernahme regeln. Es gibt nichts Schlimmeres für einen jungen Menschen, als wenn man ihm, nachdem er eine gute Abschlussprüfung gemacht hat, nachdem er sich wirklich drei, dreieinhalb Jahre intensiv auf die Arbeitswelt vorbereitet hat, dann sagt, wir brauchen dich trotzdem nicht, und wenn doch, dann vielleicht nur befristet oder in Leiharbeit. Ich habe heute Morgen darüber gesprochen, was das mit den Lebensperspektiven junger Menschen macht.

Kolleginnen und Kollegen, gute Ausbildung ist für die DGB-Jugend der Start in ein selbstbestimmtes Leben. Gute Ausbildung bedeutet für die DGB-Jugend die Sicherstellung der künftigen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen, denn nichts ist so viel wert wie das Potenzial in den Köpfen unserer Belegschaften. Gute Ausbildung braucht starke Gewerkschaften, denn die Einflussnahme der Sozialpartner im Rahmen der dualen Berufsausbildungspolitik sorgt dafür, dass unser Ausbildungssystem ganz nah an den Bedürfnissen und am Puls in den Betrieben ist. In diesem Sinne bitte ich Euch um Zustimmung zu dem Antrag der DGB-Jugend „Gute Ausbildung geht nur mit uns“. Glück auf. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Katy, vielen Dank. Wenn ich unsere DGB-Jugend höre, ist mir um unsere Zukunft nicht bange. (Beifall) Aber mein Appell wäre, den Anteil von neun Prozent deutlich zum nächsten DGB-Kongress zu erhöhen. Ich appelliere an alle Gewerkschaften. (Beifall)

Auf Katy folgt Jörg Grünefeld von ver.di, Delegiertennummer 301.

Jörg Grünefeld
Danke, Claudia, im doppelten Sinne. Ich möchte zu dem Abänderungsantrag Ä 009 reden. Er umfasst für mich zwei wesentliche Punkte. Da geht es zweimal um Klarstellungen und einmal um die außerbetriebliche Ausbildung. Das haben wir gerade in der Debatte über den C 001 gehört. Da wurde die schulische Ausbildung schon angesprochen von der Kollegin Odenwald.

Ich möchte das hier noch mal differenzieren. Zugegeben, das Feld ist nicht immer einfach zu überblicken, und es gibt nun auf dieser Welt auch alles, was es geben könnte. Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht gibt es gerechtfertigte außerbetriebliche Ausbildung. Da fällt mir sofort das Studium ein. Das ist in unserem Sinne ganz klar eine Ausbildung und auch vollkommen sinnig als Studium organisiert. Aber das betrifft auch ganz klar in unserem Organisationsbereich Berufe wie die Heilberufe, oder auch Krankenpflegerinnen, Krankenpfleger, die ganz klar nicht im originären dualen System ausgebildet werden, und das auch zu Recht.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch, aus der Begründung der Antragsberatungskommission zitiert, die außerbetriebliche Ausbildung, die es aus unserer Sicht nicht geben sollte. Da gibt es, um ein ganz konkretes Beispiel zu nennen, in Nürnberg eine Schule, die bildet Bürokaufmänner und Bürokauffrauen aus. Ich glaube, das ist ein klassischer Beruf, von dem Katy vorhin gesprochen hat, der seine Stärken dadurch erzielt, dass er in der konkreten betrieblichen Realität ausgebildet wird. Also im Betrieb.

Wenn wir sagen, wir haben zu wenig Ausbildungsplätze, dann hat Katy das Richtige gesagt, und auch unser Kollege von der NGG in der Debatte um C 001 hat das Richtige gesagt: Dann können wir doch jetzt nicht anfangen, die Betriebe aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Im Gegenteil, wir müssen sagen, für die Schaffung von Ausbildungsplätzen brauchen wir ein Grundrecht auf Ausbildung in der Verfassung, und die Betriebe müssen da ihre Verantwortung wahrnehmen. (Beifall)

Das ist alles, was ich zum Teil der außerbetrieblichen Ausbildung sagen möchte. Bei den Praktika wird es jetzt aus meiner Sicht noch differenzierter, denn was nennen wir heute nicht alles Praktikum. Was ist das eigentlich? Da gibt es ja von verdeckter Arbeitslosigkeit hin bis zu tatsächlich stattfindender Ausbildung eigentlich alles. Deswegen möchte ich da differenzieren und auch wieder mit konkreten Beispielen arbeiten, um herauszustellen, was wir nicht meinen, wenn wir sagen, wir wollen keine Praktika nach abgeschlossener Ausbildung.

Ich nehme wieder das Studium. Klassischer Fall: die Lehrerin, der Lehrer. Da gibt es nach dem Studium ein Referendariat, um den Übergang von der Uni an die Schule zu gewährleisten. Das ist ganz klar geregelt. Da gibt es Regelungen zur Vergütung, da gibt es Regelungen zu den Arbeitsbedingungen. Das wollen wir. Dasselbe gilt zum Beispiel für Volontariate. Das wollen wir. Und da hat die Antragsberatungskommission eine zweifellos richtige und sinnvolle Ergänzung gemacht. Es gibt auch viele Studiengänge, die innerhalb ihrer Studienordnung ein Praktikum vorsehen. Vor dem Studium, im Studium oder auch nach dem Studium. Auch das ist gerechtfertigt.

Aber was wir nicht wollen, ist nach einem Studium oder nach einer abgeschlossenen dualen Ausbildung ein Praktikum. Dort wollen wir geregelte Einarbeitung. Ich nehme mich selbst als Beispiel. (Vereinzelt Beifall) Ich habe, wie viele hier, einen Beruf gelernt, im Betrieb. Ich bin Sozialversicherungsfachangestellter. Ohne Frage, meine Ausbildung war schön und war auch gut. Ausdrücklich. Aber ich habe an meinem ersten Arbeitstag an meinem Arbeitsplatz gesessen und habe gesagt: Na ja, ist noch einmal etwas anderes als Ausbildung. Dann hatte ich zum Glück gute Kolleginnen und Kollegen um mich herum, die mir geholfen, die mich eingearbeitet haben.

Das ist in jedem Bereich erforderlich. Gerade bei Studienabsolventinnen, Studienabsolventen kommt ja der Praxisschock. Aber da brauchen wir doch ganz klar tariflich geregelte Einarbeitung, Trainee-Programme, wie wir das Kind auch nennen. Darum geht es. Es muss klar geregelte Arbeitsbedingungen und klar geregelte Entlohnung geben. Genau deswegen sagen wir, das ist für uns kein Praktika, und deswegen schließen wir das Praktika nach der abgeschlossenen Ausbildung aus. – Danke schön, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Lieber Jörg, vielen Dank. Dir folgt Stephanie Odenwald, GEW, Delegiertinnennummer 072. – Stephanie, Du hast das Wort.

Stephanie Odenwald
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können mit vielem übereinstimmen, was gesagt worden ist. Katy hat recht, die duale Ausbildung ist Gold wert. Die duale Ausbildung muss erhalten werden und wir müssen überall dafür eintreten, auch wenn es um den deutschen Qualifikationsrahmen geht. Ich war selbst bei diesen Verhandlungen mit dabei. Wir müssen dafür eintre-

ten, dass die duale Ausbildung, die berufliche Ausbildung in Deutschland eine hohe Anerkennung findet auch in dieser Einstufung.

Wir müssen auch die Betriebe verpflichten, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Man kann froh sein über jeden Tarifvertrag, der es erreicht, dass mehr Auszubildende eingestellt werden. Die Unternehmer müssen in die Pflicht genommen werden.

In der Petition „Grundrechte/Ausbildung" steht auch, dass die Unternehmen zu einer Ausbildungsumlage verpflichtet werden sollen. Dem kann ich zustimmen; das finde ich absolut notwendig. Wir haben nur das Problem: Wir haben 500.000 Jugendliche in Warteschleifen, 500.000! Dafür werden ungefähr 6 Milliarden Euro ausgegeben. Wir haben die Schnauze voll, diese Jugendlichen in Warteschleifen verschwinden zu lassen. (Beifall) Wir wollen, dass dieses Geld sinnvoller ausgegeben wird für voll qualifizierende Ausbildung.

Ich nenne jetzt mal ein paar Zahlen: Zurzeit sind in den Berufsschulen bundesweit ungefähr 45 Prozent im dualen System. 39 Prozent sind in Warteschleifen. 16 Prozent der Jugendlichen werden in voll qualifizierenden Schulen ausgebildet, entweder nach dem Berufsbildungsgesetz oder auch außerhalb des Berufsbildungsgesetzes. Was würde jetzt passieren, wenn man für diese jungen Leute, die heute in dieser Situation keinen Ausbildungsplatz finden, weiter keine voll qualifizierende Ausbildung anbieten kann? Die verschwinden erst einmal wieder in Warteschleifen. Das wollen wir nicht mehr hinnehmen. (Beifall)

Deswegen halte ich es für richtig, zu sagen: Wenn die Ausbildungsplätze im dualen System nicht ausreichen, muss die gesellschaftliche Verantwortung her, allen Jugendlichen eine Ausbildung anzubieten. Dafür muss der Staat auch geradestehen. (Beifall) Ich finde, wir dürfen die Ausbildung von jungen Menschen nicht den wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen, nicht der Konjunktur überlassen. Da muss eine Garantie her, dass alle eine Ausbildung bekommen. Solange die Ausbildungsplätze im dualen System nicht ausreichen, muss man eine andere Lösung finden. Da gibt es ja viele Bemühungen. Das Hamburger Modell habe ich vorhin schon erwähnt. Das kostet auch Anstrengungen und Arbeit, dass zum Beispiel bei Schulen und bei Trägern eine gute Ausbildung angeboten wird. Meines Erachtens müsste dieser Kongress es unterstützen, dass für alle Jugendlichen auch auf diesem Wege eine Ausbildung möglich ist. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Stefanie. Dir folgt Regina Görner, IG Metall, Delegiertinnennummer 193. Regina, Du hast das Wort.

Regina Görner
Hallo, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. In den Antrag hat der Bundesjugendausschuss geschrieben: Unser Ziel bleibt eine gesetzliche Ausbildungsumlage. Dazu kann ich nur sagen: Recht so, obwohl mich viele Leute immer mal wieder darauf ansprechen: Ist das nicht eine olle Kamelle? Könnt Ihr Euch nicht mal was Besseres einfallen lassen? Ich sage Euch, wir brauchen eine Ausbildungsplatzumlage, und wir brauchen sie heute dringender denn je. (Beifall)

Ich will Euch wenigstens ein Argument dafür nennen. Es hat sich in den letzten Jahren ja Entscheidendes verändert in den Unternehmen. Der Weg weg von den Kernbelegschaften, von den Stammbelegschaften, der Abbau dieser Stammbelegschaften und der Ausbau dieser immer weiter ausufernden Randbelegschaften führt natürlich auch zu entscheidenden Veränderungen in der Ausbildung, im Qualifikationssystem. Wenn Unternehmen ihren Bedarf nur noch danach bestimmen, ob sie für ihre Stammbelegschaft ausbilden, dann haben wir die Situation, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, dass die Zahl der Ausbildungsplätze immer weiter zurückgeht. Das ist nämlich der wesentliche Grund dafür, dass wir uns über die Ausbildungsplatzsituation Gedanken machen müssen.

Wenn wir inzwischen die Situation haben, dass ein immer größerer Teil der Menschen nicht mehr in den Unternehmen selbst ausgebildet wird und auch nicht mehr in dem Unternehmen selbst beschäftigt ist, sondern beispielsweise über Leiharbeit da reinkommt, dann stellt sich doch die Frage: Wer sorgt eigentlich dafür, dass wir die Fachkraftqualifikation, die hier in den letzten Tagen von allen Seiten einschließlich der Politikerinnen und Politiker ganz großgeschrieben worden ist, vorfinden? Ich sage, das kann man überhaupt nur lösen, wenn man ein vernünftiges Umlagesystem innerhalb der Wirtschaft etabliert, in dem alle, die von Fachkraft profitieren wollen, auch dafür sorgen, dass Fachkraft erzeugt werden kann. Ich sage es jetzt mal so nüchtern. (Beifall)

Ich war vor knapp 14 Tagen bei einem Arbeitgeberverband der Leiharbeit. Die haben inzwischen ja vollmundig erklärt, auch in dem Tarifvertrag, den sie mit dem DGB abgeschlossen haben, sie wollten sich jetzt um die Frage der Qualifizierung kümmern. Aber, Kolleginnen und Kollegen, die Lösung kann ja nicht sein, dass wir in Zukunft in der Leiharbeit sozusagen eigene Ausbildungsplätze anbieten. Das mag ja vielleicht für ein paar Verwaltungskräfte möglich sein, aber wir brauchen doch qua-

lifizierte Facharbeiter in den Industrieberufen und so weiter. Die können wir nur ausbilden bei den Entleihunternehmen und nicht bei den Verleihern. (Beifall)

Wenn man das machen will, dann muss man auf jeden Fall irgendein Ausgleichssystem zwischen den Verleihern und den Entleihern hinkriegen. Ich habe denen gesagt: Fangt doch bitte bei diesem Punkt schon mal an und sorgt dafür, dass wir hier ein vernünftiges System bekommen. Ich bitte Euch sehr um Unterstützung, dass Ihr jeweils in den Bereichen, in denen Ihr Einfluss auf diese Debatte habt, versucht, das mit voranzubringen, damit wir endlich mal ein Stück weiterkommen. Ich fürchte, dass uns das an der Frage, dass wir auch eine gesetzliche Umlage brauchen, nicht vorbeibringen wird. Aber wir nehmen uns jetzt ein Stückchen, das wir vielleicht kriegen können. Ich bin sehr dafür, dass wir uns das in der nächsten Zeit auf die Brust nehmen. Ich bitte auch eindringlich diejenigen darum, die immer sagen „Ach, dieser alter Quatsch". Es ist kein alter Quatsch. Wir brauchen die Umlagefinanzierung mehr denn je. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, lasst mich wenigstens noch eine kurze Bemerkung zu dieser Ausnahmeregelung zu den Gesundheitsberufen machen, die in dem Antrag formuliert worden ist. Ich war ja mal eine gewisse Zeit dafür zuständig, auch die Verantwortung für die Gesundheitsberufe als Gesetzgeber mitzutragen. Ich weiß ja, dass es ganz bestimmte Sonderregelungen im Gesundheitswesen gibt, die es erforderlich machen, dass man dafür gesetzliche Grundlagen hat. Aber ich sage mal, ich glaube, dass ein Großteil dieser Schulen von der dualen Berufsausbildung in den normalen Industriebetrieben eine Menge lernen könnte. Ich bin dafür, dass genau das gemacht wird. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Regina, vielen Dank. Als Nächste hat Wiebke Koerlin von ver.di das Wort, Delegiertinnennummer 324. Wiebke, Du hast das Wort.

Wiebke Koerlin
Danke, Claudia. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist immer wieder spannend, zu was man sich angeregt fühlt zu diskutieren. Die Diskussion über diesen Antrag, den Abänderungsantrag und auch die gespürte Unzufriedenheit bei Teilen der Jugend hat mich jetzt doch veranlasst, dazu noch etwas zu sagen. Ich möchte vorwegstellen, dass ich fünf Jahre lang Ausbildungsleiterin einer mittelgroßen Universität war, in Mainz, und zuständig war für die Ausbildungsverhältnisse von 150 Auszubildenden in, glaube ich, 25 Berufen. Eine Universität hat ja nicht nur Forschung, Lehre und Studium, sondern da gibt es Gärtnerinnen und Chemikanten und Laborantinnen und so weiter.

Ich glaube auch, es ist auf diesem Kongress hier komplett unstrittig, dass Ausbildung eine Auflage und Verpflichtung der Wirtschaft ist; fertig, aus. Von mir aus kann gerne dieses alte Gesetz wieder aus der Schublade geholt werden, das Ausbildungsplatzabgabegesetz, hieß es, glaube ich. Es war von einem Minister einer rot-grünen Regierung gemacht worden. Ich weiß gar nicht, ob der Herr Clement – Minister ist er auf jeden Fall nicht mehr – überhaupt noch in dieser Partei ist. Es war damals der Versuch, die Wirtschaft dazu zu zwingen. Darüber sollten wir nachdenken, wie wir die Wirtschaft vielleicht wieder zwingen – das ist natürlich immer auch eine Frage der Machtverhältnisse –, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das ist ganz klar.

Das ganze Gerede, das von Katy angesprochen wurde über die Unfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, ist ganz ärgerlich. Das geht ja nicht nur gegen die Jugendlichen, es geht ja gegen unser ganzes Schulsystem, als würde da nicht mehr genügend Gutes produziert werden. Das löst ja insgesamt Assoziationen aus, die völlig untauglich sind, wenn man in diesem Bildungsbereich etwas macht.

Die berufliche Bildung als betriebliche Ausbildung ist für mich als Regelausbildung ganz klar. Aber auch von mir sehr stark das Plädoyer, daran zu denken, dass es auch andere Wege gibt und dass diese Welt ziemlich bunt ist. Mein Arbeitgeber war auch Praktikumsgeber für die nicht betriebliche Ausbildung, also für außerbetriebliche Ausbildung, für diese Maßnahmen zum Teil nach dem SGB II. Das waren zum Teil auch Wiedereinsteigerinnen. Das waren zum Teil Soldaten nach langer Verpflichtung bei der Bundeswehr.

Ich will damit sagen, dass nicht betriebliche Ausbildung zum Teil eine Antwort auf bestimmte persönliche Umstände ist. Deshalb sollte sie nicht die Regel sein – das ist klar –, aber möglich sein in diesem Lande.

Das gilt dann auch für die vollzeitschulische Ausbildung. Das ist nicht das Gleiche. Das ist die Regel für eine Reihe von Berufen – das ist eben schon gesagt worden –, die immer so organisiert waren mit Anerkennungsjahren. Entscheidend ist, dass die betrieblichen Zeiten tariflich geregelt sind.

Schließlich noch einen Satz zu den Praktika. Ich finde, auch bei den Praktika ist es relativ einfach, eine Lösung zu finden: Die müssen bezahlt werden, dann hören die nämlich auf mit diesen seltsamen Praktika am Ende einer Berufsausbildung. (Beifall) Wir haben ja Tarifverträge für Praktika. Manchmal gelingt das ja, nämlich dort, wo sie als Regel irgendwie in die Ausbildung integriert sind. Deshalb die Forderung: wenn schon Praktika, dann eine ordentliche Bezahlung und eine ordentliche Praktikumsordnung. Dann ist es nämlich nicht unbezahlte Arbeit. – Danke. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Wiebke. – Dir folgt Bernd Hampel, ver.di, Delegiertennummer 304. Bernd, Du hast das Wort.

Bernd Hampel
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorhin stand kurz die Frage im Raum: Was will die Jugend denn eigentlich? Dieser ganze Kongress, dieses „Parlament der Arbeit“, ist mit sehr vielen Anträgen geschmückt. Wir sind im Vorfeld gefragt worden, warum wir immer so aggressiv bei diesem Thema sind, auch in den Vorbesprechungen. Es gibt für die Jugend einige ganz zentrale Themen. Ein ganz wichtiges Signal für uns als Jugend muss sein, dass auch in der Antragslage des DGB klar wird: Wir bekennen uns zu einem auswahlfähigen Angebot, das die Wirtschaft zur Verfügung zu stellen hat, und wir bekennen uns ganz klar zum dualen System.

Zu diesem Thema gab es bei uns in der ver.di-Vorbesprechung eine relativ heftige Diskussion. Wir sind der Meinung, dass wir kein Signal gebrauchen können, das auch nur in Teilaspekten dieses Bekenntnis aufweicht. (Beifall) Sowohl das, was die Antragsberatungskommission ursprünglich vorgeschlagen hat, als auch das, was beispielsweise die Kollegin von der GEW vorgeschlagen und gesagt hat, ist ein solches Signal. Das heißt, dass man dieses klare Bekenntnis zu einem auswahlfähigen Angebot und vor allen Dingen das klare Bekenntnis zum dualen System aufweicht.

Ich möchte folgendes Argument vortragen und gleichzeitig die Begründung der Antragsberatungskommission entkräften. Im ursprünglichen Vorschlag der Antragsberatungskommission steht – ich fasse das einmal in meinen Worten zusammen –, dass außerbetriebliche vollzeitschulische Ausbildung ja nicht das duale System ersetzen soll – das ist auch in den Redebeiträgen deutlich geworden –, sondern es nur in denjenigen Bereichen ergänzen soll, in denen nicht ausreichend viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

Da ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Das ist ja Quatsch. Ich verweise auf eine Studie von Professor Stender, der 2006 und dann nochmals 2008 genau zu dieser Frage geforscht und klar nachgewiesen hat, dass genau in den Bereichen – vorhin ist Nürnberg genannt worden; Nürnberg ist ein solcher Bereich –, in denen es eine vollzeitschulische Ausbildung gibt, beispielsweise eine kaufmännische vollzeitschulische Ausbildung, die Ausbildung im dualen System deutlich zurückgeht. (Beifall) Ich brauche kein Professor der Wirtschaftspädagogik zu sein, um zu wissen, dass man als Betrieb, wenn es eine solche Schule mit 150, 200 oder 300 jungen Leuten gibt, die als Kaufleute ausgebildet werden, noch während der Ausbildung ein Praktikum anbietet. Dann werden diese jungen Leute übernommen, sodass man die kompletten Kosten für die Ausbildung spart.

Ich möchte noch etwas zur Qualität sagen; da muss man objektiv sein. Die Qualität dieser schulischen Ausbildung ist gut, sogar sehr gut. Die Absolventen schneiden in den IHK-Abschlussprüfungen super ab. Es sagt ja auch niemand, dass dort schlecht ausgebildet wird. Es geht nur um Grundsatzfragen: Wer bezahlt die Ausbildung? Wo und wie ist die Ausbildung organisiert?

Es muss von diesem Kongress die klare Botschaft ausgehen: Ziel muss eine betriebliche Ausbildung im dualen System sein, ohne Wenn und Aber. (Beifall)

Weil wir wissen, dass es Befindlichkeiten gibt und immer gesagt wird, man habe ja schon eine schulische Ausbildung, haben wir einen Änderungsantrag geschrieben, den wir zunächst gar nicht schreiben wollten, weil wir die Ursprungsfassung am besten finden. Aber nun haben wir einen Änderungsantrag geschrieben. Er ist aus unserer Sicht schon ein Kompromiss. Deshalb wollen wir, dass der Antrag C 003 mit dem Änderungsantrag Ä 009 in seiner ursprünglichen Fassung, so wie wir das geschrieben und gewollt haben, angenommen wird. Wir bitten das Parlament der Arbeit um seine Unterstützung. Das würde uns in unserer Arbeit sehr helfen. Das ist extrem wichtig für uns und unsere Arbeit. Das ist einer der zentralen Punkte der Jugend. Bitte unterstützt uns in diesem Kampf. – Danke. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Ich hoffe, dass die Antragsberatungskommission das Signal der Jugend vernommen und uns gleich Neues zu berichten hat. (Beifall)

Das Wort hat nun Ulrich Thöne von der GEW, Delegiertennummer 068. Ulrich, Du hast das Wort.

Ulrich Thöne
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sollten jetzt mal ein bisschen Dampf rausnehmen, weil wir uns klar darüber sein müssen, worüber wir uns eigentlich streiten. Es ist vollkommen klar, dass wir uns als Gewerkschaften einig sind: Wir sind für die Verwirklichung des Rechts auf Ausbildung für jede und jeden in diesem Land. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei. Dafür haben wir ein Instrument, wenn es so jetzt nicht klappt, nämlich das Instrument der Ausbildungsumlage. Ich frage einmal in den Raum, ob wir uns in der Vergangenheit mit derselben Hartnäckigkeit, mit der hier verbal gestritten wird, dafür eingesetzt haben – so stand es beispielsweise in der Petition –, dass diese Ausbildungsplatzabgabe für jeden Betrieb, der nicht ausbildet, verbindlich ist. Das sind 76 Prozent. Die müssen wir kriegen; darum geht es. Da gibt es nichts auszuweichen, nichts auseinanderzudividieren. Dies ist ein klarer Punkt.

Alles, was diese Lücke kleiner macht, ist toll, ist klasse, ist prima. Alles, was wir in Richtung Ausbildungsplatzumlage erreichen, ist doll, ist prima. Da müssen wir uns gemeinsam verabreden, etwas zu tun. Was allerdings nicht passieren darf – und dafür erheben wir unsere Stimme –, ist, wie das in den letzten Jahren geschehen ist, dass Jahr für Jahr Zigtausende Jugendliche in eine nicht mehr kontrollierte, undurchsichtige Situation hineingeraten, Stichwort Übergangsmarkt. Das darf nicht sein. Es muss jedem eine Möglichkeit geboten werden. Das ist der springende Punkt.

Ist das schon Aufweichen? Das ist eben von meinem Vorredner gesagt worden. Ich frage: Was sagt man dem Jugendlichen, der sich in diesem Wartestand befindet? Da werden wir klarkommen müssen. Wir dürfen bei der Ausbildungsplatzumlage keinen Millimeter zurückweichen. Das ist sofort meine Position. Ich fordere das mit ein. Ich beklage, dass wir in den letzten Jahren als gesamte Gewerkschaftsbewegung in dieser Beziehung nicht hartnäckig genug gewesen sind.

Der nächste Schritt ist: Es muss eine Chance für diejenigen geben, die in der Zeit des Kampfes außen vor bleiben. Wir können sie nicht einfach außen vor lassen. Ich bin für die Formulierung, dass die vollzeitschulische Ausbildung das duale System ergänzt, zu diesem aber nicht in Konkurrenz treten darf.

Wenn wir das und jede Chance an der Stelle wegnehmen, dann ist es eine dumme Absage für alle diejenigen, die jetzt über diesen Weg noch eine berufliche Ausbildung suchen und eine Chance hätten, sich zu qualifizieren. (Lebhafter Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke Ulrich. – Die Antragsberatungskommission hat um fünf Minuten Beratungszeit gebeten. (Unruhe)

(Kurze Unterbrechung des Kongresses)

Zu Eurer Information: Wir beabsichtigen, den Antragsblock C heute noch zu Ende zu bringen, bevor wir den Kongress für heute Abend unterbrechen.

Vielleicht schon jetzt noch ein Hinweis für Euch zu morgen früh. Die Zimmer sollten bitte bis 12 Uhr geräumt werden. Es werden Kofferlager eingerichtet im Übergang zwischen Hotel und Kongressbereich im Foyer des Estrel-Saales.

Eine Frage an die Antragsberatungskommission: Seid Ihr so weit? – Nein, dann warten wir noch etwas.

(Anhaltende Unterbrechung des Kongresses)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmt wieder Platz. Wir scheinen einen Kompromiss gefunden zu haben, mit dem die Jugend und die Antragsberatungskommission leben können. (Leichter Beifall) Ich bitte Petra von der Antragsberatungskommission, uns den gefundenen Kompromiss zu erläutern.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Es ist ein Kompromiss, bei dem alle ein wenig Federn lassen.

Nehmt bitte den ursprünglichen Antrag C 003 zur Hand. In dem ursprünglichen Antrag C 003 streicht Ihr bitte wieder die von der Antragsberatungskommission empfohlene Ergänzung der Zeile 88; die ziehen wir zurück. Die Ergänzung in Zeile 212

zu den Praktika wird ergänzt, die heißt dann: „Ausnahmen sind ordentlich vergütete Praktika, die integraler Bestandteil einer Ausbildung sind."

Damit ist für uns – und ich glaube auch als Kompromiss – der Ä 009 erledigt. Dies ist unser Vorschlag. – Danke. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Dieser Kompromiss ist mit der Jugend abgestimmt, die Jugend trägt ihn mit. Ich bitte Euch deshalb um Euer Kartenzeichen für den veränderten Antrag in der jetzt gerade vorgestellten Form. Wer das mittragen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen so angenommen.

Ich danke Euch für Eure Geduld und allen Beteiligten für den gefundenen Kompromiss. (Beifall)

Wir fahren fort in der Antragsberatung mit dem Antrag C 004. Ich bitte Petra um das Wort.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Das Anliegen des Antrags C 004 „Kontrolle der Ausbildung verbessern" des DGB-Bezirksvorstands Nord ist unserer Meinung nach weitgehend in dem Antrag C 003 aufgegriffen. Deswegen empfehlen wir Annahme als Material zum C 003.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wenn Ihr mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission einverstanden seid, bitte ich Euch um Euer Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so angenommen.

Wir fahren fort mit dem Antrag C 005. Petra, Du hast das Wort.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Bei dem Antrag C 005 „Ausbildungsbeginn = Berufsschulbeginn" fordert die DGB-Jugend eine bessere rechtliche Absicherung der Auszubildenden.

Abhängig vom Ende von Schulferien sind Auszubildende gezwungen, die Berufsschule bereits vor dem Beginn der Ausbildung zu besuchen. Dieser Besuch erfolgt privat und ohne Versicherungsschutz durch den Arbeitgeber. Dies wollen wir ändern. Wir empfehlen Annahme.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Hierzu liegt mir keine Wortmeldung vor. Wenn Ihr der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen könnt, dann bitte ich Euch um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig so angenommen.

Es folgt der Antrag C 006. Petra, Du hast das Wort.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Die Mitbestimmung in der Beruflichen Bildung steht und fällt mit der Mitarbeit der ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen. Der Antrag C 006 „Ohne Prüfer/-innen – keine duale Berufsausbildung" der DGB-Jugend fordert bessere Gewinnungs- und Qualifizierungsbedingungen für diese Ausschussmitglieder. Zudem sollen DGB und die Mitgliedsgewerkschaften weiterhin diese Kolleginnen und Kollegen betreuen. Wir empfehlen Annahme.
Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Auch zu diesem Antrag liegt mir keine Wortmeldung vor. Wenn Ihr der Empfehlung folgen könnt, bitte ich Euch um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Es folgt der Antrag C 007. Petra, Du hast das Wort.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag C 007 „Betreuung und Qualifizierung von Prüfenden durch den DGB sichern" vertritt ein ähnliches Anliegen wie der Antrag C 006. Der DGB wird hier aufgefordert, das bereits 2008 ausgelaufene BMBF-geförderte Prüferprojekt wieder aufzugreifen. Diese Forderung hat unserer Ansicht nach direkte Auswirkung auf bereits laufende Projekte der Mitgliedsgewerkschaften. Deshalb empfehlen wir Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Auch zu diesem Antrag liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wenn Ihr der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen wollt, dann bitte ich Euch um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann seid Ihr der Antragsberatungskommission in der Empfehlung gefolgt.

Ich rufe auf den Antrag C 010. Petra, Du hast das Wort.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag C 010 „Förderung der Hans-Böckler-Stiftung“ des DGB-Bundesjugendausschusses setzt sich dafür ein, dass die Stiftung den ehrenamtlich engagierten Stipendiaten eine Vollförderung über die Regelstudienzeit hinaus gewährt. Dazu müsste allerdings die Bundesregierung die Richtlinien für die Begabtenförderungswerke ändern. Deshalb empfehlen wir Annahme in geänderter Fassung von Antrag C 010, wodurch wir dann genau diese Überarbeitung der Bundesrichtlinie fordern.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Auch hierzu liegt mir keine Wortmeldung vor. Wenn Ihr der Empfehlung folgen könnt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so angenommen.

Zum Antrag C 011 liegen mir bisher drei Wortmeldungen vor. Petra, Du hast das Wort. Der C 011 wird verknüpft mit dem Antrag Ä 002.

Petra Grundmann, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag C 011 und der Abänderungsantrag Ä 002 „Für mehr Qualität in der Bildung und Betreuung von Kindern und für eine Aufwertung des Berufsfeldes“ des DGB-Bundesfrauenausschusses sprechen sich für grundsätzliche Verbesserungen in der frühkindlichen Bildung aus. Neben der Absicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr stehen eine bessere personelle Ausstattung der Tageseinrichtungen für Kinder, eine bessere Bezahlung des Personals sowie eine strikte Ablehnung der Kommerzialisierung der Kitas im Mittelpunkt.

Die Fassung des Ä 002 stellt eine Präzisierung und Aktualisierung dar, die wir in der vorgelegten Form voll übernehmen. Die unterschiedlichen Antragsteller haben sich noch einmal zusammengesetzt und gebeten, zwei weitere Änderungen im Antrag aufzunehmen. Da es sich um sehr kleine Änderungen handelt, trage ich Sie Euch mündlich vor.

In Zeile 60 erfolgt folgende Ergänzung: „und wird deshalb die Novellierung von Kita-Gesetzen in den Ländern kritisch begleiten.“ Der gesamte Satz lautet dann: „Der DGB bezweifelt, dass Qualitäts- und Sozialstandards in Kindertagesstätten über Marktmechanismus geregelt und gesichert werden können und wird deshalb die Novellierung von Kita-Gesetzen in den Ländern kritisch begleiten.“

Die zweite Änderung betrifft Zeile 88. Hier lautet der Spiegelstrich: „– mehr individuelle Förderung von Kindern“. Dieser Spiegelstrich soll ergänzt werden und wie folgt lauten: „– mehr Bildung und individuelle Förderung von Kindern“.

Wir empfehlen die Annahme des so geänderten Ä 002. – Vielen Dank.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Petra. – Ihr habt die Empfehlungen der Antragsberatungskommission gehört. Mir liegen bisher drei Wortmeldungen vor. Zunächst spricht Frauke Gützkow von der GEW, Bundesfrauenausschuss, Teilnehmernummer 102. – Frauke, Du hast das Wort.

Frauke Gützkow
Danke, Claudia. Danke, Petra, für die Einführung in das Thema. – Nachdem es heute Nachmittag in den C-Anträgen um gute Bildung allgemein und um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die Auszubildenden und Studierenden ging, geht es jetzt um die ganz Kleinen. Natürlich geht es uns in dem Antrag „Für mehr Qualität in der Bildung und Betreuung von Kindern und für eine Aufwertung des Berufsfeldes“ auch um das zentrale Gewerkschaftsthema „Gute Arbeit“. Und ähnlich wie die Kolleginnen und Kollegen von Westerwelle finden wir, dass in Kitas „mehr ist fair“ gelten sollte, und dafür setzen wir uns auch ein. Kern des Antrags ist jedoch eine Qualitätsoffensive in der Kindertagespflege.

Der Begriff Kindertagespflege ist etwas irreführend. Es geht nicht um die Pflege oder die Verwahrung, sondern um Betreuung und Bildung. Das ist unser Kern, wenn wir von einer Qualitätsoffensive sprechen, und im Sinne dieser Qualitätsoffensive fordern wir Euch auf: Setzt Euch mit uns für eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ein. Wir brau-

chen mehr Studiengänge „Bildung in der frühen Kindheit“. Macht Euch stark dafür, dass die Landesregierungen privatgewerblichen Trägern nicht Tür und Tor öffnen. Gute Bildung gehört in öffentliche Verantwortung und ist kein Betätigungsfeld für Profitgeier. Setzt Euch mit uns dafür ein, dass es verbindliche Standards auch für die Tagesmütter gibt. Kinder brauchen Qualität in der Betreuung und Bildung, und auch Tagesmütter oder Tagespflegepersonen als Beschäftigte brauchen eine Absicherung ihrer Arbeit.

Als wir den Antrag im Rahmen der Bundesfrauenkonferenz im Januar dieses Jahres beraten haben, ging es uns mehr um die Qualität und nicht so sehr um die Quantität des Ausbaus in der Kindertagespflege.

Kolleginnen und Kollegen, das Thema hat an Brisanz gewonnen. Roland Koch wurde hier schon verschiedentlich zitiert. Er will die Haushaltslöcher, die sich wegen der Krisenprogramme auftun, auf Kosten der Kleinsten stopfen. Wir finden, es ist ein Skandal, dass der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte infrage gestellt wird. Kochs Vorstoß ist aber auch eine Unverschämtheit gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die sich tagtäglich für Bildung und Erziehung in der Kindertagespflege und in Kindertagesstätten einsetzen.

Kolleginnen und Kollegen, das lassen wir uns nicht bieten. Ich bitte Euch deshalb um Eure Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Frauke. – Als Nächster hat Norbert Hocke von der GEW, Teilnehmernummer 71, das Wort. Bitte, Norbert.

Norbert Hocke
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Inhalte der Anträge C 011 und Ä 002 haben in diesen Tagen eine unrühmliche Aktualität erlangt. Frauke sagte es bereits: Der hessische Ministerpräsident Koch, seine konservativen Mitstreiter Mappus, Baden-Württemberg, Tillich, Sachsen, sowie der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion versuchen nicht nur, die Realisierung des vereinbarten Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz zu verhindern. Das wäre alleine genommen schon schlimm genug. Diese konservative Viererbande will aber gleichzeitig die alte konservative und bildungsfeindliche Familienpolitik hoffähig machen. Das werden wir nicht zulassen. (Vereinzelt Beifall)

Der gesellschaftliche Konsens für Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an stellt keinen Gegensatz zu einer guten Familienpolitik dar – ganz im Gegenteil. Wir Gewerkschaften haben dafür gekämpft, dass der Rechtsanspruch für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr Wirklichkeit wird. Mit den Tarifverträgen zu familiengerechten Arbeitszeiten unterstützen wir die Familien. Deshalb stehen wir hinter dem Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr. Er ist notwendig. Er ist ohne Wenn und Aber bis 2013 umzusetzen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Frau Ministerin Schröder, nutzen Sie unsere Unterstützung! Zeigen Sie Ihrem hessischen CDU-Landesvorsitzenden, dass Sie in dieser Frage die Politik von Ursula von der Leyen, Christine Bergmann und Renate Schmidt fortsetzen! Knicken Sie nicht ein! Stehen Sie hinter dem Rechtsanspruch! (Beifall)

Der Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, zielt aber nicht nur auf den quantitativen Ausbau ab, sondern auch auf ein Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung und in öffentlicher und freier Trägerschaft. Wir lehnen die privatgewerblichen Kitas ab. Übrigens gilt dies auch für Schulen und Hochschulen, welche wir als privatgewerbliche Einrichtungen ebenfalls ablehnen. (Vereinzelt Beifall)

Dieser Antrag geht im Übrigen auch auf die Tagespflege ein. Kolleginnen und Kollegen, wer den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erfüllen will, kann dies nur – und bis 2013 sollen circa 750.000 Plätze geschaffen werden; so lautet der Vorschlag der Bundesregierung – mit 30 Prozent an Tagesmüttern und Tagesvätern schaffen. Bisher sieht es aber so aus, dass wir in diesem Bereich auf Scheinselbstständigkeit, prekär Beschäftigte und Stundenlöhne von 3 bis 5,98 Euro stoßen. Dies widerspricht einer qualitativ guten Bildung, Erziehung und Betreuung.

Frau Bundeskanzlerin Merkel und Frau von der Leyen haben erklärt, wie sie mit der Frage der Tagesmütter umgehen und arbeitslosen und alleinerziehenden Müttern und Vätern helfen wollen. So wird es aber nicht gelingen: Drei arbeitlose alleinerziehende Mütter gehen zum Jobcenter. Eine davon soll als Tagesmutter die Kinder der anderen beiden betreuen, und die zwei anderen werden in Umschulungsmaßnahmen gesteckt. – Damit sind drei Frauen von der Arbeitslosenstatistik gestrichen. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Weg, den wir als Gewerkschaften nicht mitgehen werden. (Beifall) Nein, so wird es nicht zur Umsetzung des Rechtsanspruches kommen.

Mit dem Antrag unterstützen wir die Arbeit der circa 450.000 Beschäftigten in den Tageseinrichtungen für Kinder. Sie haben in den letzten Jahren in den Kitas eine hervorragende Arbeit geleistet, und der ihnen zugedachte eigenständige Bildungsauftrag wurde durch sie umgesetzt. Deshalb müssen nun die qualitativen Verbesserungen am Arbeitsplatz erfolgen. „Gute Arbeit“ – so haben wir es vorhin in einem Antrag beschlossen, und wir haben es zusammen mit ver.di auch in einem erweiterten Index noch einmal genau aufgearbeitet – muss nun folgen. Die Erzieherinnen brauchen mehr Vor- und Nachbereitungszeit. Sie werden mehr Fachberatung brauchen. Die Leitungskräfte müssen freigestellt werden.

Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und eine bessere Bezahlung zu erzielen, sind das Gebot der Stunde, um den gewachsenen Anforderungen der Eltern, der Politik an die Erzieherinnen erfüllen zu können.

Kolleginnen und Kollegen, im letzten Jahr haben die Erzieherinnen gezeigt, dass sie sich durch die Gewerkschaften ver.di und GEW vertreten fühlen. Sie haben sich organisiert und dann gestreikt – für einen gesunden Arbeitsplatz, für bessere Bezahlung. Wer Kinder erzieht, bildet und betreut, sollte Vorbild bei der demokratischen Bildung sein. Die Erzieherinnen sind dieser demokratischen Vorbildfunktion nachgekommen, auch wenn es heute immer noch nicht selbstverständlich ist, sich in diesen Einrichtungen bei freien Trägern oder kirchlichen Einrichtungen gewerkschaftlich zu organisieren. Sie haben dies getan; sie haben selbstbewusst ihr Recht wahrgenommen, und sie werden sich weiterhin zur Wehr setzen, wenn ihre Arbeitsbedingungen weiterhin verschlechtert werden.

Dieser Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber auch Signal an den Bildungsgipfel, der im Juni stattfinden wird. Bildung von Anfang an, gebührenfrei und in öffentlicher Verantwortung: Das ist das Signal, das von diesem Kongress ausgehen muss. Keine Kürzung bei der Bildung, sondern endlich die OECD-Ziele erreichen, jährlich 50 Milliarden Euro mehr für die Bildung. Und, Kolleginnen und Kollegen, wir hetzen nicht die Kolleginnen und Kollegen aus den Kitas gegen die Schulen, von den Hochschulen gegen die berufliche Bildung. Nein, unser gesamtes Bildungssystem ist unterfinanziert.

Setzen wir mit der großen Zustimmung zu C 011 und Ä 002 ein deutliches Zeichen für die Erzieherinnen und Erzieher, dass ihr Anliegen beim DGB ernst genommen wird, und setzen wir ein Zeichen gegen das konservative Familienbild à la Koch, Mappus und Tillich! – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Norbert. Bei den ganzen Millionen und Milliarden kann einem schon mal ein bisschen schwindlig werden.

Lorenz Müller-Morenius von ver.di, Delegiertennummer 344, ist der nächste Redner. Ansonsten liegt mir keine Wortmeldung mehr dazu vor. Lorenz, Du hast das Wort.

Lorenz Müller-Morenius
Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir reden über Bildung. Und wir sollten uns fragen: Was ist denn Lernen. In den ersten Wochen und den ersten Monaten seines Lebens beschäftigt sich der Mensch mit seiner Mutter. Anschließend setzt er sich mit dem Vater, mit den Kindern und der räumlichen Umwelt auseinander, danach mit dem Raum außerhalb der Wohnung, auf der Straße, mit weiteren Verwandten und Besuchern sowie Nachbarn.

Mit fünf Jahren hat er eine Sprache gelernt, hat gelernt, seinen Körper zu reglementieren. Er hat gelernt, aus sinnlichen Erfahrungen im Kopf Schlüsse zu ziehen, was man landläufig Denken nennt. Er hat ein Pensum vollbracht, das man in seinem Leben nicht noch einmal wiederholt, eine enorme Lernleistung vollzogen. Er hat das alles aus eigener Motivation gemacht. Das ist das Entscheidende. Der Mensch ist neugierig. Er will lernen, und er schaut sich alles mit dem Bewusstsein an: Ich muss in dieser Welt zurechtkommen; ich muss es wissen; ich will es wissen.

Und er hat in vielen Fällen ein ganz eigentümliches Moment: Dann, wenn er auf die Institutionen stößt, die ihm das Lernen mit Namen vermitteln sollen, schaltet er diese Neugierde ab. Weil man aber etwas Angeborenes gar nicht abschalten kann, verlagert er es. Das heißt, er lernt in eine Richtung, die ihm vielleicht wenig nutzt – und der Gesellschaft noch weniger.

Deshalb, meine liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns mit dieser Phase des menschlichen Lebens ganz genau befassen. Wir müssen dieser Phase des Lebens einen großen Teil unserer Aufmerksamkeit widmen; denn das, was der Mensch erlebt, prägt ihn sein Leben lang, und er kann es fast nicht überwinden. Das sind die entscheidenden Jahre des Lebens, und es sind die entscheidenden Jahre auch der Gesellschaft. Was da passiert, wird prägend sein für ihn und für seine Umwelt, und er wird seine Umwelt damit prägen wollen.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, ist es notwendig, dass wir diese Erwachsenen, die in diesem Teil des Lebens mit dem Kind zusammenkommen, so gut hochqualifiziert, wie es geht, ausbilden, damit sie um diese Problematik wissen und damit umgehen können, damit wir in Zukunft alle miteinander gut auskommen. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Lorenz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ihr habt die Empfehlungen der Antragsberatungskommission gehört. Ich lasse zunächst über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Abänderungsantrag Ä 002 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Abänderungsantrag Ä 002 folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag so angenommen.

Wir kommen nun zum Antrag C 011. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu dem so geänderten Antrag C 011 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so angenommen. Ich danke Euch für Eure Geduld.

Zum guten Abschluss natürlich wieder ein Zitat, passend zu den engagierten und klugen Beiträgen dieses Tages: „Der Vorteil der Klugheit besteht darin, dass man sich dumm stellen kann; das Gegenteil ist schon schwieriger.“ (Kurt Tucholsky) (Heiterkeit) Ich wünsche Euch einen wunderschönen Abend. (Beifall)

(Ende des 4. Kongresstages: 18.57 Uhr)

•

Tagesprotokoll des 19. DGB-Bundeskongresses
Textdokumentation: Stenografenteam Josef Hrycyk, Hamburg